



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Rückblick und Vorschau

Berichte des Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle zu den Themen Bundesversammlung 2010, Kommunaler Finanzausgleich und Gemeindefinanzkommission sowie ein grober Umriss der Aktivitäten im kommenden Jahr bildeten die Schwerpunkte der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses im Münchner Franz-Josef-Strauß-Haus.

Mit einer großen Delegation habe sich die KPV Bayern am „Kommunal-Kongress“, der diesjährigen Bundesversammlung der KPV in Weimar, beteiligt, zeigte sich Vorsitzender Rößle zufrieden. Hauptthemen der zweitägigen Sitzung im November waren die Finanzierung der Städte und Gemeinden und die Stadtentwicklung.

In fünf Foren wurden von Politikern und Experten aktuelle Themen - teils mit bayerischer Beteiligung - ausführlich diskutiert. So nahm Landesvorsitzender Rößle am Forum „Energiepolitik und Klimaschutz“ teil, während der stellvertretende Bundesvorsitzende, Aschaffenburgs Landrat Dr. Ulrich Reuter, das Forum „Stadtentwicklung und Wohnungsbau“ leitete.

Leitantrag geändert

Wie Rößle berichtete, wurde auch ein Leitantrag „Neue Kraft für Städte und Regionen“ diskutiert und verabschiedet. Durch den Einsatz der KPV Bayern sei es gelungen, den Leitantrag dahingehend zu verändern, dass die Forderung nach einem gemeindeeigenen Hebesatzrecht für den prozentualen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gestrichen wurde und lediglich der Prüfauftrag für dieses Instrument im Leitantrag blieb. Wörtlich heißt es in dem Leitantrag unter anderem: „Bestehende Leistungsgesetze des Bundes müssen hinsichtlich ihrer Kostenwirkung bei den Kommunen analysiert und quantifiziert werden. Für die vom Bund veranlassten und gesetzlich geregelten Sozialberei-

che sind die Ausgaben zu verringern oder ist eine höhere Beteiligung des Bundes notwendig.“

Sockelfinanzierung

Und weiter: „Im Rahmen der Gemeindefinanzkommission muss ein Konzept zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen entwickelt werden. Es bedarf einer kostendeckenden Sockelfinanzierung der Kommunen für die vom Bund zugewiesenen Aufgaben beispielsweise aus der Umsatzsteuer. Zu den Grundlagen einer kommunalen Finanzausstattung gehört grundgesetzlich eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle. Die Einwohner finanzieren über den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer schon heute die Gemeinden und Städte. Die KPV

prüft, den prozentualen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch ein gemeindeeigenes Hebesatzrecht auf diesen Teil zu ergänzen.“

Stichwort Kommunaler Finanzausgleich: Die im Vorfeld angekündigten Bemühungen von Finanzminister Georg Fahrenschon, die Kommunen möglichst schadlos zu halten, sind

nach Rößles Auffassung durchaus umgesetzt worden. Zumindest sei eine „kommunalfreundliche Grundeinstellung“ erkennbar geworden. „Vor dem Gesamthintergrund, einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, ist das Ergebnis in Ordnung“, meinte Rößle.

Schlüsseluweisungen

Der durch die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbundes vorgezeichnete Rückgang der Schlüsseluweisungen werde durch die Anhebung der Kommunalquote am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 Prozent auf 12,2 Prozent sowie durch Umschichtungen aus den Bereichen Krankenhaus und Ab-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: Stellvertretender KPV-Landesvorsitzender Heinrich Lenz, Vorsitzender Stephan Rößle und Landesgeschäftsführer Werner Bumered. Foto: DK

Landesplanung und Landesentwicklung:

Auf dem Prüfstand

Dialogveranstaltung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Die aktuelle Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes und die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern bieten sowohl Chance als auch Notwendigkeit für einen Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Mit der Dialogveranstaltung „Landesplanung und Landesentwicklung auf dem Prüfstand!“ in München wurden die zentralen Eckpunkte der Staatsregierung und der Akademien sowie ihrer Partner – Bayerischer Verein für Heimatpflege und Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung - herausgearbeitet und gemeinsam diskutiert.

Die ihrer Ansicht nach „undifferenzierte Debatte um eine Deregulierung der Landesentwicklung und das Infragestellen der Regionalen Planungsverbände“ erfüllt die fachlich mit Raumordnung, Landesplanung, Städtebau und dem ländlichen Raum befassten Akademien und Verbände mit großer Sorge. Es bestehe kein Anlass, den bundesweit anerkannten Erfolg der bayerischen Landes- und Regionalplanung gering zu schätzen oder gar in Abrede zu stellen.

Herzessache der Zivilgesellschaft

Prof. Dr.-Ing. Holger Magel, Präsident der ALR, verwies darauf, dass Landesplanung eine „Herzessache der Zivilgesellschaft“ sei. Eine Neuausrichtung

der Landesplanung müsse unter dem des ehemaligen Landwirtschaftsministers Dr. Hans Eisenmann geprägten Satz: „Das bewährte Alte erhalten, das Gute neu schaffen“ stehen.

Entwicklung eines Leitbilds Bayern 2040

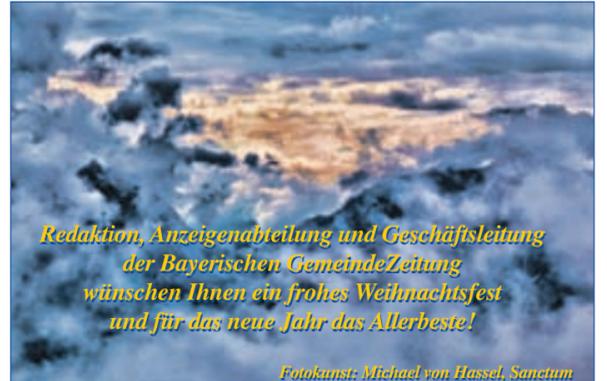
Prof. Dr. Hans Heinrich Blotvogel, Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Stephan Reiss-Schmidt, Vorsitzender der Landesgruppe Bayern der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie Prof. Dr.-Ing. Gebhard Wulfhorst, ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, waren sich in ihren Kernforderungen und Vorschlägen für die weitere Vorgehensweise größtenteils einig. Konkret

nannten sie u. a. die Entwicklung eines Leitbilds Bayern 2040, die Schärfung der Handlungsansätze unter anderem durch eine Reduzierung der Zahl der Zentralen Orte und eine Vereinfachung des Systems, die Stärkung der Regionalplanung als Schnittstelle im Verhältnis Staat und Kommune, die Stärkung des Raumordnungsverfahrens als aktives gestalterisches Element der Raumordnung und eine Evaluierung der Landesplanung. Sie betonten, wie wichtig es sei, sich bei der Überarbeitung Zeit für Dialog zu lassen, beispielsweise Regionalkonferenzen und Planspiele durchzuführen und den nationalen und internationalen Austausch zu suchen.

Regionalbudgets

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion, moderiert von Prof. Dr.-Ing. Gerlind Weber, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung an der Universität der Bodenkultur Wien, wurde kritisch und konstruktiv diskutiert. Um einen Rahmen und eine Zielrichtung für die Entwicklung auf kommunaler Ebene vorgeben zu können, dürfe die Landesplanung nicht eine reine Nor-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Redaktion, Anzeigenabteilung und Geschäftsleitung der Bayerischen GemeindeZeitung wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr das Allerbeste!

Fotokunst: Michael von Hassel, Sanctum

bvv-Tagung im Bayerischen Landtag:

Bildung für alle Schichten

Die Vielfalt seines Bildungsangebotes und den Nutzen für die Gesellschaft zeigte eine Informationsveranstaltung des Bayerischen Volkshochschulverbands im Bayerischen Landtag auf. Wie bvv-Präsident Josef Deimer vor rund 160 Gästen hervorhob, „ist die Volkshochschule ein Erfolgsmodell“. Sie orientiere sich nicht nach der momentanen Wetterlage, ihr Credo heiße Unabhängigkeit und Offenheit. Der Erfolg der vhs beruhe vor allem darauf, den öffentlichen Auftrag unternehmerisch umzusetzen.

Deimer zufolge machen wohnortnahe Angebote die Volkshochschulen für ihre Adressaten erreichbar, eine soziale Preisgestaltung erleichtere den Zugang. Das „Weiterbildungszentrum“ Volkshochschule sei damit Lernort und Gestaltungsraum, Forum und kultureller, ja mehr und mehr interkultureller Treffpunkt für alle Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen. In diesem Zusammenhang wies Deimer darauf hin, „dass wir keinen Gegensatz zwischen der Beschäftigung älterer Mitbürger und Bürgerinnen auf der einen Seite und dem Zuzug, der Integration und der Aktivierung ausländischer Mitbürger auf der anderen Seite sehen“, denn: „Volkshochschulen bauen Lebensbrücken.“

Lernen sei in all seinen Facetten in den Mittelpunkt der Politik der Staatsregierung zu setzen.

Ihr Motto „Volkshochschule - liegt nahe und bringt weiter“ sei (Fortsetzung auf Seite 4)

Bildungspolitik ist Sozialpolitik

„Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“, hob die Schirmherrin, Landtagspräsidentin Barbara Stamm hervor, „darin liegen alle Chancen des Einzelnen und unseres Landes.“ Die Arbeit der vhs müsse in allen Bereichen unterstützt werden. Das Thema Lebenslanges

Neues von Sabina



Was war das für eine immense Aufregung, als Wikileaks erneut amerikanische Regierungskosten ins Netz stellte. Wobei: Erschreckend ist eigentlich nicht die Brisanz der Dokumente, sondern der Umstand, dass Netz-Desperados anscheinend jede beliebige Datenbank knacken können. Wo führt das noch hin? Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Ende der Zeugenvernehmungen	2
Staatsregierung sieht Haushaltspolitik bestätigt	3
GZ-Kolumne Georg Huber:	
Den sozialen Frieden erhalten	3
Bayerns Grenzregion pakt Tschechien	4
GZ-Fachthemen:	
IT-Ausstattung für die Kommunalverwaltung	5-7
Kommunalfinanzen	8-11
Kommunale Baupolitik	12-14
Kommunale Praxis · Rechtsfragen	15
Aus den bayerischen Kommunen	16-20

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

HGAA-Untersuchungsausschuss:

Ende der Zeugenvernehmung

Auswertung der Aussagen und Akten soll bis Ende Februar dauern

Mit der Vernehmung von fünf ehemaligen und amtierenden Mitgliedern der Staatsregierung hat der Untersuchungsausschuss zur Überprüfung des Kaufs der Kärntner Hypo Group Alpe Adria durch die BayernLB im Juli 2007 für einen Euro an die Republik Österreich im Dezember 2009 letzte Woche die Beweisaufnahme abgeschlossen. Es ging um die zivil- und strafrechtliche Prüfung etwaigen Fehlverhaltens von elf CSU-Politikern. Nach bisherigen Berechnungen hat das Geschäft Staat und Steuerzahler mindestens 3,7 Mrd. Euro Verlust eingebracht.

Der seinerzeitige Wirtschafts- und spätere Finanzminister Erwin Huber, damals Mitglied und zeitweilig Vorsitzender des Verwaltungsrats der BayernLB, lehnte eine Mitschuld an dem „fatalen Kauf“ ab. „Für ein Risiko von 3,7 Mrd. Euro gab es 2007 nicht den geringsten Anhaltspunkt.“ Sich selbst charakterisierte er als „engagierten, unbequemen und kritischen Verwaltungsrat“, der sich jederzeit sorgfältig informiert habe. Damit trat er dem Verdacht entgegen, er habe seiner Holschuld nicht genügt, die Vorlagen des BayernLB-Vorstandes zu hinterfragen. Der Bankvorstand habe die Seriosität des Verkäufers durch drei Experten prüfen lassen.

Keine Anhaltspunkte

Joachim Herrmann, der nach der Regierungsumbildung im Oktober 2007 qua Gesetz als In-

nenminister in den Verwaltungsrat kam, bestätigte, die Lage der HGAA sei noch im Sommer 2008 nicht als großes Problem gesehen worden. Anhaltspunkte, dass der Verwaltungsrat vom Vorstand nicht umfassend informiert wurde, habe es nicht gegeben. Herrmann differenzierte jedoch das Verhalten des beim Kauf amtierenden Vorstandsvorsitzenden Werner Schmidt von dem seines Nachfolgers Michael Kemmer.

Im Rückblick ein Fehler

Georg Fahrenschon, seit Oktober 2007 Finanzminister, bestätigte, rückblickend sei der Kauf der HGAA ein großer Fehler gewesen, der Verkauf 2009 für einen symbolischen Euro „mit Sicherheit nicht“. Die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung für diesen einzig gangbaren Weg habe er ge-

führt. Die vorangegangene Kapitalerhöhung der BayernLB im Dezember 2008 um 700 Mio. Euro sei alternativlos gewesen. Für die Zukunft der BayernLB verwies er auf die vom Kabinett Seehofer politisch bestätigten Beschlüsse von Verwaltungsrat und Vorstand, die Bank (jetzt zu 96% Staats Eigentum, 2007 noch im Besitz von Freistaat und Sparkassenverband), wieder auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren, also in der Finanzierung der heimischen Mittelstandswirtschaft; dies ohne das Auslandsgeschäft völlig abzubrechen.

Zu der von der Opposition mit einem Gesetzentwurf der SPD, unterstützt von Grünen, Freien Wählern und bedingt auch von der FDP, geforderten Verlängerung der Verjährungsfrist für die rechtliche Verantwortung von fünf auf zehn Jahre hatte Fahrenschon im Plenum die Zustimmung der Staatsregierung und zu den entsprechenden Entscheidungen im Bundesrat angekündigt.

Änderung der Geschäftsstrategie

Als letzte Zeugen kamen Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) und Ministerpräsident Horst Seehofer in den Untersuchungsausschuss. Zeil kam im Oktober 2008 nach der Landtagswahl in den Verwaltungsrat. Er habe die Ereignisse um HGAA und BayernLB von Anfang an sehr kritisch beurteilt, sei aber nach Prüfung der Unterlagen für die Kapitalerhöhung gewesen und trete auch für die Änderung der Geschäftsstrategie ein. Zur Handlungsweise früherer Mitglieder von Staatsregierung und Verwaltungsrat nahm er nicht Stellung. Für seine Tätigkeit versicherte er, das Aufsichtsgremium der BayernLB sei seiner Aufgabe „mit hoher Kompetenz nachgekommen“. Ministerpräsident Horst Seehofer als 80ster und letzter Zeuge berichtete, das Problem BayernLB/HGAA habe Koalitionsverhandlungen mit der FDP im Komplex Finanzen, Risiken und Haushalt eine Rolle gespielt. Fahrenschon habe die Zustim-

Europäische Kommission:

Genehmigung für Förderungsverlängerung erteilt

Die Europäische Kommission hat die vom Ministerrat im März beschlossene Verlängerung des Breitband-Förderprogramms bis Ende 2011 genehmigt. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil wertete dies als wichtigen Schritt, um das zentrale Ziel einer flächendeckenden Breitbandgrundversorgung zu erreichen.

„In den letzten Monaten hat sich die erfreuliche Entwicklung des Förderprogramms weiter fortgesetzt. Die Erschließung unterversorgter Gemeinden mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen schreitet zügig voran. Auch die Strategie der Bayerischen Staatsregierung, als bundesweit einziges Land zusätzlich die Förderung eines erhöhten gewerblichen Bedarfs zu ermöglichen, hat sich in vollem Umfang bewährt“, so der Wirtschaftsminister. Zeil zeigte sich erfreut über die Entscheidung aus Brüssel: „Die von der Europäischen Kommission genehmigte Verlängerung des Förderprogramms gibt uns die Möglichkeit, die derzeitige Dynamik auch im nächsten Jahr zu nutzen und unsere Förderstrategie konsequent und entschlossen weiterzuführen.“

Bereits 572 Gemeinden haben

die Förderung des Kabinetts zur neuen Bankstrategie bekommen. Man bleibe im Interesse der bayerischen Wirtschaft um enge Zusammenarbeit mit den Sparkassen bemüht. Seehofer hob hervor, der HGAA-Verkauf sei notwendig gewesen. In das operative Geschäft der Landesbank mische er sich nicht ein.

Holschuldverletzung

Die Ausschussmitglieder Harald Güller (SPD), Dr. Sepp Dürr (Grüne) und Bernhard Pohl (FW) ließen in Fragen an die Zeugen und Erklärungen vor der Presse erkennen, dass sie den Verdacht bestätigt sehen, Verwaltungsräte könnten ihre Holschuld gegenüber dem Vorstand verletzt haben. Ausschussvorsitzender Thomas Kreuzer (CSU) bemühte sich, die Zeugenbefragung sachlich zu halten. Das Ganze sei eine ungeheure Arbeit und Energieleistung mit den 80 Zeugen und rund 300 zu bewältigenden Aktenordnern gewesen. Gegen Ende Februar werde man zu einem Ergebnis kommen. Die Vorlage von voraussichtlich einem Mehrheits- und einem Minderheitsbericht an das Landtagsplenum wird vermutlich nicht vor Mitte März sein können. Güller wollte auf Frage nicht ausschließen, dass aus der FDP Stimmen für die Bewertung der Opposition kommen könnten.

Der von der Opposition erhobene Forderung, die für das HGAA-Desaster mit verantwortlichen einstigen Verwaltungsräte aus der CSU-Spitze sollten freiwillig bei möglichen Schadensersatzforderungen auf eine Verjährungsfrist verzichten, haben die ehemaligen Minister Erwin Huber, Günther Beckstein und Kurt Falthausen sowie Exstaatssekretär Georg Schmid (heute Fraktionschef) jetzt entsprochen. Sie erklärten gemeinsam, unabhängig von der aktuellen Gesetzesänderung auf Bundesebene, bis zum 30. Juni 2011 keine Verjährung geltend zu machen, weil sie „ein deutliches Signal für Aufklärung und Transparenz setzen wollen“.

Im Landtag hatte Finanzminister Georg Fahrenschon namens der Staatsregierung schon festgelegt, man werde sich einer Fristverlängerung für Schadensersatzansprüche von fünf auf zehn Jahre nicht widersetzen. Der für Klagen allein zuständige BayernLB-Vorstand hat mit Zustimmung des Verwaltungsrates heuer bereits beschlossen gegen verantwortliche Vorstandsmitglieder zivilrechtlich vorzugehen. **rm**

Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten:

Netzwerkschmiede für ländlichen Raum

Hohe Anerkennung von Landwirtschaftsminister Helmut Brunner

„Von Klöstern gingen schon immer wesentliche Impulse für die Entwicklung Bayerns aus. Da ist es nur konsequent, dass die im Kloster Thierhaupten beheimatete Schule für Dorf- und Landentwicklung (SDL) auch heute das Potenzial unserer Heimat in besonderer Weise mobilisiert und einen wesentlichen Beitrag für die Vitalisierung des ländlichen Raums in Bayern leistet“, so Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf dem diesjährigen Thierhauptener Advent. Auch sein Vorgänger im Amt Josef Miller, Staatsminister a.D., gehörte zu den Gästen.

Brunner war im Rahmen dieser traditionellen Veranstaltung der SDL als Festredner geladen und nutzte die Gelegenheit, um auf die zukünftigen Herausforderungen des ländlichen Raumes hinzuweisen. An erster Stelle sieht er die demographische Entwicklung, die sich in den nächsten Jahrzehnten vor allem im

besonderen der Aufbau der Internetinfoplatzform www.sdl-inform.de hat deren Handlungsspielraum erweitert und ihre Rolle als neutrale Dialogplattform und unentbehrliches Kompetenznetzwerk gestärkt. Mit bis zu 1.700 Besuchern pro Monat ist die Online-Plattform ein ganz wesentliches



Zu Gast in der Schule für Dorf- und Landesentwicklung Thierhaupten: Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben und Vorstandsvorsitzender der SDL, Staatsminister Helmut Brunner und Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten.

ländlichen Raum deutlich verschärfen wird.

„Wer die Jungen nicht binden kann, kann auch die Zukunft nicht gestalten“, so der Minister. Brunner lobte die erfolgreiche Arbeit der Schule, bedankte sich für das Engagement des Teams um Geschäftsführerin Gerlinde Augustin und sieht die SDL als wesentlichen Baustein bei der Zukunftssicherung Bayerns.

SDL bietet visionäre Ideen und Umsetzungsimpulse

Zuvor wurde die Mitgliederversammlung der SDL unter dem Vorsitz des schwäbischen Bezirkstagspräsidenten und Vorstandsvorsitzenden Jürgen Reichert über die Aktivitäten des auslaufenden Geschäftsjahres unterrichtet. Die SDL bot mit 85 Seminaren und rund 1600 Teilnehmern auch im 19. Jahr ihres Bestehens ein attraktives Seminar- und Workshopangebot, das Kommunalpolitiker, Experten, Planer und ehrenamtlich engagierte Bürger in Prozessen der ländlichen Entwicklung unterstützt.

„Die SDL bringt Menschen und Ideen zusammen und steht in Bayern für Qualität“, so der Bezirkstagspräsident. „Wir sind stolz darauf, eine solche Einrichtung in Schwaben zu haben.“

Austausch von Wissen und Erfahrung

In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Verwaltung für Ländliche Entwicklung ist die SDL in Thierhaupten eine der drei Einrichtungen in Bayern, die kommunale Entscheidungsträger fit machen für die sozialen Herausforderungen im ländlichen Raum und entscheidende Umsetzungsprozesse initiieren. Dabei nimmt die SDL in Thierhaupten eine führende Rolle innerhalb der drei Institutionen

Element des Erfahrungs- und Wissensaustausches.

Menschen zusammenführen

„Ich danke insbesondere dem Bezirk Schwaben und der Verwaltung für Ländliche Entwicklung“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten. „Ohne diese Partnerschaften wäre unser Weiterbildungsangebot in dieser Form nicht möglich.“ Für 2011 hat sie klare Ziele vor Augen. „Wir wollen unser Netzwerk ausbauen, weitere strategische Partnerschaften eingehen und noch enger mit unseren Schwesterschulen in Plankstetten und Klosterlangheim kooperieren.“

Thematische Schwerpunkte

Mit dem Seminarangebot für 2011 setzt sie thematische Schwerpunkte in den Bereichen kommunale Finanzen, regenerative Energien und Holzbauprojekte in den Gemeinden. Bereits im März findet eine Tagung mit dem Titel, „Gemeinden zwischen Siedlungsdruck und Abwanderung – Planungsstrategien für eine zukunftsfähige Entwicklung“ statt.

Mit dem Ziel, kommunale Vorhaben bereits im Vorfeld auf ein sicheres Fundament zu stellen, wird die SDL Kommunalpolitikern und Akteuren neuen Beteiligungsformen und -techniken zur Moderation von Großgruppen anbieten. „Wenn Fachinformationen nicht ausreichen, empfehlen wir den Gemeinden aus Oberbayern und Schwaben individuelle Strategieseminare, um zukunftsfähige Entwicklungen in Gang zu bringen“, so Augustin. Zum Abschluß wurde dem langjährigen Referenten Otto Kurz die goldene Ehrennadel der SDL verliehen.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Dankerl
93497 Willmering
am 26.12.

Bürgermeister Josef Maierhofer
84326 Rimbach
am 29.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Maximilian Streif
87669 Rieden a. Forgensee
am 26.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Nikolaus Walther
94560 Offenberg-Neuhausen
am 24.12.

Bürgermeister Georg Brandmüller
91220 Schnaittach
am 25.12.

Bürgermeister Ernst Kötzel
91632 Wieseth
am 27.12.

Bürgermeister Rainer Marr
96242 Sonnefeld
am 28.12.

Bürgermeister Kaspar Rager
87656 Germaringen
am 4.1.

Bürgermeister Heinz Petterich
96220 Burgkunstadt
am 10.1.

Bürgermeister Theodor Gärtner
97780 Gösenheim
am 16.1.

Bürgermeister Ernst Jobberger
97261 Güntersleben
am 18.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Fritz
87538 Balderschwang
am 22.12.

Bürgermeister Walter Hasl
91792 Ellingen
am 1.1.

Landrat Herbert Eckstein
91154 Roth
am 7.1.

Bürgermeisterin Anita Feuerbach
97299 Zell am Main
am 14.1.

Bürgermeister Siegfried Staendecke
97513 Michelau i. Steigerwald
am 19.1.

Bürgermeister Karl-Heinz Schöffner
97907 Hasloch
am 19.1.

Bürgermeister Erich Nagel
86453 Dasing
am 21.1.

Bürgermeister Sebastian Winkler
84494 Niedertaufkirchen
am 21.1.

Bürgermeister Anton Fischer
82441 Ohlstadt
am 22.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Barbara Bogner
82054 Sauerlach
am 24.12.

Bürgermeister Michael Hausperger
84564 Oberbergkirchen
am 29.12.

Bürgermeister Helmut Roßkopf
86562 Berg im Gau
am 3.1.

Bürgermeister Johann Wiesmaier
85447 Fraunberg
am 7.1.

Bürgermeister Wolfgang Kilian
86655 Harburg
am 12.1.

Oberbürgermeister Jürgen Dupper
94032 Passau
am 22.1.

Bürgermeister Peter Bergmeir
86465 Welden
am 23.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Zachmayer
93354 Biburg
am 6.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Schwaiger
85350 Freising
am 26.12.

Bürgermeister Franz Müller
93470 Lohberg
am 28.12.

Bürgermeister Franz Langer
94575 Windorf
am 30.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahresbericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

Staatshaushalt wetterfest machen!

Der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH), Dr. Heinz Fischer-Heidberger, sieht die Staatsregierung auf dem richtigen Kurs, wenn sie den Weg zurück zu einem Haushalt ohne neue Schulden einschlägt. Bei der Vorlage des Jahresberichts 2010 wies er darauf hin, „dass eisernes Sparen trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen zwingend notwendig ist“, lasteten über dem Konjunkturaufschwung aufgrund der Euro-Krise doch bereits wieder dunkle Wolken.

„Wenn immer mehr Staaten unter den Rettungsschirm der EU flüchten, müssen die Staaten, die den Schirm halten, ihre eigenen Haushalte umso wetterfester machen. Die Belastungen, die hier noch auf uns zukommen, sind in ihrem Ausmaß derzeit gar nicht absehbar“, machte Fischer-Heidberger deutlich. Die Verschuldung des Haushalts habe eine enorme Bedeutung für die Bonität der Staaten. Deshalb müsse der Begrenzung und Rückführung der Schulden auch in Bayern höchste Priorität eingeräumt werden. Der ORH benenne auch Möglichkeiten, wie der Staat zu höheren Einnahmen kommen könne, fügte der Präsident hinzu. Würden die Vorschläge des ORH aufgegriffen und umgesetzt, „käme die Staatsregierung bei ihren Sparanstrengungen schon ein gutes Stück weiter“.

Sorgsamerer Umgang

Vor 100 Jahren legte der ORH dem Landtag das erste Mal seinen Jahresbericht vor. Fischer-Heidberger zufolge hat sich seither vieles verändert. „Unser Grundanliegen ist jedoch im Wesentlichen gleich geblieben - dass der Staat sorgsamer mit dem Geld der Steuerzahler umgeht.“

Der ORH-Präsident bekräftigte seine bereits im Vorjahr erhobene Forderung, die Weichen zu stellen, um die Schulden für die Rettung der BayernLB zurückzuführen. Auch mit Blick auf die Schuldenbremse des Grundgesetzes bestehe Handlungsbedarf, die Regelung zur Schuldentilgung zügig in das Landesrecht zu übertragen.

„Risiken für den bayerischen Haushalt ergeben sich aus dem inzwischen auf 12 Milliarden Euro erhöhten Haftungsbeitrag für Bürgschaften und Garantien. Vor allem der Risiko-Schirm für die BayernLB kann die Steuerzahler deutlich teurer kommen als die bisher angenommenen 1,6 Milliarden Euro“, mahnte Fischer-Heidberger.

Anlass zur Kritik bietet laut ORH auch der Umstand, dass der Freistaat seine Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen erneut ausgeweitet hat. Der maximale Gesamthaftungsbeitrag belief sich Ende 2009 auf rund 12 Mrd. Euro. Zusätzlich wurde der Ermächtigungsrahmen für Bürgschaften und Garantien um 2 Mrd. Euro erhöht, obwohl der bisherige Rahmen noch bei Weitem nicht ausgeschöpft war. Der ORH fordert, das Bürgschafts- und Garantievolumen sowie den Ermächtigungsrahmen deutlich zu reduzieren. Im Haushalt seien kaum noch Rücklagen vorhanden, wenn der Staat aus diesen Verpflichtungen in Anspruch genommen wird. Hier drohen erhebliche Risiken für zukünftige Haushalte.

Ein weiterer Negativpunkt: Zur „Verwaltungsreform 21“ beschloss der Ministerrat 2004, die Hochbau- und Straßenbauämter zu insgesamt 22 Baubehörden zusammenzuführen. Darüber hinaus sollten die Zuständigkeits-sprengel mit den Wasserwirtschaftsämtern abgestimmt werden, damit für beide Verwaltungen einheitliche Amtsbezirke entstehen. Vor allem sollten aber Aufgaben abgebaut werden, z. B. indem mehr Aufträge an Private

vergeben werden. Wie der Oberste Rechnungshof darlegt, werden die neuen Amtsbezirke im Hochbau jedoch dem Aufgabenanfall nicht immer gerecht und führten zu ungünstigen Amtsstrukturen. Auch sei das Aufgabenvolumen nicht wie erwartet zurückgegangen. Der Vergabeanteil habe sich erhöht. Da die Projekte von den Behörden nach wie vor begleitet werden müssten, führe dies aber nicht zu den erhofften Einsparungen. Die Bauverwaltung müsse deshalb eine weitere Standortkonzentration im Hochbau prüfen, vor allem aber müsse sie den Aufgabenabbau in allen Reformbereichen mit Nachdruck weiter vorantreiben.

„Überörtliche Rechnungsprüfung der kleinen Gemeinden neu organisieren!“ lautet eine weitere Forderung des ORH. Während bei den meisten größeren Gemeinden der Kommunale Prüfungsverband die Rechnungsprüfung übernimmt, sind für die kleineren Gemeinden eigene Rechnungsprüfungsstellen an den Landratsämtern eingerichtet. Eigentlich sollten die kleineren Gemeinden und ihre weiteren Einrichtungen (z. B. Zweckverbände) alle drei bis vier Jahre geprüft werden. Der ORH hat nun festgestellt, dass dieser Turnus meist nicht eingehalten wird. Manchmal vergingen zehn Jahre und mehr, bis eine Gemeinde kontrolliert wird. Schuld daran seien Personal-mangel, zu viele andere Aufgaben und insbesondere die zersplitterte Aufbauorganisation mit 71 Rechnungsprüfungsstellen. Diese seien zu klein, um die Prüfungsaufgaben wirksam wahrnehmen zu können. Der ORH fordert daher, die Rechnungsprüfung aller Gemeinden bei dem darauf spezialisierten Kommunalen Prüfungsverband zu konzentrieren.

Handlungsbedarf sieht der Oberste Rechnungshof auch bei den Staatsstraßen und Brücken, deren Zustand sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert habe. Nach einer Messung der Staatsbauverwaltung überschreitet auf einer Skala von „0“ (sehr gut) bis „5“ (schlecht) bereits ein Drittel der Straßen den Wert 4,5. Konkret bedeute dies, dass dort verkehrsbeschränkende Maßnahmen drohen. Auch im bundesweiten Vergleich schnitten die bayerischen Straßen nicht gut ab. Dabei hatte der Landtag schon lange gefordert, dass die Erhaltung der vorhandenen Straßen und Brücken Vorrang vor dem Neu-, Um- und Ausbau haben soll. Dies müsse nun auch konsequent umgesetzt werden, denn: „Die heute unterlassenen Erhaltungsmaßnahmen führen morgen zu deutlich höheren Folgekosten.“

„Dilettantisches Verfahren“

Eine „unzureichende Konzeption“ sowie ein „dilettantisches Förderverfahren“ charakterisieren wiederum den Aufbau eines energietechnologischen Gründerzentrums, für das der Freistaat 1,4 Mio. Euro aufwendete. Es sei nicht einmal klar, ob sich im Gründerzentrum tatsächlich Existenzgründer angesiedelt haben. Hier müsse das Wirtschaftsministerium gründlich nacharbeiten und zu Unrecht gewähr-

te Subventionen zurückfordern.

Seit Jahren mahnt der ORH einen effizienteren Personaleinsatz in der Steuerverwaltung an. Nun hat er bei den Finanzämtern die Veranlagungsstellen für Personengesellschaften unter die Lupe genommen und vorgeschlagen, diese neu zu strukturieren. Die Beamten des gehobenen Dienstes sollten sich auf die schwierigen und risikoreichen Vorgänge konzentrieren, während der mittlere Dienst alle anderen Fälle bearbeitet. Das Finanzamt München hat dies bereits vorgemacht. Dadurch könnten 40 Mitarbeiter des gehobenen Dienstes für stark unterbesetzte Prüfungsdienste eingesetzt werden - z. B. in der viel ertragsreicheren Betriebsprüfung. Dort fehlten 2009 gegenüber dem Personalsoll 319 Mitarbeiter. So könnten Steuermehreinnahmen im zweistelligen Millionenbereich erzielt werden.

Stiftung verspekuliert sich

„Gut gemeint - aber noch nicht gut gemacht“ lautet das Urteil über die Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“, die seit dem Jahr 2002 durch risikoreiche Finanzprodukte (Options- und Termingeschäfte) erhebliche Verluste erlitten habe. Das Grundstockvermögen der Stiftung wurde um 4 Mio. Euro geschmälert. Auch sonst musste der ORH Defizite feststellen. So war das Rechnungswesen fehlerhaft; selbst wesentliche Geschäftsvorgänge wurden zum Teil nicht oder unvollständig gebucht. Zudem habe die Stiftung aufgrund unrichtiger Angaben viel zu hohe Zuschüsse vom Staat erhalten. Das Sozialministerium müsse seine Aufsicht über die Landesstiftung daher dringend intensivieren und rechtzeitig schützend und unterstützend eingreifen. Als Folge des früheren Fehlverhaltens müsse die Stiftung nun zu Unrecht erhaltene Zuwendungen von 6,2 Mio. Euro zuzüglich Zinsen von 1,5 Mio. Euro zurückzahlen.

Ein gesonderter Abschnitt des Jahresberichts enthält die Ergebnisse der Prüfung des ORH beim Bayerischen Roten Kreuz (BRK). Das BRK erlitt in den Jahren 2000 bis 2007 große Verluste, das Eigenkapital hat sich um 85 Mio. Euro verringert. Damit das BRK seine im allgemeinen Interesse liegenden Aufgaben dauerhaft erfüllen kann, muss der Kostendeckungsgrad laut Rechnungshof generell verbessert werden.

Laut Finanzminister Georg Fahrenschon liegt die Steuerdeckungsquote 2008 mit 87,1 Prozent um 8,1 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der übrigen westlichen Flächenländer (79,0 Prozent). Die Zinsausgabenquote 2008 beträgt im Freistaat nur 2,7 Prozent gegenüber 8,2 Prozent der anderen Flächenländer West. Mit einer Investitionsquote von 12,0 Prozent gegenüber lediglich 8,7 Prozent der übrigen Flächenländer West liegt Bayern auch bei den Investitionen an der Spitze.

Auch nach Einrechnung der gesamten Verschuldung im Rahmen des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB und der aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen errechnete sich für den Freistaat Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung von 2.606 Euro, hob Fahrenschon hervor. Das zweitbeste Land Sachsen weist zum Jahresende 2009 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.849 Euro aus, Baden-Württemberg folgt mit 3.879 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Ländergemeinschaft liegt sogar bei 6.175 Euro. **DK**

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

„Das Jobwunder geht 2011 weiter!“ Diese frohe Botschaft verkündeten Arbeitsmarktexperten rechtzeitig zum Beginn der Vorweihnachtszeit. Die Arbeitslosenzahlen folgen laut den neuesten Prognosen dem wirtschaftlichen Aufschwung, auch wenn die Rückgänge etwas flacher ausfallen als im Jahr 2010. Doch trotz dieser positiven Aussichten ist und bleibt die Lage in vielen Kommunen sehr angespannt. Gerade was die Personaldeckungs seitens der BA betrifft, gibt es eklatante Missstände. So bräuchte die Arbeitslosenintegration Mühldorf laut Berechnungen der BA zur Erledigung der ihr zugewiesenen Aufgaben



de im Bereich der Wirtschaftsförderung können Synergien genutzt und auf gute Kontakte zwischen Kommune, Industrie- und Wirtschaftsverbänden in der regionalen Wirtschaft zurückgegriffen werden. So wird 2011 im Landkreis Mühldorf ein Runder Tisch zur Sicherung der Fachkräfte unter Federführung der IHK eingerichtet.

Wir haben dieses Potential erkannt und uns deshalb mit dem einstimmigen Kreisratsbeschluss für die Bewerbung als Optionskommune entschieden. Unser Credo in der Regionalentwicklung ist es, den Menschen in den Mittelpunkt unserer Bemühungen zu stellen - von der Geburt bis ins hohe Alter. Es ist deshalb unser Anspruch, die Bürgerinnen und Bürger, die gerade nicht in einem festen Arbeitsverhältnis sind, bestmöglich zu unterstützen, zu fördern und vor allem auch zu fordern. Dazu braucht es aber klare Rahmenbedingungen, optimale Strukturen, hochqualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine enge Kooperation mit den Netzwerkpartnern vor Ort.

Den sozialen Frieden erhalten

im Jahr 2010 42,9 Vollzeit-Stellen, allerdings werden von Seiten des Bundes nur für 22 Vollzeit-Stellen die haushaltsrechtlich erforderlichen Planstellen zur Verfügung gestellt.

Der Landkreis Mühldorf fängt dieses Ungleichgewicht mit mehr als 15 zusätzlichen Vollzeit-Stellen derzeit auf - ein auf die Dauer nicht haltbarer Zustand. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde im Oktober 2009 die bisherige Zusammenarbeit zwischen BA und den Kommunen in Form der Mischverwaltung für verfassungswidrig erklärt. Daraufhin hat die Bundesregierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen dahingehend geändert, dass nun zusätzlich 41 kreisfreie Städte und Landkreise die Möglichkeit haben, als Optionskommune die gemeinsamen Leistungen in einer Hand zu bündeln.

Die Gründe für die kommunale Option sind vielfältig: So können kommunale Aufgaben und Zuständigkeiten in der Optionskommune mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten des SGB II verknüpft werden. Daneben verfügt die Kommune über eine Vielzahl an zusätzlichen Leistungen, die integriert und maßgeschneidert dem einzelnen Bürger zu Gute kommen. Gera-

Liebe Leserinnen und Leser, der frühere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Heinrich Franke hat einmal gesagt: „Wir brauchen mehr Arbeitsplätze, nicht mehr Druckmittel gegen Arbeitslose.“ Mit der Option haben die Kommunen die Möglichkeit, selbstbestimmt auf die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden einzugehen und sie nicht am Rand der Gesellschaft stehen zu lassen. Die Arbeitsplatzsuche ist dabei nur ein Bestandteil, das Gewöhnen an feste Tagesabläufe oder der direkte Kontakt zu den Menschen sind weitere, wichtige Aspekte der Vermittlungsarbeit.

Schlussendlich kann es für die Kommunen nicht alleine darum gehen, einen Arbeitssuchenden weniger in der offiziellen Statistik zu führen, sondern darum, mit allen Akteuren aus den Sozialverwaltungen, den Arbeitsverwaltungen und der Wirtschaft dafür zu sorgen, dass möglichst alle Menschen einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz haben. Nur dadurch erhalten wir uns auf Dauer den sozialen Frieden in unseren Städten und Gemeinden.

Ihr Georg Huber

Reaktionen auf den ORH-Bericht:

Staatsregierung sieht Haushaltspolitik bestätigt

Der ORH nennt in seinem Jahresbericht zahlreiche Fälle von sachlicher und bürokratischer Geldvergeudung, vom Straßenbau bis zum Wildverbiss. Dem Freistaat wird empfohlen, Aufgaben abzubauen und sich auf seine Kernbereiche zu konzentrieren, keine Belastungen in die Zukunft zu verlagern und nur dort zu fördern, wo es wirklich notwendig sei. Die staatliche Schuldenlast steigt laut ORH 2010 auf rund 47 Mrd. Euro. Das Kabinett Seehofer hat sich vor dem am 21. Dezember vorgesehenen Beschluss über den Etat 2011/12 bereits für Personalabbau ausgesprochen, ausgenommen die Schwerpunkte Familie, Bildung, Innovation und Investition. Nächstes Jahr soll mit 42-43 Mrd. Euro nicht mehr ausgegeben werden als heuer; dies ohne Neuverschuldung.

Finanzminister Georg Fahrenschon zog das Fazit, der ORH habe der Staatsregierung insgesamt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung bestätigt. Jedoch habe Bayern als Folge der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise trotz seiner im Vergleich mit anderen Bundesländern guten Situation mit enormen finanzwirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen. Die Verlusterwartungen für das im Dezember 2008 abgesicherte ABS-Portfolio hatten sich nicht erhöht. Nächstes Jahr seien - anders als bisher angenommen - noch keine Zahlungen aus der Garantie zu leisten. Der ORH liege falsch, wenn er aus den bisherigen Ratingverschlechterungen oder Laufzeitverlängerungen auf eine höhere Inanspruchnahme des Freistaats aus der Garantie schließe.

Länderarbeitsgruppe

Zur ORH-Forderung einer Reform der Grundsteuer verwies Fahrenschon auf den bayerischen, von Baden-Württemberg und Hessen unterstützten Vor-

stoß, diese Steuer künftig nur noch auf der Basis von Grundstücks- und Gebäudeflächen zu erheben. Anfang nächsten Jahres solle eine Länderarbeitsgruppe Vorschläge für das weitere Verfahren vorlegen.

Personalmangel

Zur Situation in den Gemeinden äußerte sich der ORH nur unter dem Vorbehalt, dass für sie der Kommunale Prüfungsverband zuständig sei. Die Rechnungsprüfungsstellen bei den Landratsämtern für kleinere Gemeinden und deren Zweckverbände hätten jedoch ihre Aufgabe nicht immer zufrieden stellend wahrgenommen. Statt drei bis vier Jahre vergingen oft zehn Jahre und mehr, bis eine Gemeinde geprüft werde. Schuld daran seien Personal-mangel, zu viele andere Aufgaben und insbesondere die zersplitterte Organisation mit 71 Rechnungsprüfungsstellen. Der ORH fordert, die Rechnungsprüfung aller Gemeinden beim Kommunalen Prüfungsverband zu konzentrieren.

Die Opposition im Landtag konzentrierte ihre ersten Stellung-

nahmen auf kritische Punkte des ORH-Berichts. Da werde eine mangelhafte personelle und technische Ausstattung der Steuerverwaltung beanstandet, was den Verlust auf Steuereinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe bedeute. So der SPD-Haushalts-sprecher Volkmar Halbleib. Auch die Situation der BLB werde vom Finanzminister heruntergespielt. Die Grünen-Expertin Claudia Stamm konstatierte, die Haushaltsrisiken durch die Misswirtschaft bei der Landesbank seien deutlich größer, „als es uns der Finanzminister immer weismachen will“. Anstatt über zusätzliche Investitionsprogramme zu streiten, waren CSU und FDP gut beraten, die Altlasten ihrer verfehlten Politik aufzuarbeiten. **rm**

Koordinierende Kinderschutzzstellen „Eltern stärken - Kinder schützen“

Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer erklärte bei der Auftaktveranstaltung der Koordinierenden Kinderschutzzstelle (KoKi) Ingolstadt: Wir müssen Eltern so früh wie möglich unterstützen, damit sie in der Lage sind, ihrer Erziehungsverantwortung auch in schwierigen Situationen gerecht zu werden. Deshalb fördere ich die für Kinderschutz zuständigen Kommunen beim Aufbau von KoKis, die ein „Netzwerk frühe Kindheit“ zwischen allen knüpfen, die beruflich mit Säuglingen und Kleinkindern zu tun haben.“ Bayern fördert Kommunen mit einer Personalkostenförderung von 16.500 Euro pro Jahr und Stelle. □

Weitere Informationen unter:
www.kinderschutz.bayern.de

Bayerns Grenzregion pakt Tschechisch

Die Zahl der Tschechisch-Schüler steigt in Ostbayern im Schuljahr 2010/2011 auf ein neues Rekordniveau: Weil Tschechisch-Kenntnisse für immer mehr bayerische Unternehmen zum echten Plus werden, steht die Sprache des Nachbarn immer häufiger auf dem Stundenplan.

Immer mehr Schüler in Ostbayern lernen Tschechisch. „Musterschüler“ auf dem Weg in eine zweisprachige Grenzregion ist die Oberpfalz, wo in mittlerweile knapp 50 Schulen Tschechisch als freiwilliges Wahlfach einen Platz auf dem Stundenplan hat. Im neuen Schuljahr 2010/2011 ist die Zahl der Schulen, die Kindern und Jugendlichen Vokabeln in der Sprache des Nachbarn mit auf den Weg geben, nochmals gestiegen. 25 Realschulen, 22 Grund- und Hauptschulen sowie jeweils zwei Gymnasien und zwei Berufsschulen setzen auf Tschechisch als Ergänzung ihres Angebots. „Tschechisch-Kenntnisse werden besonders im böhmisch-bayerischen Grenzraum immer stärker zu einem

echten Plus in der Berufswelt und zu einem handfesten Argument auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Bayerns Europaministerin Emilia Müller (CSU) beim Besuch einer Tschechischklasse in der Staatlichen Realschule Obertraubling bei Regensburg.

Zukunftschancen

„Dass bayerische Schulen Tschechisch anbieten, ist nicht nur eine Sache der nachbarschaftlichen Beziehungen und der Völkerverständigung. Es geht um die Zukunftschancen der jungen Leute hier in der Region“, sagte die Ministerin. Für deren Zukunft, ihre beruflichen Perspektiven seien Tschechischkenntnisse eine zunehmend



Immer mehr Schüler in Ostbayern – wie hier in der Staatlichen Realschule Obertraubling bei Regensburg – lernen Tschechisch. Bayerns Europaministerin Emilia Müller (3. von links), der Regensburger Bundestagsabgeordnete Peter Aumer (4. von links), der Regensburger Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer (5. von links) und der Oberpfälzer Ministerialbeauftragte für Realschulen, Ludwig Meier (Mitte), machten sich vor Ort ein Bild.

Foto: obx/Henning

wichtige zusätzliche Qualifikation. „Der bayerisch-böhmische Wirtschaftsraum wächst immer stärker zusammen“, betonte Müller. Der Regensburger Bundestagsabgeordnete Peter Aumer (CSU) ergänzte: „In wenigen Monaten gibt es keine Einschränkungen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit mehr. Schon jetzt gehen viele Menschen zum Arbeiten über die Grenze – und zwar in beiden Richtungen.“ Für den ostbayerischen Einzelhandel und das Handwerk nahe der Grenze und gerade auch in Regensburg hätten tschechische Kunden,

tschechische Gäste immer größere Bedeutung.

Viele Fachkräfte

„Wir brauchen deshalb auf beiden Seiten der Grenze möglichst viele Fachkräfte in den Betrieben, denen die Sprache des Nachbarn nicht völlig fremd ist. Das gilt aber nicht nur für Industrie, Handel und Dienstleistungsunternehmen, sondern auch für den öffentlichen Dienst, für die Polizei, die Verwaltungen, die Hilfsdienste und viele andere“, sagte Ministerin Müller. **obx**

Rückblick und...

(Fortsetzung von Seite 1)

wasser um insgesamt rund 95 Millionen Euro mehr als aufgefangen. Dadurch ergibt sich neben einer dauerhaften strukturellen Verbesserung eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen in 2011 um 74 Millionen Euro (3 Prozent). Die Investitionen bei Krankenhäusern und Abwasserentsorgung werden durch moderate Absenkung der Ansätze zeitlich gestreckt (Krankenhaus: minus-50 Millionen Euro auf 450 Millionen Euro, Abwasser: minus 20 Millionen Euro auf 121 Millionen Euro).

Mit Blick auf die Arbeit der Gemeindefinanzkommission verwies Röble darauf, dass Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble die grundsätzliche Bereitschaft des Bundes bekräftigt habe, die Kommunen von Aufwendungen für soziale Leistungen zu entlasten, zum Beispiel bei der Grundsicherung im Alter und für dauerhaft Erwerbsgeminderte. Schäuble setzt sich für mehr Dezentralisierung ein. Unter anderem schlug er bei einem Spitzentreffen mit kommunalen Vertretern vor, den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer von 15 Prozent innerhalb einer Bandbreite durch kommunale Entscheidungen selbst zu verändern - nach Röbles Einschätzung „eine verkappte Steuererhöhung“.

Steigende Sozialausgaben

Was die stark steigenden Sozialausgaben anbelangt, so stellte der Finanzreferent des Bayerischen Landkreistages, Emil Schneider, fest, „dass die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung oder aber die Jugendhilfe – um nur zwei Ausgabenposten stellvertretend zu nennen – sich von der ursprünglichen Sozialhilfe weit weg bewegt haben, weil der Rückgriff auf die Bürger praktisch zum Teil unterbrochen oder zum Teil ganz ausgesetzt wurde“.

In der Gemeindefinanzkommission müsse der Bund deshalb unbedingt prüfen, ob er den Rückgriff in geeigneten Fällen wieder zulässt. „Lässt er dies nicht zu, muss der Bund aber in der Gemeindefinanzkommission verpflichtet werden, sich an den Kosten in einer Größenordnung von einem Drittel zu beteiligen“,

hob Schneider hervor. Damit würden die Bezirke und Landkreise „zulässigerweise entlastet“. Für den Bund hätte eine Kostenbeteiligung den Vorteil, dass er viel sensibler wäre bei der weiteren Einführung von Standards. Als Beispiel hierfür nannte Schneider das bayernweit Konzeptsprinzip, das im Landtag dafür gesorgt habe, „dass die Freude, neue Dinge einzuführen, deutlich gebremst ist“.

„Großbaustelle Grundsteuer“

Statt bei der Gewerbesteuer oder der Einkommensteuer Überlegungen anzustellen, sollte man die „Großbaustelle Grundsteuer“ unter die Lupe nehmen, riet der Finanzexperte. Dies würde die Grundausstattung der Gemeinden deutlich verbessern. Seit 40 Jahren existiere bei der „viel zu niedrigen“ Grundsteuer ein Reformstau - „eine Situation, die so auf Dauer nicht mehr haltbar ist und dem Ziel einer ausgeglichenen Finanzierung überhaupt nicht nahe kommt“.

Schneider verwies in diesem Zusammenhang auf den Obersten Rechnungshof, der in seinem Jahresbericht folgendes erläuterte: „Die Grundstücksbewertung für die Grunderwerbsteuer und die Erbschaft- und Schenkungsteuer wurde seit Mitte der neunziger Jahre reformiert. Die Grundsteuer wird dagegen noch immer nach Einheitswerten, ausgehend von der Wertverhältnisse des Jahres 1964, ermittelt. Die Bewertungsregeln sind völlig veraltet, das Bewertungsverfahren aufwändig und kompliziert. Zuständig sind dafür die Finanzämter, obwohl die Steuer ausschließlich den Gemeinden zukommt. Dadurch entstehen dem Staat allein Personalkosten von 25 Mio. Euro pro Jahr.“

Was die Aktivitäten der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Jahr 2011 angeht, so verwies Vorsitzender Röble auf die geplante Landesversammlung am 7. Mai am Flughafen München II mit den Schwerpunktthemen Infrastruktur und Social Media. Auch werden nächstes Jahr mit Blick auf die Kommunalwahlen 2014 zehn Regionalkonferenzen stattfinden. **DK**

Auf dem Prüfstand...

(Fortsetzung von Seite 1)

mierung darstellen, sondern müsse ein Leitbild für die Entwicklung darstellen, betonte Monika Beltinger vom Bau- und Planungsausschuss des Bayerischen Städtetags. Annette Karl, MdL, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bayerischen Landtag, und Josef Steigenberger, Stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags, waren der Meinung, dass auf Ebene der Regionalen Planungsverbände (RPV) unter anderem durch den Einsatz von Regionalbudgets eine Stärkung nötig sei.

Ökologie ernst nehmen

Dr. Maria Wellan, Ständige Vertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Landkreistags, erklärte, dass auch über die Zuschnitte der RPVs nachgedacht werden müsse. Otto Kurz, Sprecher der Regionalgruppe Bayern der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) schlug vor, die RPVs als regionale Arbeitsplattformen zu nutzen und so das Landesentwicklungsprogramm mit Leben zu füllen. Prof. Dr.-Ing. Helmut Gebhard, Beiratsmitglied des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, merkte an, dass in der bisherigen Diskussion die ökologischen Fragestellungen als Grundlage menschlichen Lebens noch zu stark unterbelichtet seien und diese nicht dem Fokus auf wirtschaftliche Interessen zum Opfer fallen dürften. Hermann Steinmassl, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände und Traunsteiner Landrat entgegnete, dass die Regelung durch Bausetzbuch und Bundesnaturschutzgesetz ausreiche und das

LEP in vielen Fällen eine weitere Bremse für die Verwirklichung kommunaler Anliegen darstelle.

Grundversorgung der Bevölkerung gewährleisten

Beim Thema Einzelhandel waren sich die Diskutanten einig, dass der Umsatz über das Internet in vielen Segmenten zunehmen werde. Wichtig sei es künftig, eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Dafür seien jedoch verbindliche Einzelhandelsentwicklungskonzepte für Regionen, die im Konsens ausgehandelt wurden, eine sinnvollere Lösung, als eine Diskussion über zulässige Quadratmeterzahlen, so Karl. Eine groß angelegte Ausweisung von Einzelhandelsflächen sei angesichts der Entwicklung nicht zukunftsfähig. Dies könnte auf längere Sicht zu Leerständen, entvölkerten Ortskernen und großflächigen Einzelhandelsbrachen führen, warnte Michael Krines, Präsident des Handelsverbandes Bayern - Der Einzelhandel e.V.

Staatsminister a. D. Erwin Huber, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie im Bayerischen Landtag, fasste schließlich den weiteren Fahrplan für die Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms zusammen: Ende 2012 solle das neue LEP in Kraft treten und bis dahin ausreichend Zeit für die Anhörung und Diskussion geboten sein. Wesentliche neue Themen wie beispielsweise der Klimaschutz und verstärkte Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit sollen beinhaltet sein. Zentral sei für ihn der Anspruch an Transparenz und Handhabbarkeit der Instrumente, denn: „Durch die Vielzahl der Pläne wird die Zukunft des Landes weniger gestaltet als durch die Vernünftigkeit der Pläne.“ **DK**

Bildung für alle...

(Fortsetzung von Seite 1)

gleichzeitig Programm, fuhr Stamm fort „Als Einrichtungen vor Ort kennen Sie die Bedürfnisse in ihrem regionalen Umfeld und können flexible, qualitativ hochwertige und passgenaue Bildungsangebote machen, die den gesellschaftlichen Entwicklungen und beruflichen Notwendigkeiten Rechnung tragen.“ So fänden neben Bewährtem auch aktuelle Trends Eingang in die VHS-Programme. Die jährlich drei Millionen Menschen in Bayern, die von dem vielfältigen Angebot Gebrauch machen, bestätigten eindrucksvoll die Bedeutung der Volkshochschulen als verlässliche und kompetente Träger der Erwachsenenbildung.

Erwachsenenbildung

Kommunalpolitiker und Bildungsexperten tauschten sich anschließend über den gesellschaftlichen Nutzen der Volkshochschule und ihre zukünftigen Aufgaben aus. „Volkshochschulen können die Antworten für das 21. Jahrhundert geben“, meinte Julia Lehner vom Bayerischen Städtetag. Die Politik müsse nur mitgehen; die vhs sei ein Muss für die Gesellschaft der Zukunft. „Bildungspolitik wird zu sehr als Schulpolitik verstanden. Wir werden darum kämpfen, dass die Erwachsenenbildung innerhalb der Bildung adäquat mit angesiedelt wird“, erklärte Karl Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des bv. Laut einer Studie hat jeder zweite Bürger im Raum Nürnberg einen Migrationshintergrund. Bildungsexperte Rudolf Tippelt, LMU München, mahnte, dass gerade diese Zielgruppe

mit ein wenig staatlicher Hilfe ein großes Potential für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Lande darstelle. Die vhs könne mehr Migranten erreichen durch die Alphabetisierung- und Grundbildungskurse, mit Angeboten zum alltagsnahen Lernen sowie einer verbesserten Beratung.

Wie Bildung, die nahe liegt und weiterbringt konkret aussieht, zeigten stellvertretend für die 217 Einrichtungen drei Volkshochschulen anhand praktischer Beispiele zum ABC des Lebenslangen Lernens. Die vhs Landsberg stellte als Beispiel für die das A, Allgemeine Erwachsenenbildung, das Studium Generale vor. Akademisches Wissen wird gut verständlich aufbereitet und breiten Bevölkerungsschichten nahe gebracht. Das Angebot wird überwiegend von Teilnehmern über 50 Jahren wahrgenommen.

Die vhs Landkreis Cham präsentierte ihre Aktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung in Verbindung mit transnationalen europäischen Projekten. Mit den in nahezu allen deutschen Volkshochschulen angebotenen, europaweit anerkannten Xpert-Zertifikaten befähigt die vhs die Menschen, im Arbeitsleben mobil und erfolgreich zu sein.

Die vhs ist der größte Partner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der größte Anbieter von Deutschsprachkursen. „Wir öffnen unsere Türen fürs Sprachenlernen und bringen verschiedene Nationalitäten und Altersgruppen unter einem Dach zusammen“, machte schließlich Reinhard Beer von der vhs Erlangen deutlich. **DK**



Im Landtag: Die Preisträger des CSU-Zukunftspreises im Bayerischen Landtag (mittig, mit Präsent) zusammen mit Georg Schmid (Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, l.) und Wolfgang Krebs (Stoiber-Imitator, r.).

Landtags-CSU prämiert Zukunftsidee:

Integration von Kindern mit Behinderung

CSU-Stadträtin Bernadette Dechant ausgezeichnet

Die CSU-Stadtratsfraktion gratulierte Stadträtin Bernadette Dechant zu ihrer Auszeichnung für das von ihr entwickelte Zukunftskonzept. Rund 200 Gäste kamen in den Bayerischen Landtag, um die Prämierung der besten Ideen für Bayern mitzufeiern. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung des CSU-Zukunftsdialoogs „Mach mit! Wir gestalten die Zukunft Bayerns“ wurden die ausgewählten Konzepte ausgezeichnet.

In den vergangenen Monaten wurden Bayerns Bürgerinnen und Bürger seitens der Landtags-CSU nach ihren Ideen für Bayerns Zukunft gefragt. Über 5000 Menschen aus ganz Bayern haben dazu ihre Ideen und Konzepte eingereicht. Davon wurden insgesamt sieben Ideen prämiert. „Wir sind stolz darauf, dass ein Mitglied unserer Stadtratsfraktion zu den Ausgezeichneten gehört. Bernadette Dechant hat die Prämierung für ihren Einsatz voll und ganz verdient“, freut sich CSU-Fraktionsvorsitzender Christian Schlegl über die Auszeichnung seiner Fraktionskollegin. Dies zeige, dass die CSU-Stadtratsfraktion über kreative und engagierte Köpfe verfüge, die Zeit und Mühen nicht scheuen, um in verantwortlicher Weise Politik für ihre Mitmenschen zu machen.

Reguläres Schulleben

Dechant setzt sich im Rahmen ihres Zukunftskonzeptes dafür ein, den Ausbau der Integration von Kindern mit Behinderung an den Regelschulen soweit als möglich zu fördern. „In einer aufgeklärten und christlich fundierten Gesellschaft wie der unseren muss es möglich sein, allen Kindern ihren Platz zu geben und niemanden abzusondern. Die weitestgehende Integration

behinderter Kinder in das reguläre Schulleben und damit auch in das normale gesellschaftliche Leben sollte zur Selbstverständlichkeit werden“, betont Dechant. Dies sei nicht nur ein Gebot des christlichen Glaubens, sondern auch einer vernünftigen und von Verantwortung für alle geleiteten Politik.

Schlegl unterstützt diese Forderung und hebt hervor, dass die CSU-Stadtratsfraktion sich für die Integration einsetzen werde. Bereits der Besuch der Regensburger Montessori-Schule im letzten Jahr, die auch in diesem Bereich integrativ arbeite, habe die Stadtratsfraktion beeindruckt. „Bernadette Dechant ist bei uns mit ihrem Anliegen gut aufgehoben. Wir wünschen uns, dass die bayerische Staatsregierung in diesem Bereich zu schnellstmöglichen Ergebnissen kommt“, skizziert Schlegl seinen Zukunftswunsch.

Umsetzung

Die Auszeichnung Dechants beinhaltet den unentgeltlichen Besuch der Bayerischen Schlösser und Museen für ein Jahr. „Meine größte Freude wäre aber, Ideen meines Konzeptes in die Wirklichkeit umgesetzt zu sehen“, kommentiert Dechant ihre Auszeichnung. **DK**

ITK ist Motor für Wachstum und Innovation

Ein Viertel des BIP-Wachstums geht auf den Einsatz von ITK zurück
BITKOM-Studie: Vier von fünf ITK-Firmen führen 2010 neue Produkte ein

IT und Telekommunikation (ITK) sind die wichtigsten Impulsgeber für neue Produkte und Dienste und leisten damit einen erheblichen Wachstumsbeitrag für die deutsche Volkswirtschaft. Das zeigt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des High-Tech-Verbands BITKOM. Danach führen inzwischen 40 Prozent aller innovativen Unternehmen in Deutschland Neuerungen ein, die im Wesentlichen auf ITK beruhen.

Nach Berechnungen der Forscher ging in den Jahren 1999 bis 2007 somit fast ein Viertel (23 Prozent) des BIP-Wachstums in Deutschland auf den Einsatz von ITK zurück. „Die Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen muss ein Top-Thema der High-Tech-Politik bleiben“, sagte BITKOM-Präsident Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer im Vorfeld des 5. Nationalen IT-Gipfels. „Der IT-Gipfel ist eine ideale Plattform für den Austausch zwischen Politik und Wirtschaft sowie zur Entwicklung gemeinsamer Projekte für die Gestaltung der digitalen Welt.“

Basisinfrastruktur

Wichtige Themen waren in diesem Jahr die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, eine erleichterte Zuwanderung von Fachkräften sowie der weitere Breitbandausbau. „IT und Telekommunikation tragen ganz maßgeblich zur Wirtschaftsleistung in Deutschland bei“, ergänzte BITKOM-Vizepräsident René Obermann. „Flächendeckende, schnelle Netze in Festnetz und Mobilfunk sind die Basisinfrastruktur für künftige Innovationen.“

Nach den Ergebnissen der BITKOM-Studie gehört die ITK-Branche zu den innovativsten Wirtschaftszweigen. 81 Prozent der Anbieter von Software und IT-Services sowie 78 Prozent der

Hardware-Hersteller haben im Jahr 2010 neue Produkte oder Dienste auf den Markt gebracht. Das ist der mit Abstand höchste Wert aller Branchen in Deutschland. „Die Palette der Neuerungen reichte zuletzt von Smartphones über Tablet-PC bis zum Cloud Computing bei professionellen IT-Anwendern“, sagte Scheer. Im Branchen-Ranking folgen die Elektrotechnik mit 70 Prozent aller Unternehmen sowie die Chemie- und Pharma-Industrie mit 69 Prozent. Im Maschinenbau führen 64 Prozent der Unternehmen Innovationen ein.

Potenziale ausschöpfen

Dass die ITK-Branche innovativer ist als die Wirtschaft insgesamt, zeigt sich auch an einem anderen Indikator. Im Schnitt geben die ITK-Unternehmen in Deutschland 7 Prozent ihres Umsatzes für Forschung und Entwicklung aus. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Schnitt der Gesamtwirtschaft, die auf 2,6 Prozent kommt. Unter den ITK-Teilbranchen liegen die Hersteller von Kommunikationstechnik mit 12,6 Prozent vom Umsatz vor den Software-Anbietern mit 9,2 Prozent. Aus Sicht des BITKOM sind Wirtschaft und Politik gemeinsam gefordert, um die Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnologien voll auszuschöpfen.

Beim 5. Nationalen IT-Gip-

fel kamen rund tausend Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Zur Vorbereitung arbeiteten acht Arbeitsgruppen ganzjährig zu Themen wie E-Government, digitale Infrastrukturen oder dem High-Tech-Standort Deutschland. In den vergangenen Jahren sind daraus zum Beispiel die Breitbandstrategie, die Einführung der Behördenrufnummer 115, der neue Personalausweis und mehrere Projekte zu Bildung und Qualifikation hervorgegangen.

In diesem Jahr wurde bereits im Vorfeld des Gipfels ein Datenschutzkodex für Geodatendienste vorgelegt. Scheer: „Der Geodatenskodex enthält eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft, die den Verbrauchern Rechte einräumt, die weit über das gesetzliche Maß hinausgehen. Absolute Transparenz und Widerspruchsmöglichkeiten mit wenigen Klicks stehen im Mittelpunkt.“

Fit für die Zukunft

Beim diesjährigen IT-Gipfel ging es vor allem darum, den Aufbau digitaler Infrastrukturen voranzutreiben. „Die neuen Technologien leisten einen wichtigen Beitrag für die Energieversorgung der Zukunft, den Aufbau von Elektromobilität und ein modernes, kosteneffizientes Gesundheitssystem“, sagte Scheer. Daneben müssen Behörden und Schulen mit intelligenten Netzen fit für die Zukunft gemacht werden.

In der neuen ITK-Strategie der Bundesregierung „Deutschland Digital 2015“, die beim IT-Gipfel diskutiert wurde, ist der Aufbau intelligenter Netze bereits ein wichtiges Thema. Eine zentrale Aufgabe ist dabei der weitere Breitbandausbau in Mobilfunk und Festnetz. „Für diese Milliardeninvestitionen braucht die Branche allerdings stabile und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen“, betonte BITKOM-Vizepräsident Obermann.

Hinweis zur Methodik: Die Studie „ITK als Wegbereiter von Innovationen“ wurde vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des BITKOM durchgeführt. Teil der Studie ist eine repräsentative Unternehmensbefragung von 1.550 ITK-Firmen sowie 1.000 ITK-Anwenderunternehmen aus anderen Branchen. □

AKDB-Geschäftsfelder:

Erneut vom TÜV zertifiziert

Auch in diesem Jahr hat der TÜV Süd den hohen Qualitätsmaßstab der AKDB bestätigt. Mitte November führte der TÜV sein Überwachungsaudit zur ISO 9001:2008 durch. In Bayreuth und München informierte sich TÜV-Auditor Elmar Kaiser in zahlreichen Gesprächen mit AKDB-Geschäftsfeld-Mitarbeitern über die Prozesse im Kundenservice und in der Verfahrensentwicklung. Die Ergebnisse waren wieder positiv, so dass die AKDB das Zertifikat behält. Fazit des TÜV-Auditors: Der AKDB wurde ein „gut funktionierendes und wirksames Managementsystem, das die Anforderungen der Norm [...] erfüllt und von den Mitarbeitern beachtet wird [...]“ bestätigt. Der Auditbericht erwähnt positiv die umfangreiche Testlandschaft und die Aktivitäten im Geschäftsfeld eGovernment. □



Advertorial

Die Stadt der Zukunft

Neue Plattform für die Infrastruktur

Städte und Gemeinden stecken in der Zwickmühle: Einerseits müssen sie ständig neue Dienstleistungen anbieten, wie aktuell Online-Behördengänge per elektronischem Personalausweis. Andererseits haben sie aufgrund des Kostendrucks ihre Arbeitsprozesse schlank und effektiv zu halten. Eine Lösung dafür bietet ein intelligentes Netzwerk als Plattform für Planung, Aufbau und Verwaltung der täglichen Abläufe.

Mit einem solchen Netz können Gemeinden ihre Effizienz deutlich steigern und die Produktivität ihrer Angestellten erhöhen. Die öffentlichen Dienste sind besser erreichbar und sie erschließen neue Modelle zur Generierung von Einnahmen. Zudem profitieren sie von optimierter Stadtverwaltung, kontinuierlichem Wirtschaftswachstum, höherer Lebensqualität der Bürger und nachhaltiger Städtebildung.

Cisco Smart+Connected Communities – Die vernetzte Gesellschaft

Dafür bietet Cisco Smart+Connected Communities – die vernetzte Gesellschaft eine geeignete, zukunftsgerichtete Lösung. Sie verbindet über intelligente Funktionen Städte und Gemeinden, Bürger und Dienstleister, Geräte und Informationen. Das Konzept Smart+Connected umfasst auch neue Visionen für Aufbau, Verwaltung und Strukturierung von Gemeinden und Städten, um soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen.

„Die Vernetzung von Behörden, Privathäusern, Büros, Kliniken, Schulen, Versorgungseinrichtungen, Autos und öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet einen optimierten und effizienten Betrieb“, erklärt Thomas Mierschke, Managing Director Öffentliche Hand bei Cisco Deutschland. „Bürger und Unternehmen erleben dadurch eine völlig neue Art der Zusammenarbeit, der Produktivität und des wirtschaftlichen Wachstums, ohne Kompromisse hinsichtlich der Umwelt. Und diese intelligent vernetzten Gemeinschaften lassen sich effizient, koordiniert und sicher verwalten.“

Bürgerfreundlicher Service im Bodenseekreis

Schon heute nimmt die vernetzte Gesellschaft von morgen klare Konturen an, zum Beispiel am Nordufer des Bodensees. Acht Städte und Gemeinden im dortigen Landkreis engagieren sich als Testregion für die bun-

terstützt kaum Aufwand im laufenden Betrieb und beschleunigt zudem per Fernschaltung die Bereitstellung neuer Dienste. Die Einwohner sind begeistert – fast 80 Prozent der Haushalte in den Ausgabebereichen haben bereits einen Anschlussvertrag unterzeichnet.

„Unser Glasfasernetz ist eine ideale Plattform für unterschiedliche Telearbeitsmodelle“, sagt Andreas Nauroth, Leiter des Eigenbetriebs ‚Moderne Kommunikationstechnik‘ der Gemeinde Hohentengen am Hochrhein. Arbeitnehmer können via Netzwerk von zu Hause aus stabil auf Informationen im entfernten Firmennetzwerk zugreifen oder an virtuellen Web- und Video-Meetings teilnehmen. Damit bringen sie Beruf und Familie besser in Einklang. Außerdem entfallen viele Autofahrten zum Arbeitgeber und zurück, wodurch klimaschädliche CO₂-Emissionen vermieden werden.

„Mit der Technologie von Cisco haben wir eine absolut offene Infrastruktur-Plattform, die in Zukunft noch viele zusätzliche Aufgaben übernehmen wird“, ergänzt Andreas Nauroth. Ein Beispiel dafür wäre Smart Metering. Dabei werden Stromzähler in das Netzwerk der Gemeinde integriert, sodass die manuelle Ablesung entfällt. Die Technologie ermöglicht auch das Zusammenwachsen von Kommunikations- und Versorgungsstrukturen zu so genannten Smart Grids. Deren intelligentes Energiemanagement führt zu steigender Effizienz und höherer Versorgungssicherheit. Sie verbessern zudem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für dezentrale Stromerzeugung, etwa aus Windkraft- und Solaranlagen.

„Die 115 bringt ein neues Serviceverständnis in der öffentlichen Verwaltung zum Ausdruck“, sagt Peter Sauter, Hauptamtsleiter im Landratsamt des Bodenseekreises. „Viele Abläufe und Beziehungen werden sich tiefgreifend verändern – sowohl zwischen Bürgern und der Behörde, als auch innerhalb der Verwaltung.“

Möglich wird dies durch die Nutzung eines intelligenten Netzwerks. Denn die 900 Mitarbeiter des Landratsamts telefonieren seit Jahren über Leitungen mit Internet-Protokoll (Voice-over-IP). Durch die gemeinsame Übertragung von Sprache und Daten werden Kosten sowie Verwaltungsaufwand minimiert. Die Mitarbeiter im Service-Center können Telefon und Computer mit nur einer Oberfläche steuern, über den PC Anrufe starten oder bei eingehenden Telefonaten sofort Informationen über den Anrufer auf dem Computerbildschirm sehen.

Fazit
Die aktuellen Herausforderungen in Städten und Gemeinden können nur mit einer umfassenden intelligenten Netzwerklösung als Plattform gelöst werden. Doch ob Klimaschutz, Sicherung der Infrastruktur oder Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit: Eine Partnerschaft zwischen öffentlicher Verwaltung und privaten Unternehmen ist dabei unabdingbar. □

Kontakt:
Cisco Systems GmbH
Am Söldnermoos 17
85399 Hallbergmoos
Telefon 0800 - 187 36 52
www.cisco.de.

Kommunales WebGIS:

Infrastruktur, Betriebsform, Wirtschaftlichkeit

Ein Seminar für Einsteiger und Umsteiger

Mit den technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekten des WebGIS-Einsatzes befasst sich am 11. Februar 2011 das Seminar „Kommunales WebGIS - Infrastruktur, Betriebsform, Wirtschaftlichkeit“ des Arbeitskreises Kommunale Geoinformationssysteme, Würzburg.

Es wird aufgezeigt, welche Vorteile sich durch den Einsatz eines WebGIS für das Geodatenmanagement, die Geodatenutzung und den Systembetrieb ergeben. Vertiefend widmet man sich, auch in Form eines Anwenderberichtes, dem Thema des WebGIS-Hostings, einer Betriebsform, die gerade von kleineren Kommunen immer häufiger nachgefragt wird. Eine Übersicht über Freie Software und Open Source Software zur Realisierung eines WebGIS, verbunden mit einer Vorstellung amtlicher und nichtamtlicher Geodatendienste für das kommunale WebGIS, schließt das Seminar ab.

Interessenten finden das Seminarprogramm auf der Internet-Seite www.akogis.de.

Information zum AKOGIS – Arbeitskreis Kommunale Geoinformationssysteme

Vertreter aus Kommunen und Landratsämtern, aus der Vermessungsverwaltung, aus Ingenieurbüros, Systemhäusern, GIS-Dienstleistungsunternehmen und aus dem Hochschulbereich haben den Arbeitskreis Kommunale Geoinformationssysteme im Jahr 2004 mit dem Ziel gegründet, praxiskonforme Verfahrenslösungen und Standards für die Nutzung und den Betrieb von kommunalen Geoinformationssystemen auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Die Empfehlungen des Arbeitskreises sollen den GIS-Verantwortlichen in den Kommunen eine praxisbezogene Entscheidungshilfe sein und die Verständigung zwischen Leistungsnehmern und Leistungsgebern vereinfachen und erleichtern, damit letztendlich eine qualitativ hochwertige kommunale Geodateninfrastruktur entsteht und dauerhaft erhalten bleibt.

Die Arbeitsergebnisse des AKOGIS werden in den kostenlosen über das Internet zu beziehenden Heften der Schriftenreihe „Arbeitshilfen zur Einrichtung, Führung und Nutzung kommunaler Geoinformationssysteme“ und in Seminaren veröffentlicht. □

Vorreiterrolle:

Stadt Herford nutzt den Sparkassen RechnungsService

Elektronische Rechnung senkt Kosten und schont die Umwelt

Seit 1. Dezember 2010 bietet die Stadt Herford einen innovativen Service an: Geschäftspartner können ihre Rechnungen nun elektronisch über den Sparkassen RechnungsService schicken. Damit ist die Stadt bundesweit Vorreiter in punkto eBilling. Die realisierte Lösung eignet sich auch für andere Kommunen.

Schlanke Verwaltung durch moderne Prozesse: Nach diesem Motto setzt die Stadt Herford auf die elektronische Rechnung und ist damit die erste Kommune in Deutschland, die den rechtskonformen Austausch über den Sparkassen RechnungsService ermöglicht.

Im ersten Schritt kann die Stadt elektronische Rechnungen empfangen, archivieren und ohne Medienbruch im digitalen Workflow bearbeiten. Das spart wertvolle Zeit, weil die Rechnungsdaten nun elektronisch eingehen und nicht mehr per Hand eingegeben werden müssen. Die Übermittlung ist rechtskonform u. a. wegen der aufgetragenen elektronischen Signatur. Dies sichert das zertifizierte Verfahren der ebills & more GmbH, nach dem der eBilling-Service funktioniert. Die Lösung der Stadt Herford wurde ausführlich gete-

stet und steht mit dem Start des Betriebes nun auch anderen Einrichtungen der Öffentlichen Verwaltung zur Verfügung. Selbstverständlich können auch Unternehmen jeglicher Größe und Branche den Sparkassen RechnungsService nutzen, um Rechnungen elektronisch zu versenden und zu empfangen. Einen kompatiblen Service bieten die Volks- und Raiffeisenbanken als VR-RechnungsService.

Einsparungen für Versender und Empfänger

„Das Angebot der elektronischen Rechnungsstellung ist für die Stadtverwaltung ein weiterer Schritt, um Verwaltungsabläufe mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung schneller und kostengünstiger zu gestalten“, erläutert Jörg Hartmann, Leiter der Abteilung Kämmererei, Steu-

ern und Stadtkasse in Herford. Die Stadt erhält rund 20.000 Rechnungen jährlich. Mit Umstellung auf die elektronische Rechnung eröffnet sich ein Einsparpotenzial von 20.000 Euro. Zudem verringert jede eingesparte Papierseite den CO₂-Ausstoß, was die Umwelt schont. Für Lieferanten ist die elektronische Rechnung einfach, preiswerter und deutlich schneller als die Papierrechnung. Bis zu 85 % lässt sich an direkten und indirekten Kosten sparen.

„In den kommenden Jahren wird sich der Anteil elektronischer Rechnungen drastisch erhöhen. Wir rechnen bereits mit über 2 Milliarden elektronischer Rechnungen im B2B-Bereich für 2014 in Deutschland“, erklärt Andreas Viersbach, Bereichsleiter Vertrieb bei der ebills & more. „Die Stadt Herford ist somit für die Zukunft bestens gerüstet. Und wir rechnen damit, dass diverse Kommunen diesem Beispiel folgen werden.“

Über den elektronischen RechnungsService

Dem Angebot der ebills & more liegt ein webbasiertes Verfahren mit universellem Zugang zugrunde: Ein Nutzer muss lediglich über Browser & Internetzugang verfügen und sich registrieren, um seine Rechnungen über die Plattform abwickeln zu können. Das Prinzip ist denkbar einfach: Der Anwender schreibt wie gewohnt seine Ausgangsrechnung in der vorhandenen

Branchen- bzw. Faktura-Lösung wie Sage oder Lexware. Word und Excel sind auch möglich. Anstatt nun die finale Version auf Papier auszudrucken, wählt er SIMPLYST Express in der Druckerauswahl und erzeugt damit automatisch ein lesbares PDF sowie einen XML-Datensatz. Bei Bedarf lassen sich auch Dokumente als Anlagen anhängen.

Alles andere läuft im Hintergrund auf der Web-Plattform von ebills & more: Es wird eine steuerrechtlich erforderliche, qualifizierte elektronische Signatur aufgebracht. Dann schickt das System die digitale Rechnung an den Empfänger und prüft die Signatur, damit sich wie gewohnt die Vorsteuer ziehen lässt. Außerdem kann das signierte Rechnungs-PDF mit allen Zusatzdaten in einem Web-Archiv abgelegt werden, wo es zehn Jahre für Versender und Empfänger zugänglich ist. Der Rechnungsempfänger erhält das Rechnungs-PDF mitsamt Signatur und Prüfreport kostenlos. Bei Bedarf übermittelt ihm das System auch die Rechnungsdaten in einem Format, das er direkt weiterverarbeiten kann.

Vertrieb vor Ort

Den Vertrieb vor Ort übernehmen die teilnehmenden Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken mit ihren bundesweiten Filialnetzen sowie die ServiCon für die gewerblichen Verbundgruppen und Franchise-Systeme im ZGV. Alle drei Institutionen bieten den Vorteil der vorhandenen Kundennähe, da sie zu den meisten Unternehmen im deutschen Mittelstand bereits Geschäftsbeziehungen unterhalten. Der RechnungsService erweitert den etablierten, elektronischen Zahlungsverkehr. Er ist in vielen Anwendungen für Onlinebanking und Cash-Management wie SFirm32, StarMoney, Genocash, Windata und weiteren bereits integriert. □



Von links: Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth.

AKDB mit Bürgerservice-Portal beim IT-Gipfel in Dresden

Zum fünften Nationalen IT-Gipfel des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie trafen sich in Dresden Spitzenvertreter aus Politik und IT-Branche, um gemeinsam an der Weiterentwicklung des ITStandortes Deutschland zu arbeiten. Auch die AKDB als Marktführer für Kommunalsoftware nahm an dem Kongress teil und präsentierte dort mit dem Bürgerservice-Portal eine ihrer neuesten Entwicklungen.

In Kooperation mit Staatssekretär Franz Josef Pschierer, dem IT-Beauftragten des Freistaats Bayern, wurden die Möglichkeiten zur Nutzung des neuen Personalausweises für Behördengänge vorgestellt. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission Neelie Kroes, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle informierten sich am gemeinsamen Stand des Freistaats und der AKDB über das moderne eGovernment-Angebot.

Das Bürgerservice-Portal der AKDB bündelt verschiedene Online-Behördengänge, die durch den Bürger einfach und bequem von zu Hause aus erledigt werden können. Die Nutzung des neuen

Personalausweises ermöglicht dabei eine sichere Identifikation gegenüber der Verwaltung. Viele Voreinstellungen machen manuelle Erfassungen überflüssig und beschleunigen so Behördengänge ganz erheblich. Auch die Verwaltungsmitarbeiter werden entlastet und haben mehr Zeit für das Wesentliche.

Zum Abschluss des IT-Gipfels gab Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt, wo die Veranstaltung im kommenden Jahr stattfinden wird: „In der Hauptstadt von Laptop und Lederhose“ – also in München und damit am Hauptsitz der AKDB. Ein weiteres Zeichen für die Vorreiterrolle Bayerns beim eGovernment. □

Elektronische Behördendienste:

Chance für mehr Bürgerfreundlichkeit

Cloud Computing birgt noch Risiken

Anlässlich des 5. Nationalen IT-Gipfels hat der Deutsche Landkreistag die Chancen des Einsatzes von IT in der Verwaltung betont, aber auch vor bestehenden Risiken und Gefahren beim elektronischen Umgang mit Informationen hingewiesen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte: „Innovative IT-Angebote können Behördendienste der Kommunen vereinfachen und transparenter machen. Es liegt eine große Chance darin, Verwaltungsleistungen für Bürger und Unternehmen zu verbessern. Allerdings muss gerade vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen ein besonderes Augenmerk auf Datensicherheit und den Schutz persönlicher Informationen gelegt werden.“

E-Health-Anwendungen, Geodatendienste, der neue elektronische Personalausweis oder die beabsichtigte Erweiterung des Projektes der einheitlichen Behördenrufnummer 115 auf das Internet seien nur einige der zahlreichen Beispiele, wie elektronische Anwendungen die Angebotspalette der kommunalen Dienstleistungen bereichern. „Die Landkreise versprechen sich vom IT-Gipfel Rückenwind für die vielfältigen Anstrengungen auf kommunaler Ebene, Verwaltungsabläufe z.B. im Wege elektronischer Medien effektiver und bürgerfreundlicher zu gestalten“, so Henneke.

Auf der anderen Seite müssten eGovernment-Anwendungen auch unter Datenschutzgesichtspunkten sicher ausgestaltet werden. „Die Diskussionen um GoogleStreetView oder die jüngsten Enthüllungen von WikiLeaks bringen ganz grundsätzliche Fragen zum Schutz von Informationen der Bürger, Unternehmen und staatlichen Stellen zum Vorschein. Diesen berechtigten Interessen muss Rechnung getragen werden, damit am Ende bessere und sicherere Systeme stehen. Transparenz öffentlicher Verwaltung darf nicht auf Kosten der Datensicherheit teuer erkaufte werden.“

Daher steht der Deutsche Landkreistag etwa der Technologie des Cloud Computing für den Bereich der öffentlichen Verwaltung noch skeptisch gegenüber, solange Risiken nicht klar ausgeräumt sind. Allerdings gebe es auch gute Beispiele: „Wir begrüßen, dass die Geodatenanbieter nunmehr einen Datenschutz-Kodex vorgelegt haben, der das Ziel hat, die Akzeptanz der Dienste zu fördern, indem er im Wege der Selbstverpflichtung Grundsätze für einen angemessenen Ausgleich der Interessen von Berechtigten, Nutzern und Anbietern festlegt.“ Das sei der richtige Weg in das digitale Zeitalter, so Henneke abschließend. □

Moderne Kosten- und Leistungsrechnung

Zentrum für Zeithistorische Forschung setzt Fachkonzept mit DATEV um

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam hat in seiner Verwaltung eine moderne Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sowie Programmbudgets eingeführt. Projektpartner des Instituts war die Nürnberger DATEV eG, deren Software für das neue System zum Einsatz kommt. Mit der Lösung kann das ZZF nun gewissermaßen auf Knopfdruck die gewünschten Auswertungen für sein Berichtswesen erzeugen.

Das ZZF ist ein interdisziplinär ausgerichtetes Institut zur Erforschung der deutschen und europäischen Zeitgeschichte mit Sitz in Potsdam. Seit 2009 ist es Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und erhält seitdem eine institutionelle Zuwendung vom Bund (50 Prozent) und von den Ländern (50 Prozent). Darüber hinaus wirbt das Institut Drittmittel ein, unter anderem bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Auf Basis des Beschlusses der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zur Sicherung der Qualität der Forschung hatte das Berliner Beratungsunternehmen Agresso GmbH ein Fachkonzept erstellt, das die Einführung einer KLR und von Pro-

grammbudgets beim ZZF umfasste.

„Für die Umsetzung des Konzepts wollten wir eine pragmatische und kostengünstige Lösung, erklärt Ursula Schulz, Verwaltungsleiterin beim ZZF. Im Rahmen einer Software-Evaluierung fiel die Wahl auf DATEV-Software. Für den Bereich Rechnungswesen setzt das Institut in seiner Verwaltung bereits seit 2006 DATEV-Programme ein. „So ist ein optimales Zusammenspiel der Anwendungen gegeben – eine hervorragende Voraussetzung, um die Kosten- und Leistungsrechnung sehr effizient zu erstellen“, betont Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Klaus Bogisch aus Berlin, der das ZZF in steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Belangen betreut.

Kernpunkte des Projekts

Die Kernpunkte des Projekts waren insbesondere die Umstellung des Kontenrahmens, die Stammdateneinrichtung in der Kostenrechnung mit Kostenstellen und Kostenträgern sowie die Umsetzung des Berichtswesens in der DATEV-Kostenrechnung. Bei letzterer wünschte das ZZF auch individuelle „Chefübersichten“.

Die KLR wollte das Institut insbesondere als wichtigen Baustein für das Gesamtsystem der inneren

Umfassendes IT-Fortbildungsangebot

AKDB unterstützt Innovationsprozesse in der Kommunalverwaltung

Moderne Informationstechnik und eine praxistaugliche Branchensoftware wie die Fachverfahren der AKDB sind wichtige Werkzeuge, um die immer komplexeren kommunalen Dienstleistungen bürgernah und effizient realisieren zu können. Diese Werkzeuge entfalten ihre Möglichkeiten jedoch nur in dem Maße, wie sie von kompetenten, gut ausgebildeten Anwendern genutzt werden.

Auch im ersten Halbjahr 2011 bietet die AKDB mit dem größten und umfassendsten IT-Fortbildungsangebot für Kommunalverwaltungen ihren Kunden in über 600 Kursen in allen Regionen Bayerns prägnante und preiswerte Schulungen an. Aktuelle Themen sind z. B.: Bewerberverwaltung in OK.PWS, Flächenmanagement in TERAWin oder der elektronische Aufenthaltstitel. Investitionen in Wissen machen sich sehr schnell bezahlt – bei nun schon im vierten Jahr stabilen Seminarpreisen! Alle Seminare können auch als individuelle Inhouse-Schulungen gebucht werden, auf Wunsch auch mit mobiler Schulungshardware.

Wie die Informationstechnik insgesamt, so ist auch das AKDB-Schulungsangebot ständig in Bewegung. Die AKDB informiert darüber laufend durch Sondermitteilungen an einzelne Fachbereiche und auf der Homepage www.akdb.de im Bereich Fortbildung. Dort steht das neue Seminarprogramm ab sofort auch für Online-Buchungen zur Verfügung. Aktuell werden gerade die neuen Seminarkataloge an alle Kunden verschickt. □

Steuerung des Wissenschaftsprozesses einführen. „Steuerungsinstrumente sollen dabei sowohl für die Institutsleitung als auch für Aufsichtsgremien und Wissenschaftliche Beiräte zur Verfügung stehen“, erläutert Ursula Schulz. Zudem dient die KLR als betriebswirtschaftliches Basisinstrument zur Entwicklung und Unterstützung des Controllings und erhöht die Transparenz von Kosten und Leistungen. Sie schafft Grundlagen für die Kalkulationen und fungiert darüber hinaus als Mechanismus zur Förderung von Wettbewerb.

Über die zweite Neuerung, die Programmbudgets, wollte das ZZF vor allem den Paradigmenwechsel von der inputorientierten

Bestandssicherung hin zur outputorientierten Ergebnisorientierung vollziehen. Nicht mehr das Institut, sondern dessen wissenschaftliche Ergebnisse und Serviceleistungen rücken dadurch in den Mittelpunkt der Förderung und Finanzierung. Diese Orientierung an Ergebnissen und Leistungen sowie deren Planung führt zu einer Optimierung des Ressourceneinsatzes. Finanzierungsentscheidungen der Zuwendungsgeber können sich so besser an Forschungs- und Serviceprogrammen orientieren, Stärken und Schwächen der einzelnen Institute lassen sich leichter identifizieren und dadurch die Mittel zielgerichteter einsetzen. □

„Kommunales WebGIS - Infrastruktur, Betriebsform, Wirtschaftlichkeit“

WebGIS sind in aller Munde. Aber welche technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Vorteile kann ein Web-basiertes GIS ihrer Kommune wirklich bieten? Systemexperten und Anwender erläutern die informationstechnischen Grundlagen, berichten aus der Praxis und diskutieren Lösungsansätze und Trends.

Termin und Ort: Freitag, 11.02.2011, Würzburg

Veranstaltungsprogramm und Anmeldung:
www.akogis.de



Den Anschluss an die Zukunft legen:

Start der Bauarbeiten für Ausbau des Breitbandnetzes in Günzach

Freistaat Bayern fördert Projekt von LEW TelNet und Mnet

Neun Kilometer neue Glasfaser- und Kupferleitungen sind die Basis des neuen Breitbandnetzes in Günzach und den Ortsteilen Immenthal, Schöllhorn, Steig und Rohr: Ab der für das 2. Quartal 2011 geplanten Inbetriebnahme können dann rund 700 Haushalte im Gemeindegebiet über die neue Infrastruktur mit einer Bandbreite von zunächst bis zu 50 Mbit/s im Internet surfen.

Vor kurzem starteten Bayerns Finanzstaatssekretär und IT-Beauftragter des Freistaats Franz Josef Pschierer, Landrat Johann Fleschhut, Bürgermeisterin Brigitte Schröder, LEW TelNet Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl und M-net Geschäftsführer Anton Gleich mit einem offiziellen Spatenstich die für das Breitbandnetz notwendigen Bauarbeiten.

Das Projekt setzen LEW TelNet und M-net gemeinsam um. LEW TelNet verlegt 9.000 Meter neue Glasfaser- und Kupferleitungen in Günzach und den Ortsteilen Immenthal, Schöllhorn, Steig und Rohr. Sie verbinden an sechs verschiedenen Punkten in der Gemeinde die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz von LEW TelNet. Mnet wiederum

investiert in technisches Equipment zur Realisierung der innovativen VDSL-Technik. Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net im genannten Gemeindegebiet auf Basis der neu geschaffenen Infrastruktur hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s bereitstellen. Der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau der neuen Glasfaser-Infrastruktur beteiligen sich außerdem die Gemeinde Günzach sowie die Unternehmen LEW TelNet und M-net.

Mehr als 550 bewilligte Förderanträge

„Bis heute wurden mehr als 550 Förderanträge für entsprechende Breitbandprojekte bayerischer Kommunen mit einem Volumen von rund 39 Millionen Euro bewilligt“, erklärte Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium und IT-Beauftragter in Bayern. „Das Förderprogramm leistet also einen erheblichen Beitrag zur weiteren Stärkung der ländlichen Regionen im Freistaat.“ „Dieses Projekt ist ein wichtiger Meilenstein für Günzach“, sagte Bürgermeisterin Brigitte Schröder bei dem offiziellen Spatenstich. „Bisher kamen

Applikationen zu schützen. Unternehmen mit beiden Netzwerktypen sollten darauf achten, dass ihr Sicherheitsanbieter eine kombinierte Lösung liefert, die beispielsweise den Wireless Traffic über eine Unified Threat Management (UTM) Engine leitet. Intrusion Prevention, Cleansing, Identity-Aware Policy und Layer-7-Priorisierung laufen dort parallel, so dass ein höheres Performance-Niveau der WLAN-Infrastruktur erreicht werden kann.

Transfer unkritischer Daten

Als von vielen genutzte Ressource wird das WLAN auch für den Transfer von unkritischen Daten genutzt, was in manchen Fällen den geschäftskritischen Datenverkehr hemmen kann. Demzufolge ist es wichtig, dass die Sicherheitslösung Daten nach Prioritäten filtert und umleiten kann.

Fazit

Die Verbreitung von Wireless-Services und das Kostenersparungspotential der WLANs sprechen dafür, dass Funknetze und die damit verbundenen Services auch im Geschäftskundensegment eine große Zukunft haben werden. Die technische Grundlage wurde mit IEEE802.11n bereits gelegt. Die Norm wurde im September 2009 vom IEEE (Institute of Electrical and Electronics Engineers) ratifiziert. Was Entscheidern letztlich nicht abgenommen werden kann, ist das Bewusstsein für Gefahren und Risiken von Funknetzen und die tatkräftige Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen. Netzwerk-Experten raten Unternehmen nicht umsonst, zuerst ihre WLANs zu sichern und dann im zweiten Schritt das Potenzial der Wireless-Welt zu entfalten.

Autor: Christian Vogt, Regional Director Germany and the Netherlands, Fortinet. □

wir teilweise nur im Schnecken-tempo ins Internet. Künftig verfügen wir über eine zukunftssichere Breitband-Infrastruktur. Sie stellt eine wesentliche Basis für die weitere Entwicklung der Gemeinde dar, denn für Unternehmen, Selbstständige und Hauslehaber ist eine gute Breitbandanbindung heute entscheidend bei der Standortwahl.“

Komplexe Materie

Das Projekt in Günzach wird im Rahmen der Breitbandinitiative des Landkreises Ostallgäu umgesetzt. Im Auftrag des Landkreises hatte ein Planungsbüro den Bedarf der einzelnen Kommunen an Breitbandversorgung ermittelt und diese Daten dann zusammen mit den Ausschreibungsunterlagen zur Einstellung auf dem Breitbandportal und der jeweiligen Gemeindehomepage weitergegeben. „Durch die landkreisweite Initiative treiben wir dieses Zukunftsthema vernetzt voran. Das ist wichtig, weil die Materie komplex, die technische Entwicklung sehr rasant und eine Vielzahl von Anbietern mit unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten auf dem Markt ist“, sagte Landrat Johann Fleschhut. „An Projekten wie hier in Günzach sehen wir, dass wir mit unserer Strategie auf dem richtigen Weg sind.“

Fokus auf Glasfasertechnologie

LEW TelNet setzt in der Region Bayerisch-Schwaben insgesamt 21 Breitbandprojekte in Kommunen um, von denen das erste bereits in Betrieb ist und weitere noch in 2010 in Betrieb gehen werden. „Das zeigt, dass Netzbetreiber wie LEW TelNet das drängende Problem der Breit-



Legten den Anschluss für die Zukunft: Landrat Johann Fleschhut, Finanzstaatssekretär und IT-Beauftragter des Freistaats Franz Josef Pschierer, Bürgermeisterin Brigitte Schröder, LEW TelNet Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl und M-net Geschäftsführer Anton Gleich (v. l.). Bild: LEW TelNet/Bleier

bandversorgung im ländlichen Raum lösen können“, betonte Erna-Maria Trixl, Geschäftsführerin LEW TelNet GmbH. „LEW TelNet setzt bei seinen Breitbandkonzepten auf Glasfasertechnologie. Diese Infrastruktur gilt als besonders leistungsstark und langlebig und garantiert damit einen optimalen Einsatz der getätigten Investitionen.“

Neues Internet-Zeitalter

Die künftig von M-net verfügbaren Telefon- und Internetanschlüsse liefern mit bis zu 50 Mbit/s ein Vielfaches an Geschwindigkeit, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag. „Mit dem Spatenstich heute beginnt der Countdown für den Start in ein neues Internet-Zeitalter in Günzach“, sagte Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net. „Den Bürgerinnen und Bürgern stellen wir im Lauf des Frühjahrs Kommunikationsan-

schlüsse zur Verfügung, wie sie hinsichtlich ihrer Qualität und ihrem Leistungsvermögen derzeit sogar nur in wenigen Städten Deutschlands zur Verfügung stehen – und das alles zu vergleichbaren Marktpreisen wie herkömmliches DSL.“ Interessierte Bürger können sich schon jetzt unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-9060902 für die Breitbandprodukte vormerken lassen.

Die Erschließung von Günzach mit zukunftsfähigen Breitband-Internetanschlüssen reicht sich in ähnlich konzipierte Projekte ein, die von M-net bereits in mehreren Kommunen Schwabens, in Franken, aber auch in München und Augsburg angegangen worden sind. M-net wird auch anderen Internetanbietern bei Bedarf einen diskriminierungsfreien Zugang in das VDSL-Netz in Günzach ermöglichen. □

WLAN im Unternehmen:

Sicher geht vor bequem

Laut In-Stat Research wird es bis 2013 mehr als eine Milliarde Endgeräte geben, die für die kabellose Kommunikation nach WiFi-Norm IEEE 802.11 ausgelegt sind. Diese Fähigkeit ist nicht nur eine Option unter vielen, sondern viel genutzte Praxis: Immer mehr mobile Geräte wie Smart Phones, Notebooks und Laptops stellen den Zugriff auf High-Speed-Netzwerke über Funk her.

Während WLAN für den Verbraucher bereits selbstverständlich ist, wird der große Boom bei Geschäftskunden mit der Ratifizierung von 802.11n erwartet. Damit stellt sich auch die Security-Frage neu. Was macht ein WLAN aus? Was ist beim Übergang von kabelgebundenen zu kabellosen Netzwerken oder bei kombinierten Netzwerken zu beachten? Diese und weitere Fragen zur Sicherheit in Wireless-Umgebungen, werden hier in Grundzügen beantwortet.

Die Technologie hinter dem Wireless Boom

IEEE 802.11n nutzt für die Signalverschlüsselung komplexe Algorithmen, die fünfmal mehr Bandbreite und eine doppelt so große Reichweite liefern können – und zwar bei dem gleichen Frequenzspektrum, das auch die älteren Normen 802.11a und 802.11b/g haben. Dass sich das Spektrum effizienter nutzen lässt, liegt an Verbesserungen der physikalischen Übertragungsschicht der Funkwellen und des Medienzugangs sowie an mehrfachen Antennen und Übertragungsströmen, auch bekannt als MIMO (Multiple Input Multiple Output)-Technologie.

MIMO nutzt für die drahtlose Kommunikation mehrere Sendee- und Empfangsantennen und erlaubt zudem einen zeitlich versetzten Empfang. Dadurch lassen sich Qualität (Bitfehlerhäufigkeit) und Datenrate einer drahtlosen Verbindung deutlich erhöhen. MIMO-Systeme können wesentlich mehr Bit/s pro genutztem Hz Bandbreite übertragen und haben somit eine höhere spektrale Effizienz als konventionelle Smart-Antenna-Systeme.

WLAN-Innovationen werden zugänglich

Mit IEEE802.11n werden viele neue Services und Möglichkeiten, die mit 802.11g nur ansatzweise einsetzbar waren, zum Standard. Eines dieser Features ist die neue Voice-over-WiFi Handset-Technologie. Sie machen sich die neuen Multimedia-Erweiterungen von 802.11n und den ebenfalls neuen Stromsparmodes zu Nutze. Dies verlängert die Betriebszeiten und verbessert die Audioqualität.

Ein weiterer Trend ist der Einsatz von Ethernet-Switches in den Außenbereichen des Netzwerks durch kabellosen Zugang. Aus Geschäftskundensicht lassen sich Verbindungen vergleichbarer Qualität bei niedrigeren Verwaltungs- und Gesamtbetriebskosten erreichen als sie eine kabelgebundene Lösung aufweist.

Ebenfalls neu ist die Peer-to-Peer-Kommunikation. Diese Technologie wird das Home-Entertainment revolutionieren: Die Kommunikation zwischen Fernsehgerät und anderen Audio- und Videogeräten wird in Hochgeschwindigkeit über Funk laufen – und macht die „Glötze“ endgültig zum Computer.

Kabellos = schutzlos?

Bei jeder Technologie, die eine Verbindung mit der Außenwelt herstellt, hat die Sicherheit Vorrang. So auch bei kabellosen Netzwerken, die mehr Gefahren in sich bergen können als ihr kabelgebundenes Äquivalent. In den vergangenen Jahren wurden daher neue Authentifizierungs- und Verschlüsselungsmechanismen wie WiFi Protected Access Version 2 eingeführt.

Bleibende Gefahren

Was dennoch bleibt, sind Gefahren wie Man-in-the-Middle-Angriffe, Evil Twin AP/Honeypot, Denial-of-Service(DoS)-Angriffe, Rogue Access Points, De-Authentication Broadcasts, Kanalstörungen und Mac-Spoofing. Einige der jüngsten bekannt gewordenen Hacker-Erfolge fallen unter die so genannte „Drive-by“-Methode. Quasi im Vorübergehen wurden aus ungeschützten Funknetzen diverser Einzelhändler Kreditkartendaten der Kunden ausgelesen. Speziell der Einzelhandel muss sich mit den Data Security Standards (DSS) der Kreditkartenindustrie auseinandersetzen. Dabei geht es unter anderem darum, Netzzugangsstellen, die als Angriffsstellen dienen könnten, zu erfassen und deren Absicherung nachzuweisen.

Sicherheitsanforderungen in Wireless-Umgebungen

Bislang gab es wenige Möglichkeiten, Kabel- und Funknetze mit ein und derselben Sicherheitslösung für Netzwerke und



AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

**eAkten:
Weniger Papier –
mehr Möglichkeiten!**

Dokumente bestimmen sehr viele Verwaltungsabläufe in Kommunen. Die dabei anfallende Papierflut wird laufend bearbeitet, abgelegt, aussortiert und weitergeleitet – Briefe, Berichte, Mails, Bescheide, Daten usw. Nutzen Sie die Vorteile der elektronischen Aktenführung: Sparen Sie sich das aufwendige Suchen benötigter Akten, legen Sie Dokumente revisionssicher ab und machen Sie Ihre Sachbearbeitung so noch effizienter. Alle eAkten sind mit den Fachverfahren der AKDB eng verzahnt.

Die Wirtschaftlichkeit von elektronischen Akten mit einem Dokumentenmanagementsystem ist bewiesen: Nach einer Studie des Fraunhofer-Instituts sind bei Raumbedarf und Sachkosten Einsparungen von bis zu 80 % möglich.



Informieren Sie sich unter www.akdb.de



Software, die dem Menschen dient!

4. Bayerischer Finanzgipfel in München:

Auf dem Weg zu einer neuen Finanzarchitektur

Beim 4. Bayerischen Finanzgipfel in München diskutierten hochkarätige Experten das Thema „Auf dem Weg zu einer neuen Finanzarchitektur - systemische Wertbeiträge und systemisches Risikomanagement von Banken und Versicherungen“. Einen wichtigen Teil dieser Neugestaltung betrifft nach Aussage von Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil das Regelwerk Basel III mit den modifizierten Eigenkapitalvorschriften für die Kreditwirtschaft.

Laut Zeil müssen die aufsichtlichen Neuregelungen weltweit nach einem einheitlichen Zeitplan umgesetzt werden: „Es kann und darf nicht sein, dass wieder einzelne Staaten ausscheren, wie das die USA bei Basel II getan haben. Dies würde den Wettbewerb erheblich verzerren. Zudem müssen wir die Umsetzung der Basel III-Regelungen im Rahmen des Capital Requirement Directive IV, die die europäischen Richtlinien ändern soll, im Auge behalten.“

Die EU-Kommission plant, den Vorschlag zur Änderung der Richtlinien im Januar 2011 zu veröffentlichen. Mit Blick auf die 3-Säulen-Struktur der deutschen Bankenlandschaft müssten die europäischen Regelungen die Unterschiede in der Geschäftsstruktur und Risikostruktur der Institute angemessen berücksichtigen.

Systemische Risiken zumindest reduzieren

Wie der Minister zudem feststellte, erwirtschaftet die bayerische Kredit- und Versicherungsbranche mit über 180.000 Beschäftigten jährlich rund 15 Mrd. Euro. Damit ist der Freistaat einer der bedeutendsten Finanzplätze Europas, der wichtigste Versicherungsplatz in Deutschland und der zweitgrößte deutsche Bankenstandort. Die Finanzdienstleistungsbranche dient der Sicherung von Arbeitsplätzen wie auch der Nachhaltigkeit von Altersvorsorgesystemen. Allerdings sei bei der Planung und Konstruktion dieser neuen Finanzarchitektur zu berücksichtigen, dass die Durchführungsbestimmungen zur Erhaltung der sich in Deutschland erfolgreich entwickelten Vielfalt der Unternehmensformen maßgeschneidert sein müssen. Nur so könnten die Wertschöpfungs-

potentiale und -beiträge, die für den Verbraucher allerdings noch transparenter gemacht werden müssen, erhalten bleiben. Die neue Finanzarchitektur solle systemische Risiken über ihr Szenarienübergreifendes Risikomanagementsystem möglichst weitgehend reduzieren bzw. ausschließen können.

Dynamischer Aufschwung

Zeil zufolge hat Deutschland die Finanzkrise als eines der wenigen Länder relativ unbeschadet überstanden: „Wir erleben derzeit sogar den dynamischsten Aufschwung seit der Wiedervereinigung.“ Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarteten in ihrem Herbstgutachten für Deutschland ein Wachstum von 3,5 %. Damit liege Deutschland in Europa mit an der Spitze. Dank seiner wettbewerbsfähigen Unternehmen und der offensiven, erfolgreichen Wirtschaftspolitik sei auch Bayern hervorragend in den Aufschwung gestartet.

Wachstumslokomotive

Der Minister zeigte sich überzeugt, „dass der Freistaat auch nächstes Jahr zu den Wachstumslokomotiven in Deutschland zählen wird“. Dennoch blieben Risiken, wie zum Beispiel die labile konjunkturelle Entwicklung in den USA, weiterhin drohende Staatspleiten, die Gefahr neuer Spekulationsblasen oder eine Inflation durch zu viel Liquidität, latente Risiken in der Finanzbranche, eine Überhitzung des Immobiliensektors in China oder Negativfolgen durch den Währungsstreit zwischen China und den USA, so Zeil.

Prof. Dr. Paul Achleitner, Allianz SE, gab folgenden Rat: „Wir sollten alles unter-

nehmen, um proaktiv an einem angemessenen regulatorischen Rahmenwerk mitzuarbeiten. Wir sollten nicht nur für kosmetische Veränderungen kämpfen und nicht nur defensiv agieren. Vielmehr müssen wir erkennen, dass die Zukunft der Kapitalmärkte aber auch unserer Volkswirtschaften maßgeblich von der Sinnhaftigkeit zukünftiger Regularien abhängt.“

Konsolidierung tut Not

Ein „weiter so“ wie vor der Krise dürfe es nicht geben. Sollten einige Akteure aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt haben, müssten verbesserte Transparenzregeln greifen. Diese müssten von einer wirkungsvollen Finanzaufsicht durchgesetzt werden. Dies gelte für die Profis ebenso wie die privaten Akteure: „Wenn sich private Konsumenten munter weiter verschulden, entsteht schnell eine neue Blase. Zu einer langsamer, aber umso nachhaltiger tickenden Zeitbombe könnten die staatlichen Schuldenberge werden. Hier tut Konsolidierung Not. Denn wir dürfen nicht immer intensiver auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben und die langfristige Stabilität unserer Währung gefährden. Schließlich ist die aktuelle Stärke des Euros ist vor allem der relativen Schwäche des US-Dollars geschuldet“, bemerkte Achleitner.

Alternativlose Regeln

„Keiner von uns sollte seine Unternehmen oder seinen Währungsraum in protektionistischer Manier abschotten“, fuhr der Finanzexperte fort. Doch die Freiheit des Kapitalverkehrs müsse dort ihre Grenzen haben, wo sie droht, systemrelevante Erschütterungen auszulösen. Daher seien internationale Regeln auf diesem Gebiet ebenso alternativlos wie auf dem Höhepunkt der Krise die staatlichen Rettungsmaßnahmen alternativlos gewesen seien.

Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, konstatierte:

„Mit der kürzlich erfolgten Einigung, die Eigenkapitalvorschriften für Banken schrittweise, aber deutlich zu verschärfen, sind wir bei der Aufarbeitung der Krise einen entscheidenden Schritt vorangekommen.“ Damit sei es freilich nicht getan: „Wir müssen darüber hinaus insbesondere die von systemisch relevanten Finanzinstituten ausgehenden Systemrisiken möglichst effektiv einschränken und das Bewusst-

sein für systemische Risiken im gesamten Wirkungskreis von Überwachung und Regulierung fest verankern“. Zudem gelte es, das Blickfeld der Aufsicht durch an das Schattenbankensystem gerichtete Transparenzanforderungen zu erweitern.

Podiumsdiskussion

Eine von den Präsidiumsmitgliedern des Bayerischen Finanz-

Zentrums, Prof. Dr. Wolfgang Gerke und Prof. Dr. Elmar Helten, moderierte Podiumsdiskussion rundete das informative Programm ab. Teilnehmer waren Uwe Fröhlich vom Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, Dr. Theodor Weimer, Hypo Vereinsbank - Member of Unicredit sowie Friedrich Schubring-Giese, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern. **DK**

Kämmerertagungen in den Bezirken:

Berliner Steuerpläne in der Kritik

Die Auswirkungen der Bundestagswahl auf den Haushalt der Gemeinden standen im Zentrum von Kämmerertagungen in den einzelnen Regierungsbezirken. Veranstalter war jeweils der Bayerische Städtetag.

Unüberhörbar war die Kritik an der Bundesregierung bei der Kämmerertagung Oberbayern in Ottobrunn mit über 100 Teilnehmern - darunter zahlreiche Bürgermeister, Kämmerer und Finanzreferenten. Viele Gemeinden wiesen auf ihre schwierige finanzielle Lage hin, die sich durch die Vorhaben der Schwarzgelben Koalition noch weiter verschärfen werde.

Starke Belastung

Wie der stellvertretende Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer, erläuterte, seien mit dem Koalitionsvertrag Entscheidungen über die Köpfe der Kommunen hinweg getroffen worden, die künftig tiefe Löcher in die Haushalte der Gemeinden reißen könnten. Steuererleichterungen, die die Bundesregierung beschließt, würden die Kommunen stark belasten, so die Befürchtung der Kämmerer.

Buckenhofer zufolge „haben wir 2009 landesweit eine schlechte Einnahmesituation. Bei der Gewerbesteuer etwa haben wir im Vergleich zu 2008 mit 4,6 Milliarden Euro eine Milliarde Euro weniger eingenommen. Und der Trend setzt sich 2010 fort.“ 2010 könnte der Finanzierungssaldo von Einnahmen und Ausgaben bei bis zu 1 Milliarde Euro liegen.

Problem Unterfinanzierung

Die strukturelle Unterfinanzierung bleibe das beherrschende Problem in den Rathäusern. Die hohen Defizite schnürten

die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik ein; die Kämmerer müssten unverändert an der Konsolidierung der Haushalte arbeiten.

Alle sitzen in einem Boot

Ebenso besorgt zeigte sich Ottobrunns Kämmerer Markus Porombka - und dies trotz deutlicher Rücklagen der Gemeinde in Höhe von 15 Millionen Euro. Laut Porombka „haben sich die Einnahmen durch die Gewerbesteuer im Vergleich zum Jahr 2008 halbiert“. Gleichzeitig steige die Kreisumlagenbelastung „möglicherweise um bis zu zehn Prozent“. Der Kämmerer stellte die Frage, wie lange das Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben bayernweit noch tragbar ist: „Schließlich sitzen wir auf kommunaler Ebene alle in einem Boot.“

Schwerpunkte

Bei der Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz in Neumarkt standen neben dem kommunalen Finanzausgleich 2011 Informationen der Regierung zur Fördersituation und zu Haushaltsgenehmigungen auf

Bayerischer Bankenverband e. V.:

Weiter unruhige Zeiten für die Branche erwartet

Präsident Dr. Theodor Weimer: „Reformvorschläge schmälern Gewinne um bis zu 40 Prozent“

Dr. Theodor Weimer, seit Oktober neuer Präsident des Bayerischen Bankenverbandes e. V., hat die Branche auf der Mitgliederversammlung des Verbandes auf weitere unruhige Zeiten eingestellt. „Trotz der Tatsache, dass sich die Lage auf den Finanzmärkten beruhigt und die Banken die Belastungen bis auf wenige Ausnahmen verarbeitet haben, müssen wir wiederkehrende Krisen als Bestandteil unseres Wirtschaftssystems akzeptieren“, stellte Weimer fest.

„Es wurde weltweit so viel zusätzliche Liquidität in das System gepumpt, dass die Weltwirtschaft fragiler und instabiler geworden ist. Wir sind in einer 'Blasenökonomie' angekommen“, so Weimer. Und in einer solchen seien Krisen der Normalfall, nicht die Ausnahme.

Warnung vor Wettbewerbsverzerrung

Eine strengere und bessere Regulierung als Antwort auf die Krise sei prinzipiell richtig. „Diese wird dazu beitragen, die negativen Folgen und die Kosten der Krisen zu verringern.“ Weimer warnte aber vor Wettbewerbsverzerrungen durch eine ungleichmäßige internationale Einführung der neuen Regeln. Als negatives Beispiel nannte er die zögerliche Umsetzung von Basel II in den USA. Insgesamt dürfe die Politik die kumulativen Wirkungen der zahlreichen neuen Regeln auf die Profitabilität der Banken nicht unterschätzen. „Unser Bundesverband hat berechnet, dass die tatsächliche Umsetzung der bis-

her bekannten Reformvorschläge zur Einlagensicherung, Finanzmarktsteuer und zur Bankenabgabe eine Reduzierung des Nettoertrags der Banken um bis zu 40 % bedeuten würde - und Basel III ist hierbei noch nicht einmal berücksichtigt“, so Weimer.

BayernLabo

Derzeit bietet die BayernLabo bayerischen Kommunen, kommunalen Zweckverbänden sowie deren rechtlich unselbständigen Eigenbetrieben und bayerischen Schulverbänden nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz mit dem Investkredit Kommunal Bayern in Zusammenarbeit mit der KfW-Förderbank zinsverbilligte Kredite für eine Vielzahl ihrer Investitionen im Infrastrukturbereich an. Darüber hinaus besteht für den gleichen Kundenkreis in den Bereichen Umweltschutz, Energie, Forschung, Bildung und Gesundheit die Möglichkeit zur Aufnahme von zinsgünstigen Förderdarlehen in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Bei der Kämmerertagung 2010 des Bayerischen Städtetags für Mittelfranken in Hersbruck (Landkreis Nürnberger Land) ging es schließlich ebenso um die Finanzlage der Kommunen, aber auch um spezielle Themen wie die Haushaltsgenehmigung der Regierung. **DK**

Vertrauen zurückgewinnen

Es liege aber nicht allein an der Politik, die Zukunft des Finanzsektors zu gestalten. Die Banken müssten vielmehr gemeinsam versuchen, ihre Strukturen, Prozesse und ihr Geschäftsgebaren so auszurichten, dass sie das in der Krise verspielte Vertrauen der Gesellschaft Stück für Stück zurückgewinnen. Dies gelte auch für Bayern. „Unser Bankenplatz hat einen ziemlichen Hagelschauer erlebt. Der Bayerische Bankenverband steht daher in einem konstruktiven Dialog mit der Politik. Er verfügt mit der Finanzplatz München Initiative über eine Plattform zur Interessenbündelung, bei der die Finanzwirtschaft auch bankengruppenübergreifend gut zusammenarbeiten.“ **□**

MIT SICHERHEIT LTE

Ergebnisse der LTE-Messreihe veröffentlicht



Immer mehr Menschen nutzen das Mobiltelefon auch für Internetanwendungen. Das Datenvolumen im deutschen Mobilfunknetz wuchs von 3,5 Millionen Gigabyte im Jahr 2007 auf 33,5 Millionen Gigabyte im Jahr 2009. Der zunehmende Datenverkehr erfordert die Einführung neuer Mobilfunktechnologien.

Der neue Mobilfunkstandard LTE ermöglicht eine schnellere Datenübertragung und eine größere Übertragungskapazität. Für mobile Endgeräte sind damit im LTE-Netz Datenraten wie im heutigen DSL-Festnetz erreichbar. Durch LTE-Technologie wird eine Versorgung der Bevölkerung mit schnellem Zugang zum Internet auch im ländlichen Bereich möglich.

Das IZMF beauftragte eine LTE-Messreihe, um die Sicherheit der neuen Technologie im Vorfeld zu überprüfen. Diese Pilotstudie soll sicherstellen, dass von der LTE-Technologie keinerlei Gefahren für die Bevölkerung ausgehen. Die Ergebnisse sind nun verfügbar.

Kontaktieren Sie uns unter der gebührenfreien Hotline 0800-330 31 33, im Internet unter www.izmf.de oder per E-Mail: info@izmf.de



INFORMATIONSZENTRUM MOBILFUNK

Aktives Zins- und Schuldenmanagement:

Kosten einsparen, Risiken mindern

**GZ-Interview mit Thomas Priermeier,
Abteilungsleiter im Bereich Finanzrisikomanagement der BayernLB***

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben auch in den kommunalen Haushalten tiefe Spuren hinterlassen. Dies hat zur Folge, dass Kämmerer verstärkt nach Wegen zur Sicherung und Optimierung ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit suchen. Immer mehr Gemeinden, Städte und Landkreise setzen dabei auf ein aktives Zins- und Schuldenmanagement. Zu diesem Thema sprach die GZ mit Thomas Priermeier, Abteilungsleiter im Bereich Finanzrisikomanagement der BayernLB.

GZ: Herr Priermeier, wo liegt denn der Nutzen einer Kommune, wenn sie aktives Zins- und Schuldenmanagement betreibt?

Priermeier: Speziell vor dem aktuellen Hintergrund schafft ein gezieltes, professionelles Zins- und Schuldenmanagement eine Menge Nutzen. Wir haben speziell in den vergangenen Monaten eine Reihe von Kommunen verschiedenster Größe in deren Schuldenmanagement begleitet. Eines der Hauptziele war es dabei, den aktuellen Haushalt möglichst zu entlasten und Einsparpotentiale gezielt zu heben. Mittel- und langfristig ist natürlich auch die gezielte Risikosteuerung wichtig. Das aktuell sehr niedrige Zinsniveau kann hier durchaus genutzt werden, um Zinsrisiken zu senken und die Zinskosten auf niedrigem Niveau zu „konservieren“. Und dies natürlich im Einklang mit den Prinzipien einer ordentlichen, konservativen Haushaltsführung.

GZ: Das klingt zunächst einfach. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt doch aber, dass dies in der Praxis doch nicht so einfach ist. Schließlich ist nicht jeder Kämmerer in gleichem Maße mit den Möglichkeiten vertraut, die an den Kapitalmärkten verfügbar sind.

Priermeier: Da haben Sie durchaus recht. Die Produktivität, aber auch die starken Schwankungen an den Zinsmärkten stellen viele Kämmerer vor eine neue Herausforderung. Hinzu kommt, dass die Schuldenportfolios der Kommunen durch ihre Vielfalt oft auch ein wenig unübersichtlich sind. Ein umfassendes Portfoliomanagement, das auch etwaige Wechselwirkungen innerhalb eines Schuldenportfolios berücksichtigt, ist dann durchaus schwierig. Hier zeigt die Erfahrung, dass Kämmerer hier sehr gut fahren, wenn sie auf die professionelle Unterstützung von seriösen Beratern zurückgreifen. Deshalb bieten wir als BayernLB ja auch partnerschaftlich mit den Sparkassen vor Ort unsere Beratung im kommunalen Schuldenmanagement an.

GZ: Was verstehen Sie denn genau unter Beratung im kommunalen Schuldenmanagement?

Priermeier: Wir unterstützen den Kämmerer in seinen Entscheidungen, in dem wir das Schulden-Portfolio der Kommune detailliert untersuchen und dabei gezielt Ansatzpunkte aufzeigen, durch die der Kämmerer Kosten einsparen und Risiken mindern kann. Wichtig ist dabei, dass wir stets das komplette Schuldenportfolio untersuchen um die bereits angesprochenen Wechselwirkungen der Kredite ebenso zu berücksichtigen wie etwaige Zinsinstrumente, die bereits abgeschlossen wurden. Die detaillierte Analyse zeigt dem Kämmerer zunächst, wie sein aktueller „finanzieller Status Quo“ aussieht – und auch, wo er Handlungsbedarf hat. Diesen kann er dann mit seiner Haushaltsplanung abgleichen bzw. darin einfließen lassen.

GZ: Diese detaillierte Analyse ist also wie ein Finanz-Check ... oder ein „Schulden-TÜV“?

Priermeier: Genau! Denn „erst mal nichts zu machen“ mag zwar auf den ersten Blick vorsichtig wirken. Tatsächlich ist dies aber oft riskant, da Kommunen mitunter ein höheres Zinsänderungsrisiko in ihrem Schuldenportfolio haben als ihnen bekannt ist. Diese Analyse ist aber nicht nur „Finanz-Check“, sondern auch Ausgangspunkt für individuelle Optimierungsvorschläge. So haben wir in den letzten Monaten in den einzelnen Analysen verstärkt Einsparpotentiale für die Kommunen aufgedeckt und gezielte Strategien erarbeitet, wie die Kommune diese Einsparpotentiale effektiv nutzen kann. Herausgekommen sind Haushaltsentlastungen bis in den sechsstelligen Bereich.

GZ: Aber gehört es denn nicht zu den ureigensten Aufgaben eines Kämmerers, genau das selbst zu machen?

Priermeier: Die Entscheidung des Schuldenmanagements liegt ja auch weiterhin in der Hand des Kämmerers. Die von uns gelieferten

Analysen und Vorschläge unterstützen den Kämmerer aber in dessen Entscheidungsfindung. Entscheidungen über Zinsbindungen oder den Einsatz von Zinssicherungsinstrumenten werden durch diese Analysen auf ein objektives, nachvollziehbares Fundament gestellt, statt derart wichtige Entscheidungen mit großer Tragweite „aus dem Bauch heraus“ zu treffen. Die Entscheidung des Kämmerers wird damit „objektiviert“ – was unter anderem auch von uns durch eine entsprechende Dokumentation verifiziert wird.

GZ: Gibt es denn bayernweite oder gar bundesweite Tendenzen hinsichtlich des kommunalen Schuldenmanagements?

Priermeier: Zur Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung eines optimierten Zins- und Schuldenmanagements hat die Sparkassen-Finanzgruppe bundesweit eine in Umfang und Qualität einzigartige Studie initiiert – die „Kommunale Verschuldungsdiagnose“. Im Rahmen dieser kommunalen Verschuldungsdiagnose analysieren wir die Kreditportfolios der Kommunen. Als Ergebnis erhalten die Kommunen dann eine auf ihre individuelle Situation ausgerichtete Auswertung ihres Schuldenportfolios. Diese Analyse beinhaltet unter anderem transparente, nachvollziehbare Kennzahlen und Szenario-Analysen. Interessant ist dabei auch der Vergleich der individuellen Kennziffern mit einer bundesweiten bzw. bayernweiten Vergleichsgruppe von Kommunen.

GZ: Gibt es denn schon erste Erfahrungsberichte aus dieser kommunalen Verschuldungsdiagnose?

Priermeier: Die gibt es tatsächlich. Zunächst war es auch für uns sehr interessant, die Analysen zu erstellen und mit den Kämmerern zu besprechen. In der Tat gab es hier einige Überraschungen, da für den Kämmerer die Grundgesamtheit der mitunter vielen einzelnen Darlehen oftmals schwer einzuschätzen noch manuell. Erfreulich ist sicher, dass wir bei sehr vielen Kommunen im Rahmen der kommunalen Verschuldungsdiagnose mit dem Kämmerer zusammen direkt Opti-

mierungsvorschläge erarbeiten und zusammen umsetzen konnten. Auf besondere Zustimmung seitens der Kämmerer stießen dabei Strategien, die zu einer unmittelbaren und mitunter substanziellen Entlastung des Haushalts führten.

GZ: Den Kommunen werden in letzter Zeit verstärkt Modelle angeboten, bei denen der betreffende Finanzberater am Erfolg der empfohlenen Strategie beteiligt wird. Ist das nicht zu begrüßen?

Priermeier: Derartigen Modellen stehe ich offen gesagt sehr skeptisch gegenüber: Einerseits ist es nicht ganz trivial, den „Erfolg“ einer Zinsstrategie zu quantifizieren. Bei den Modellen die Sie ansprechen wird der Erfolg beispielsweise oft am Marktwert bei Auflösung einer Zinsstrategie festgemacht. Ein Teil dieses Marktwerts wird dann als „Erfolgsbeteiligung“ an den Finanzberater ausgeschüttet. Die Frage ob eine Zinsstrategie aus Sicht der Kommune besser noch nicht aufgelöst werden soll, rückt dabei oftmals in den Hintergrund.

GZ: Das Bayerische Innenministerium hat sich Anfang 2010 sehr kritisch zu derartigen „erfolgsabhängigen Beratungen“ geäußert. War das der Grund hierfür?

Priermeier: Genau das war der Hintergrund. Es gab es in der Vergangenheit durchaus Fälle, bei denen solche Erfolgsbeteiligungen geradezu einen Anreiz geboten haben, Kämmerer in riskante Geschäfte zu locken. Im Rahmen der kommunalen Verschuldungsdiagnose, die wir bundesweit durchgeführt haben, wurden wir leider auch in Bayern in einigen wenigen Fällen durchaus mit sogenannten „Zinsoptimierungen“ oder „Zinsverbilligungen“ konfrontiert, die vor dem Hintergrund eines konservativ ausgerichteten Zinsmanagements eher fragwürdig sind.

GZ: Was bedeutet dies nun, wenn es um die Honorierung von Beratungsleistungen im kommunalen Schuldenmanagement geht?

Priermeier: Wir vertreten hier einen klaren Standpunkt: Wenn eine Kommune auf die professionelle Hilfe eines Finanzspezialisten oder externen „Schuldenmanagement-Beraters“ zurückgreift – was aus meiner Sicht durchaus zu begrüßen ist – sollten hier feste Beratungsmandate mit klaren, vorab vereinbarten Honoraren gelten. Nur wenn die Höhe des Honorars unabhängig von Umsätzen, Abschlüssen oder „Anreizen“ wie die eben genannten „Erfolgsbeteiligungen“ ist, können Interessenskonflikte vermieden werden. Nur dann ist der Berater wirklich frei in seiner Beratung.

GZ: Hier drängt sich die Frage auf, für welche Kommune eine derartige Schuldenmanagement-Beratung denn von Interesse sein kann?

Priermeier: Prinzipiell ist eine professionelle Beratung im Schuldenmanagement für jede Kommune interessant. Die bereits angesprochene kommunale Verschuldungsdiagnose der Sparkassen-Finanzgruppe konzentriert sich beispielsweise auf Kommunen ab einer Verschuldung von 5 Mio. Euro.

GZ: Was würden Sie denn einem Kämmerer mit Blick auf das Zins- und Schuldenmanagements ins Jahr 2011 mitgeben?

Priermeier: Ich möchte dem Kämmerer die Empfehlung mitgeben, durchaus einmal sein Schuldenportfolio von einem professionellen, objektiven Berater analysieren zu lassen. Noch notieren die Geld- und Kapitalmarktzinsen

auf einem historisch niedrigen Niveau und eröffnen somit viele Möglichkeiten der Zinssicherung und Zinsstrukturierung. Ein „neutraler Blick“ auf das Schuldenportfolio zeigt oftmals sehr interessante Ansatzpunkte, um Einsparpotentiale zu nutzen und Zinsrisiken zu vermeiden. Ihre Partner der Sparkassen-Finanzgruppe stehen hier gerne als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung.

*Thomas Priermeier, Dipl. Bankbetriebswirt, ist Fachautor und Dozent an verschiedenen Hochschulen. In der BayernLB ist er für das kommunale Schuldenmanagement und das Projekt „Kommunale Verschuldungsdiagnose“ verantwortlich. □



Dr. Peter Bagoly-Simó (Mitte) stellte den Stiftern der InnoLecture-Gastdozentur seine Arbeitsschwerpunkte vor. Mit Bagoly-Simó sprachen (v. l.) Dr. Ingo Krüger (Geschäftsführer der Bayerischen Sparkassenstiftung), Marion Loewenfeld (Vorsitzende der ANU Bayern), Prof. Dr. Ingrid Hemmer (Professur für Didaktik der Geographie, KU) und Caroline Fischer (Stellv. Vorsitzende der ANU Bayern). Foto: upd

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt:

Bayerische Sparkassenstiftung finanziert Gastdozentur

Der rumänische Geographiedidaktiker und Geograph Dr. Peter Bagoly-Simó ist in diesem Semester Inhaber der von der Bayerischen Sparkassenstiftung finanzierten InnoLecture-Gastdozentur für den Bereich Umweltbildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). In diesen Tagen fand ein erstes Gespräch zwischen Dr. Krüger (Bayerische Sparkassenstiftung), Frau Loewenfeld und Frau Fischer (ANU Bayern), Frau Prof. Dr. Hemmer und Dr. Bagoly-Simó statt, um sich über sein Arbeitsprogramm zu informieren und mögliche Kooperationen und Schwerpunkte zu besprechen.

Die mit 40.000 Euro dotierte Gastdozentur war vom Stiftenverband für die Deutsche Wissenschaft gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung und der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung, Landesverband Bayern e.V. (ANU) ausgeschrieben worden.

Kernthema des Treffens war eine bessere Vernetzung von außerschulischen Einrichtungen der Umweltbildung mit dem universitären Bereich durch die Gastdozentur. Dr. Bagoly-Simó will dazu eine Bestandsaufnahme der aktuellen Vernetzung solcher Einrichtungen mit Universitäten in

Bayern erarbeiten. Daneben ist die Begleitung eines Konzeptes für ein Umweltbildungsprojekt am Rothersee geplant, bei dem Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam Geheimnissen der Natur auf den Grund gehen. Außerdem sollen im nächsten Jahr an der KU Vertreter von Universitäten und außerschulischen Einrichtungen zu einem Austausch in Fragen der Umweltbildung zusammengebracht werden.

Für die Zeit der Gastdozentur ist Dr. Bagoly-Simó in die Lehre des Masterstudiengangs „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ an der KU eingebunden. □

Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Kommune.

Die BayernLabo – Ihr zuverlässiger Partner bei der Finanzierung kommunaler Investitionen.

Wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Weitere Informationen finden Sie unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB 

Genossenschaftsverband Bayern:

Bankenstruktur in Gefahr

Pressegespräch mit Verbandspräsident Dr. h.c. Stephan Götzl

Die EU-Pläne zur Einlagensicherung, neue Eigenkapitalvorschriften, die Bankenabgabe, die Regulierung des Grauen Markts sowie die Geschäftsentwicklung der oberbayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken im ersten Halbjahr 2010 (siehe Kasten) bildeten die thematischen Schwerpunkte eines Presseabends des Genossenschaftsverbands Bayern in Unterschleißheim. Hierzu stand GVB-Präsident und Vorstandsvorsitzender Dr. h.c. Stephan Götzl Rede und Antwort.

Die EU-Kommission plant den Umbau der Einlagensicherung in Europa. Wie Götzl betonte, sind hier vor allem die Haftungsverbände der Volks- und Raiffeisenbanken sowie der Sparkassen betroffen. „Mit ihrem Vorgehen konzentriert sich die EU einseitig auf die bürokratische Abwicklung der Entscheidung von Einlegern im Insolvenzfall“, kritisierte der Präsident. Die für das Kundenvertrauen und das Funktionieren des Finanzsystems weitaus wichtigere Präventionsfunktion werde vernachlässigt.

Grundsatz der Subsidiarität wird verletzt

Hinzu komme, dass eine Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Einlagensicherung den Anreiz für Kreditinstitute, freiwillige Solidargemeinschaften zu unterhalten und gegenseitig Verantwortung zu übernehmen, reduziere. Neben der Tatsache, dass die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Nationalstaaten nicht ausreichend berücksichtigt würden und der Richtlinienentwurf „einen unverhältnismäßigen Eingriff in die bestehende Bankenstruktur in Deutschland“ darstelle, verletze insbesondere die mittelfristig geplante Einführung eines zentralen EU-Einlagensicherungsfonds unter Verwaltung einer Kommissionsbehörde den „eu-

roparechtlichen Grundsatz der Subsidiarität“. Nunmehr sei es Aufgabe der Bundesregierung, Führungsverantwortung in Europa zu übernehmen und sich für einen Krisenschutz durch Institutssicherungssysteme einzusetzen, machte Götzl deutlich.

Regelung mit Konstruktionsfehler

Eine „Regelung mit Konstruktionsfehler“ ist laut Götzl hingegen das vom Bundestag angenommene Banken-Restrukturierungsgesetz, bei dem die darin festgelegte Bankenabgabe zum Aufbau eines Restrukturierungsfonds für systemrelevante Banken in Schieflage dienen soll. Wie der GVB-Präsident kritisierte, werde das Risiko im Bankgeschäft nicht adäquat zugeordnet. Systemisches Risiko entstehe erst ab einer kritischen Institutgröße. Kleine und mittlere Regionalbanken dagegen konzentrierten sich auf die Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen und ermöglichten diesen notwendige Investitionen. Damit erfüllten sie zuverlässig die Kernaufgaben eines Kreditinstituts.

Plädoyer für Freigrenze

Vor diesem Hintergrund plädierte Stephan Götzl für eine „säulenübergreifende Freigrenze bei der Bankenabgabe für kleine und mittlere Kreditinstitute“. Bei

der Bestimmung der Freigrenzen-Höhe biete die Einschätzung des Bundesfinanzministeriums, das Kreditinstitute, deren Bilanzsumme weniger als 10 Milliarden Euro beträgt, als nicht systemrelevant einstuft, nützliche Anhaltspunkte.

Eigenkapitalvorschriften

Als „zu undifferenziert“ bewertete Götzl wiederum die neu-



Dr. Stephan Götzl.

en Eigenkapitalvorschriften. Zwar stelle der Anstieg des geforderten Eigenkapitals für die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken kein Problem dar, trotzdem gebe es zahlreiche massive Kritikpunkte. So werden laut GVB Kredite relativ zu Wertpapieren benachteiligt. Kreditfinanzierung werde im Vergleich zur Kapitalmarktfinanzierung teurer. Damit bestehe ein enormer Anreiz, dass Investmentbanken neue Wertpapiere konstruieren, die von den Rating-

agenturen Top-Noten bekommen. „Wohin das führt, haben die letzte Finanzkrise oder das Beispiel Griechenland gezeigt“, führte Götzl aus.

Weniger Planungssicherheit

Auch die neuen Liquiditätsvorschriften erschwerten die langfristige Kreditvergabe erheblich. Unternehmen und Hauslehaber hätten weniger Planungssicherheit. Hinzu komme, „dass alle Banken über einen Kamm geschoren werden“. Für riskante Geschäftsmodelle gälten die gleichen Anforderungen wie für risikoarme Geschäftsmodelle.

Alarmierende Schäden am Grauen Markt

„Lange überfällig“ sind nach Auffassung des GVB dagegen eine umfassende Aufsicht des bislang unregulierten Grauen Kapitalmarkts sowie eine regulatorische Gleichbehandlung sämtlicher Finanzinstrumente, „denn die Schäden für Verbraucher am Grauen Markt sind alarmierend“. Nach Schätzungen von Verbraucherverbänden würden hier bis zu 30 Milliarden Euro Kundenvermögen jährlich vernichtet.

Lücken im Verbraucherschutz

Um eine sichere Eigenvorsorge der Bevölkerung zu ermöglichen, müssten die Lücken im Verbraucherschutz geschlossen werden, forderte Götzl. Für die Vermittler und den Vertrieb von Produkten des Grauen Kapitalmarkts müssten deswegen die gleichen strengen Regeln gelten wie für die Banken, die der Finanzaufsicht unterliegen. Götzl abschließend: „Die Politik ist jetzt gefordert, Geschlossenheit zu zeigen. Denn ein besserer Schutz der Verbraucher in bislang unregulierten Märkten sorgt für mehr Sicherheit in der privaten Altersvorsorge.“ DK

Ausgezeichnete Geschäftsentwicklung

Die oberbayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind bislang sehr zufrieden mit der Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 2010. Sie blicken überdies optimistisch in die Zukunft. Das zeigt eine aktuelle Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern unter den 79 oberbayerischen Kreditgenossenschaften im Freistaat.

Danach bewerten 56 Prozent der befragten Banken die Geschäftslage als gut. Für 44 Prozent ist sie befriedigend. Die Lage ist damit besser als in Gesamt-Bayern. Dort bewerten 53 Prozent die Lage als gut und 47 Prozent als befriedigend.

Bis zum Jahresende rechnen 93 Prozent der oberbayerischen Genossenschaftsbanken mit einer gleich bleibenden und 3 Prozent mit einer sich weiter verbessernden Geschäftslage. Dies deckt sich mit den Einschätzungen aus ganz Bayern.

Positives Kreditgeschäft

Im Kreditgeschäft mit Privatkunden rechnen 89 Prozent mit einer weiterhin gleich bleibenden Nachfrage, mit einer höheren Nachfrage 3 Prozent. 13 Prozent sehen aktuell eine hohe Nachfrage von Privatpersonen. 71 Prozent eine durchschnittliche, 16 Prozent eine schwache. Noch positiver wird das Firmenkreditgeschäft gesehen. 33 Prozent bewerten die aktuelle Nachfrage als hoch und 57 Prozent als durchschnittlich. Im Vergleich zu Gesamt-Bayern (hoch: 29 Prozent, durchschnittlich: 58 Prozent) ergibt sich also eine bessere Lage.

Höhere Bilanzsumme

Die Bilanzsumme im ersten Halbjahr 2010 betrug 38,8 Mrd. Euro – eine Steigerung um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die gesamten Ausleihungen beliefen sich auf 23 Mrd. Euro (+ 2,7 Prozent). Bei den Kundengeldern wurde ein Betrag von 29,8 Mrd. Euro erzielt; hierbei beliefen sich die Einlagen auf 28,8 Mrd. Euro, was einem Plus von 2,1 Prozent entspricht. DK

Kommunalminister Joachim Herrmann:

Bayern setzt weiter auch auf PPP

„Erledigung öffentlicher Aufgaben mit Hilfe Privater kann viele Vorteile haben“

Der Ministerrat hat beschlossen, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit Hilfe des sogenannten Public Private Partnership (PPP) in Bayern weiterzuentwickeln. PPP ist eine Form der Realisierung öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen, bei der Planen, Bauen, Betreiben und eventuell Finanzieren und Verwerten einem privaten Partner übertragen werden.

Innenminister Joachim Herrmann: „Public Private Partnership kann für alle Beteiligten viele Vorteile haben, wenn das Projekt geeignet und die Wirtschaftlichkeit im Einzelfall gegeben ist. Für die öffentliche Hand kann dieses Modell Kostensicherheit bedeuten, und die Verantwortung für die Qualität liegt langfristig in der Hand des Privaten. Mit PPP kann oftmals auch schneller gebaut werden. Das zeigt sich deutlich am PPP-Projekt 'Autobahn A 8 München - Augsburg', das für mich eines der besten Beispiele für PPP ist. Dieses Modell PPP gilt es jetzt fortzuentwickeln.“

Beispiel: Ausbau der A 8

Beim Ausbau der A 8 wurden einer privaten Projektgesellschaft für eine Konzessionslaufzeit von 30 Jahren der sechs-streifige Ausbau, die bauliche Erhaltung und der Betriebsdienst sowie die Finanzierung übertragen. Als Gegenleistung erhält der Betreiber die auf diesem Abschnitt anfallende Lkw-Maut sowie eine geringe Anschubfinanzierung aus dem Bundeshaushalt. Neben der A 8 sind von der bayerischen Stra-

ßenbauverwaltung im Staatsstraßenbau sechs PPP-Projekte durchgeführt worden.

PPP-AG Bayern

Auch für die Kommunen können PPP-Projekte von Interesse sein. Daher ist es wichtig, sie hier gut zu beraten. Unter der Leitung der Obersten Baubehörde ist die Arbeitsgruppe PPP-AG Bayern eingerichtet worden. Kommunalminister Herrmann: „Die Arbeitsgruppe hat mittlerweile über 70 kommunale Projekte unterstützt. Ihre Hilfe reicht vom einmaligen Gespräch bis zur längerfristigen Begleitung. Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für die Kommunen, die sich für PPP entscheiden, weiter verbessern und Hindernisse bei der Projektrealisierung möglichst schnell und unbürokratisch beseitigen.“

Kommunales Forum

Die Oberste Baubehörde hat im April 2008 das Kommunale Forum PPP ins Leben gerufen, das einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch der bayerischen Kommunen fördert. Ziel ist die Netzwerkbildung und damit der stetige Zuwachs an Kompetenz bei interessierten Kommunen. Herrmann: „Mit seiner erfolgreichen Informations- und Beratungsstruktur ist der Freistaat Bayern auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bei PPP sehr gut ausgestattet.“

So können wir bei oftmals komplexen kommunalen PPP-Projekten Unterstützung leisten und geplante Projekte im Hoch- und Straßenbau sinnvoll gestalten helfen.“ □

„Hochrentable“ Finanzprodukte zu BHKWs:

VBEW rät zur Vorsicht

Blockheizkraftwerke (BHKW) eignen sich hervorragend zur rationellen Energieanwendung, da diese Strom und Nutzwärme gleichzeitig bereitstellen. „Daher ist es umso bedauerlicher, wenn – wie Printmedien, Funk und Fernsehen jüngst berichteten – durch unseriöse Finanzprodukte diese fortschrittliche Technologie in Misskredit gebracht wird“, sagte Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. – VBEW.

Wichtiger Beitrag zur Energieversorgung

Blockheizkraftwerke sind kleine bis mittelgroße Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) mit einer elektrischen Leistung zwischen einigen Kilowatt und 20 Megawatt. Sie versorgen Wohnblocks und Siedlungen, Krankenhäuser und Industriebetriebe sowie Geschäfts- und Gewerbegebäude. Die gekoppelte Erzeugung von Strom und Nutzwärme (Nah- und Fernwärme) in BHKW ist sehr effizient, da die im Brennstoff (z. B. Erdgas, Biogas, Pflanzenöl) gespeicherte Energie optimal ausgeschöpft wird. BHKW leisten damit einen wichtigen Beitrag zur klimaschonenden Energieversorgung in Bayern.

Unseriöse Anlagemodelle

Bedauerlicherweise benutzen einige Unternehmen das gute Image dieser Technologie und der erneuerbaren Energien, um mit unseriösen Finanzanlagemodellen auf Kundenfang zu gehen. Scheinbar sicher unter den Förderbedingungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) werden Renditen von bis zu 30 Prozent pro Jahr auf 20 Jahre versprochen. „Anleger sollten generell bei langfristigen Renditeversprechungen von über 8 Prozent pro Jahr besonders vorsichtig sein. Oft hilft schon der normale Menschenverstand weiter, um unseriöse Finanzprodukte von seriösen zu unterscheiden“, erläutert Detlef Fischer. Der VBEW rät unerfahrenen Anlegern, vor einem finanziellen Engagement in Finanzprodukten im Bereich der Energieerzeugung stets unabhängige Sachverständige hinzuzuziehen und sich von scheinbar attraktiven Konditionen nicht blenden zu lassen.

Die im VBEW organisierten bayerischen Energieversorger stellen mit ihren Netzen eine leistungsfähige Infrastruktur zur Stromeinspeisung zur Verfügung. Aktuell leisten über 250.000 Anlagenbetreiber ihren Beitrag zur bayerischen Stromversorgung. Eine Beteiligung an der Energieversorgung bedeutet vor allem Verantwortung für Versorgungs- und Anlagensicherheit, Umweltfreundlichkeit und nicht zuletzt Preisgünstigkeit. □

Bayerischer Bankenverband e. V.:

Warnung vor Überforderung des Bankensystems

(ibw) München. Professor Dr. Günther Picker, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Bankenverbandes e. V., hat auf der Mitgliederversammlung des Verbandes vor einer Überforderung der Geldinstitute gewarnt. „Wir diskutieren derzeit über Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, Finanzaktivitätssteuer, Basel III, Einlagensicherung und Beraterregistrierung, um nur einige der Reformvorhaben zu nennen. Wenn all diese Vorschläge nun gleichzeitig eingeführt werden, kann dies manche Bank in Bedrängnis bringen.“

Besonders die von der EU geplante Änderung bei der Einlagensicherung sieht Picker kritisch. Seiner Ansicht nach bergen die EU-Pläne die Gefahr, dass das hohe deutsche Sicherungsniveau untergraben wird. „Eine Verschlechterung unseres Sicherungsniveaus ist unseren Kunden nicht zuzumuten und würde im Bankbereich auch eine nicht gewollte Strukturveränderung zu Lasten der Privatbankiers und kleinerer Institute auslösen“, sagte Picker.

Einlagensicherung

Er vermutet, dass die EU in der Einlagensicherung eine Chance zum Einstieg in eine Transferringemeinschaft sieht. „Die griechische Einlagensicherung könnte dann bei der deutschen Einlagensicherung – ohne Kontrolle der Mittelverwendung seitens der deutschen Zahler – Kredite zur Entschädigung ihrer Einleger aufnehmen. Folge wäre, dass dann unsere Kassen leer wären. Auch Möglichkeiten der Risikofrüherkennung fehlen“, so Picker.

Basel III

Nicht glücklich ist Picker auch mit Basel III: „Eine Erhöhung

des Kernkapitals führt unweigerlich zur Kreditverteuerung bzw. Störung der Versorgung der Wirtschaft mit Krediten. Hier sollte das bewährte deutsche Instrument der stillen Einlage auch weiterhin als hartes Kernkapital anerkannt bleiben.“ Picker plädierte außerdem dafür, dass Europa Basel III – anders als bei Basel II – nicht wieder vor den USA einführen soll.

Finanzaktivitätssteuer

Die Finanzaktivitätssteuer, bei der Bankgewinne oder Gehälter entweder komplett oder oberhalb eines Normalniveaus besteuert werden, erhöht nach Pickers Worten die deutsche Steuerbelastung weiter, bringt im Endeffekt aber wenig. „Denn die Mehreinnahmen werden durch die neu entstehenden Bürokratiekosten wieder aufgezehrt.“ Bei der Bankenabgabe müsse außerdem sichergestellt sein, dass grenzüberschreitend tätige Banken nicht mehrfach zur Kasse gebeten werden.

Förderer der „Finanzplatz München Initiative“

Der Bayerische Bankenverband, so Picker, sei auch weiterhin Förderer der „Finanzplatz

Ein Eintrittstor nach China für den Mittelstand:

Fünf Jahre German Centre Shanghai in Pudong

Shanghai – Das German Centre Shanghai begleitet und unterstützt an seinem Standort Pudong seit fünf Jahren deutsche Unternehmen beim Eintritt in den chinesischen Wachstumsmarkt. Deutlich über hundert vor allem mittelständisch geprägte Firmen haben das im Wirtschafts- und Finanzdistrikt gelegene Geschäftszentrum seit der Eröffnung im Spätherbst 2005 als Startpunkt für ihre Präsenz in China genutzt. Das Interesse war von Anfang an groß: Bereits seit Jahresbeginn 2007 sind die 33.000 Quadratmeter Bürofläche praktisch ohne Unterbrechung komplett besetzt. Die aktuelle Auslastungsquote des German Centre Shanghai liegt bei 98,3 Prozent.

Christian Sommer, seit der Eröffnung des German Centre in Pudong Geschäftsführer: „Unternehmen, die in China Fuß fassen wollen, benötigen in diesem chancenreichen aber auch komplexen Umfeld eine stabile Ausgangsbasis. Genau die bietet das German Centre Shanghai, indem es Büroräume und eine verlässliche Basisinfrastruktur bereitstellt und außerdem den Zugang zu einem verzweigten Kontakt-Netzwerk bietet. Die anhaltend hohe

Auslastung bestätigt uns, dass das German Centre Shanghai die exportorientierte deutsche Wirtschaft erfolgreich und bedarfsgerecht bei ihrem China-Engagement unterstützt. Daran werden wir auch in Zukunft arbeiten.“

100-prozentige Tochter der BayernLB

Derzeit sind im German Centre Shanghai, einer 100-prozentigen Tochter der BayernLB, rund 100

Unternehmen ansässig. Darunter sind zehn Mieter der ersten Stunde, wie die Liqui Moly GmbH aus Ulm oder Huber Automotive mit Sitz in Mühlhausen. Bei den Kunden handelt es sich überwiegend um deutsche Mittelständler. Vereinzelt nutzen auch internationale Großunternehmen wie Roche, Pfizer und Ebay die Dienstleistungen des German Centre Shanghai. Vertreten sind mit Maschinenbau, Dienstleistungen, Chemie, Pharma oder Medizintechnik die unterschiedlichsten Branchen. Die aktuelle Mieterliste ist unter www.germancentreshanghai.com einzusehen.

Fester Bestandteil des Leistungsangebots

Jan-Christian Dreesen, im Vorstand der BayernLB verantwortlich für das Großkunden- und Mittelstandsgeschäft: „Für die BayernLB ist es selbstverständlich, Firmenkunden als verlässlicher Partner in deren Auslandsmärkte zu begleiten. China ist ein zentrales Ziel der exportstarken bayerischen und deutschen Unternehmen, deshalb bildet das German Centre Shanghai einen festen Bestandteil des Leistungsangebots der Bank. Wir ergänzen damit seit Jahren unsere Finanzierungsleistungen im Auslandsgeschäft und leisten zugleich einen wertvollen Beitrag zur Außenwirtschaftsförderung.“

Das German Centre Shanghai ermöglicht Unternehmen einen

kostentransparenten und zeitnahen Markteinstieg in China. Angeboten werden individuell zugeschnittene und erweiterbare Büroräume sowie Ausstellungsflächen im Wirtschaftsdistrikt Pudong. Daneben bietet das Centre zahlreiche ergänzende Büroservices, die den Arbeitsalltag und insbesondere die Startphase für deutsche Firmen in China erheblich erleichtern. Die Mieter profitieren dabei von den Kontakten des Managements zu chinesischen Behörden und Ämtern ebenso wie vom aktiv geförderten Austausch mit den anderen Mietern durch Veranstaltungen. Ein Konferenzzentrum, Apartments, Einkaufsmöglichkeiten sowie ein Kindergarten runden das Angebot für die Mieter ab.

Gründung 1994

Das German Centre in Shanghai wurde im Jahr 1994 als Instrument der Außenwirtschaftsförderung vom Freistaat Bayern gegründet. Zwei Jahre später übernahm die BayernLB die Trägerschaft. Das Centre war zunächst auf dem Campus der Tongji-Universität angesiedelt, stieß in den Folgejahren aufgrund des Wirtschaftsbooms in Chinas aber an räumliche Grenzen. Die BayernLB entschied deshalb, einen neuen Gebäudekomplex im Stadtteil Pudong zu errichten, der am 18. November 2005 eröffnet wurde.

Heute gehört das German Centre in Shanghai zum weltweiten German-Centre-Netzwerk mit Standorten in den Metropolen der wichtigsten Wachstumsmärkte. Gemeinsam mit der Landesbank Baden-Württemberg betreibt die BayernLB auch das 2008 eröffnete German Centre Delhi. Gurgaon (www.gurgaon.germancentre.com) in Indien.

„Sparkassen-Kreditbasket VII“ mit Rekordvolumen gestartet

Frankfurt/München – Mit dem „Sparkassen-Kreditbasket VII“ hat die Sparkassen-Finanzgruppe ihre bisher größte Kreditpooling-Transaktion aufgelegt und mit einem Gesamtvolumen von 272,2 Mio. Euro einen Rekord erzielt. 44 Sparkassen aus dem gesamten Bundesgebiet nehmen an dieser Transaktion teil.

Die erneut auf fünf Jahre angelegte synthetische Struktur bietet den teilnehmenden Sparkassen die Möglichkeit, sich durch Absicherung vor hohen unerwarteten Ausfällen zu schützen. Durch die gleichzeitige Investition in das bundesweit sehr gut diversifizierte Portfolio bauen die Sparkassen adressen- und branchenspezifische Konzentrationsrisiken ab und optimieren damit das eigene Kreditportfolio.

Das Instrument Sparkassen-Kreditbasket erhöht die Leistungsfähigkeit der Sparkassen, ihrer satzungsmäßigen Aufgabe nachzukommen, den Mittelstand

und die gewerbliche Wirtschaft mit Krediten zu versorgen.

Arrangeure der vierten bundesweiten Transaktion sind BayernLB, Helaba, HSH NORD-BANK, LBBW, NORD/LB, SaarLB und WestLB AG, die die Sparkassen in den jeweiligen Regionen akquirieren und betreuen und dabei durch die regionalen Verbände und den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) unterstützt werden. BayernLB und Helaba übernehmen darüber hinaus als Administratoren die Verwaltung und Abwicklung der Kreditpooling-Transaktion. □

Wie sicher sind die schwäbischen Spareinlagen?

„Die Europäische Kommission plant eine Richtlinie, mit der die Einlagensicherung der europäischen Sparer europaweit harmonisiert werden soll. Dabei sollen nur noch Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro geschützt werden – für die deutschen Sparer bedeutet das eine Verschlechterung. Ich habe in meiner Arbeit festgestellt, dass es bei den Banken bei diesem Thema großen Gesprächs- und Diskussionsbedarf gibt und deshalb einen Runden Tisch veranstaltet“, so Markus Ferber, schwäbischer Europaabgeordneter und Finanzexperte bei der CSU.

„Noch ist die Richtlinie nicht beschlossen, es sind also Änderungen möglich. Deshalb ist dieser Austausch mit denen, die von

der Richtlinie unmittelbar betroffen sind, so wichtig. Hier kann ich Informationen aus erster Hand zur Verfügung stellen und bekomme gleichzeitig wertvolle Rückmeldungen, die mir bei meiner Arbeit in Europa helfen“, fasst Ferber die Ergebnisse des Runden Tisches zusammen. Auf diese Weise könnten die regionalen Interessen auch in Brüssel und Straßburg besser umgesetzt werden.

„Bisher gab es aber einen unbegrenzten Einlagenschutz, deshalb würde die neue Richtlinie in ihrer jetzigen Form eine Verschlechterung für die Sparer bedeuten. Das kann und darf nicht passieren und deshalb werde ich mich auch nach Kräften für die Sparer einsetzen“, kündigt MdEP Ferber an. □



Über den erfolgreichen Start der Stiftung „Frauen Hand in Hand“ freuen sich (von links) Manfred Stöckl (Vorstandsmitglied der Kreissparkasse), Rechtsanwältin Petra Boden, die Initiatorinnen Marianne Voit und Regine Rößler, Gertrud Griebler (stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse) und Holger Carstens (Stiftungsexperte der Kreissparkasse). □

„Frauen Hand in Hand“

Kreissparkasse Augsburg übergibt Stiftungsurkunde an Frauennetzwerk

Augsburg/Langerringen – Mit „Frauen Hand in Hand“ gesellt sich eine neue Stiftung unter das Dach der Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg. Die Gründungsurkunde nahmen Regine Rößler und Marianne Voit entgegen.

Die beiden Unternehmerinnen engagieren sich mit ihrem Netzwerk „women together“ im Landkreis Augsburg für Erfahrungsaustausch, Kooperation und gegenseitige Unterstützung von selbstständig tätigen Frauen. „Es ist uns ein Herzensanliegen, über das Unternehmerische hinaus Verantwortung zu übernehmen und selbstständigen Frauen auch in persönlichen Krisensituationen beizustehen“, beschreiben sie ihre Motivation.

Den Anstoß für ihre Initiative gab Anfang 2008 ein Schicksalsschlag und persönliche Betroffenheit: Eine junge freiberufliche Frau, Mutter einer sechs Monate alten Tochter, hatte ihren Mann verloren. Mit einer spontanen Benefizaktion gelang es, für einen Zeitraum von fünf Monaten zum Lebensunterhalt von Mutter und Kind beizutragen. Daraus entstand die Idee, eine nachhaltige Lösung für ähnliche Fälle in Form einer Stiftung zu entwickeln.

Mit Herz, Hand und Verstand

Bei der Kreissparkasse Augsburg stieß das Vorhaben auf offene Ohren – nicht nur bei Gertrud Griebler, die sich seit vielen Jahren für Existenzgründerinnen,

Unternehmerinnen und Frauenförderung stark macht. „Das Netzwerk „women together“ beweist immer wieder mit Herz, Hand und Verstand wie wichtig es ist, sich für selbstständige Frauen einzusetzen“, so das stellvertretende Vorstandsmitglied. „Die Stiftung sorgt dafür, dass diese Frauen bei schweren Schicksalsschlägen nicht allein gelassen werden und sichert durch unbürokratische Hilfe ihre Existenz ab. Damit leistet sie einen wertvollen Beitrag zu einem menschlichen, wertebewussten Miteinander in unserer Gesellschaft.“

Einfach und schnell

Über die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse gelang es, auf einfachem und schnellem Weg, die Stiftung zu gründen. Das Frauennetzwerk hatte dazu einen finanziellen Grundstock von rund 10.000 Euro gesammelt und eingebracht. „Frauen Hand in Hand zeigt hervorragend, dass auch vermeintlich geringe Beträge viel Gutes bewirken können“, betont Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg.

Weitere Infos unter www.kreissparkasse-augsburg.de bzw. www.women-together.de □

Wertvolle neue Finanzierungsmöglichkeit

Das Bayerische Wirtschaftsministerium erkennt die „AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG“ als Unternehmensbeteiligungsgesellschaft an. Der Fonds wurde von KfW und Commerzbank initiiert und wird von der in München ansässigen AFINUM Management GmbH verwaltet. „Jetzt geht es darum, die vorhandenen Fondsmittel zügig den Kapital suchenden mittelständischen Unternehmen zuzuführen, also ‚die PS auf die Straße zu bringen‘. Ich bin zuversichtlich, dass das erfahrene Managementteam diese Aufgabe bewältigen wird und das Kapital rasch in zukunftsstrahlende Unternehmen investiert“, begrüßt Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil den neuen Fonds.

Die Fondsgesellschaft will sich im Rahmen von offenen Minderheitsbeteiligungen an nicht börsennotierten, etablierten Unternehmen mit bis zu 500 Millionen Euro Jahresumsatz beteiligen. Der Unternehmer bleibt dabei der „Herr im eigenen Haus“.

Je Zielunternehmen sind Investitionen von zehn bis 30 Millionen Euro vorgesehen. Es gibt keinen Branchenschwerpunkt. Nach einer Haltefrist von fünf bis acht Jahren ist ein Rückkauf der Anteile durch den Unternehmer das bevorzugte Ausstiegsszenario.

200 Millionen Euro Anfangskapital

Der Fonds wurde von den Gründungsgesellschaftern mit 200 Millionen Euro Anfangskapital ausgestattet. Als dritter institutioneller Investor wurde das Bankhaus Hauck & Aufhäuser, München und Frankfurt, gewonnen. Durch den Beitritt weiterer mittelständischer Investoren soll das Fondskapital auf bis zu 500 Millionen Euro anwachsen.

Mit der Anerkennung als Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ist die Fondsgesellschaft an die gesetzlichen Vorgaben des Unternehmensbeteiligungsgesetz (UBGG) gebunden. Die Einhaltung dieser Vorgaben wird durch das Bayerische Wirtschaftsministerium als zuständige Aufsichtsbehörde kontrolliert. Die AFINUM Management GmbH wurde im Januar 2000 in München gegründet und beteiligt sich seitdem an erfolgreichen Unternehmen im deutschen Mittelstand, darunter an mehreren Unternehmen in Bayern. □

Klima-Symposium der Versicherungskammer Bayern:

Kommunen im Fokus

Die Versicherungskammer Bayern veranstaltet am 23. Februar 2011 ihr 6. Klima-Symposium unter dem Motto „Chancen ergreifen – Risiken minimieren“.

Die jährlichen Symposien beschäftigen sich mit der Bewältigung und Prävention von Klimafolgen. Im Jahr 2011 stehen die Kommunen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die Landkreise, Städte und Gemeinden sind in vielfältiger Weise vom Klimawandel betroffen. Die Vermeidung von Schäden und die langfristige Anpassung an den Klimawandel erfordern neue Ideen und innovative Projekte für die kommunale Familie. Das 6. Klima-Symposium soll hier Anregungen geben und einem vielfältigen Erfahrungsaustausch dienen. Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft präsentieren Best-Practice-Beispiele für einen erfolgreichen kommunalen Klimaschutz. Moderiert wird die Veranstaltung von dem Meteorologen und TV-Moderator Sven Plöger.

Die Versicherungskammer Bayern lädt herzlich ein, die interessanten und anregenden Fachvorträge anzuhören und aktiv mitzudiskutieren. Mehr Informationen zum Programm unter www.vkb.de > Über Uns > Klima-Symposien. [Anmeldung unter presse@vkb.de](mailto:Anmeldung.unter.presse@vkb.de).

Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekakc.de

DKC



Finanzgruppe

Fachtagung in Landshut:

Städtebaulicher Denkmalschutz

Gesellschaftliches Wertebewusstsein

Im Rahmen einer Fachtagung in der niederbayerischen Bezirksstadt erläuterten namhafte Experten die vielfältigen Aspekte des städtebaulichen Denkmalschutzes. Auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Wertebewusstseins für Baukultur und Denkmalschutz wurde ebenso hingewiesen wie auf die Kooperation von Denkmalschutz und Sanierungsplanung.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Umsetzung von Klimaschutz und Energieeffizienz im Bereich des „Städtebaulichen Denkmalschutzes“. Hier wurde gezeigt, dass individuelle Lösungen zum Nutzungserhalt im denkmalgeschützten Gebäudebestand möglich sind. Pflege und Erhaltung wertvoller Stadt- und Ortsbilder erfordern bei privaten Bauvorhaben neben Finanzierungslösungen auch entsprechende Beratungen für Bauherren und Eigentümer.

Trend zurück in die Innenstadt

Der Trend „Zurück in die Innenstadt“, wie er sich in der Altstadt von Landshut zeigt, hat zur Folge, dass auch die Auswirkungen demografischer Veränderungen zu berücksichtigen sind. Barrierefreiheit in Gebäuden und im öffentlichen Raum sowie der Erhalt einer funktionierenden Nahversorgung einschließlich innovativer Angebote für den ruhenden Verkehr sind daher wichtige Zukunftsaufgaben im historischen Bestand, wie die Tagung aufzeigte.

Laut Gerhard Eck, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, haben insbesondere die Kommunen mit historischen Stadt- und Ortszentren die Aufgabe, ihre Stadt- und Ortsentwicklung mit den Herausforderungen des Denkmalschutzes zu verknüpfen. Dabei könne sie der Freistaat ganz gezielt mit dem Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ der Bund-Länder-Städtebauförderung unterstützen.

Querschnittsaufgabe

Seit 2009 ist Landshut Eck zufolge mit weiteren Altstadtprojekten im Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ vertreten. Dieser ist bereits seit 1971 eine Querschnittsaufgabe der Städtebauförderung in Bayern. Die beständigen Sanierungsbemühungen von Stadt und Bürgern hätten Bund und Freistaat Bayern im Rahmen der Städtebauförderung unterstützt. So sei die Innenstadt von Landshut zu

einem der bedeutendsten Altstadtsensembles im mitteleuropäischen Raum avanciert.

„Unser Förderschwerpunkt liegt im ländlichen Raum“, fuhr der Staatssekretär fort. 59 der 71 Programmgemeinden hätten weniger als 20.000 Einwohner. Es handle sich also überwiegend um Klein- und Mittelstädte. Aufgrund der großen Nachfrage seien heuer insgesamt 17 Kommunen neu ins Programm aufgenommen worden.

Mit Hilfe des Programms wurden, so Eck, bereits viele interessante Maßnahmen angestoßen. Als Beispiel führte er die Sanierung des Aventinums in Abensberg, eines ehemaligen Klosters, an. Mit der Sanierung entstünden zentrale Veranstaltungsräume sowie Räume für Volkshochschule und Musikschule. Ein weiteres Beispiel sei die Sanierung der Fassade des Neuen Schlosses und des Wieserhauses in Pappenheim. Dadurch werde das Stadtbild am zentralen Marktplatz wesentlich aufgewertet.

Energieeffizienz

Nach einem Vortrag des Geschäftsführers des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege in München, Martin Wölmüller, zum Thema „Wertebewusstsein für Denkmalschutz und Baukultur“ informierte der Landeskonservator im Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege in München, Dr. Bernd Vollmar, über „Energieeffizienz als aktuelle Herausforderung in der städtebaulichen Denkmalpflege“. Seiner Ansicht nach sollte es bei der zukunftsweisenden Sanierung im (historischen) Bestand ein gleichberechtigtes Zusammenspiel von Baukultur, Ökologie und Ökonomie geben. Neubauten müssten von vorn herein den allgemein gültigen energetischen Normen und Kennwerten entsprechen. Bei denkmalgeschütztem Baubestand sei dagegen ein umgekehrtes Vorgehen sinnvoll und notwendig.

Auf Baudenkmäler könne sich ein energetischer Neubaustandard mittel- bis langfristig bisweilen negativ auswirken, fuhr

Vollmar fort. Planungsgrundlage seien die individuellen Vorgaben des Baudenkmals, der Nutzungsziele und Nutzungszonen (unterschiedliche Raumtemperaturen).

Nachrüstung

Bei der Primär-Energiebilanz sei die Nachrüstung (etwa Wärmedämmung) und Verbesserung der Anlagentechnik anzusetzen. Zudem müsse eine Gesamt-Energiebilanz unter Berücksichtigung aller Rahmenbedingungen, inklusive passiver Energiegewinn (Speicherfähigkeit), raumklimatischer Konsequenzen (wie Wohnhygiene), des Langzeitverhaltens von historischen und modernen Baukonstruktionen und der Kostenamortisation ermittelt werden.

Theoretische Rechenwerte würden durch das Nutzerverhalten relativiert. Wichtig sei die frühzeitige Beteiligung von Denkmal erfahrenen Planern und Energieberatern.

Erfahrungsbericht

Bevor Josef Mend, 1. Bürgermeister der Stadt Iphofen, abschließend einen Erfahrungsbericht zur Stadtsanierung gab, informierte Johannes Doll, Baureferent der Stadt Landshut, über das Konzept „Historische Innenstadt“ der niederbayerischen Kommune.

Der Planungsprozess „Zukunftskonzept Historische Innenstadt“ startete laut Doll im Frühjahr 2010. Nach Abschluss der Grundlagenermittlung (insbesondere der Evaluation der Sanierungsergebnisse aus den noch bestehenden Sanierungsgebieten) würden derzeit, in der ersten Planungsstufe, Leitsätze, räumliche Nutzungsschwerpunkte und Vorschläge für weiterreichende Planungen sowie in gesonderten Fällen Einzelmaßnahmen formuliert. Die Arbeit geschehe hier parallel auf der fachlichen und auf der Beteiligungsebene (Mediationsverfahren). Sie behandle die Landshuter Innenstadt gesamthaft und die sich aus der Gesamtschau abzeichnenden Teilbereiche im einzelnen.

Zukunftsträchtige Struktur

In der im kommenden Jahr folgenden Planungsstufe zwei werden unter Einbeziehung der sich etablierenden Beteiligungsstrukturen Planungen zu den zuvor erarbeiteten räumlichen und inhaltlichen Schwerpunkten präzisiert, berichtete der Baureferent. Darauf aufbauend werden in Planungsstufe drei einvernehmlich Maßnahmen- sowohl im investiven, als auch im nicht investiven Bereich - entwickelt und damit die ursprüngliche Gesamtstrategie in zukunftsträchtige Strukturen umgesetzt. **DK**

Flächenmanagement und Innenentwicklung:

Zusammenarbeit lohnt sich

Informationsveranstaltung im Landratsamt Kitzingen

Mit „Flächenmanagement und Innenentwicklung“ befasste sich eine Informationsveranstaltung im Landratsamt Kitzingen. Vor zahlreichen Bürgermeistern und Mitarbeitern verschiedener Gemeinde- oder Stadtverwaltungen des Landkreises referierten Dr. Frank Molder von der Baader-Konzept GmbH sowie Arthur Arnold, Bürgermeister der Gemeinde Euerbach (Landkreis Schweinfurt) zu diesem Thema.

Immer mehr Häuser in Ortskernen stehen leer, Baulücken oder Brachflächen bleiben seit Jahrzehnten ungenutzt. Dem gegenüber stehen die Nachfrage nach Bauland und die Erschließung neuer Flächen. Auch der Landkreis Kitzingen spürt die demografische Entwicklung. Mit 2,4 Prozent weniger Einwohnern muss der Landkreis bis 2028 rechnen.

Frank Molder zufolge hat Baader-Konzept bereits über 70 Kommunen in punkto Innenentwicklungskonzept beraten und begleitet. Als Problem nannte er das Wettstreiten der Gemeinden mit Bau- und Gewerbegebieten und wies darauf hin, dass eine Zusammenarbeit die bessere Lösung sei. Als Beispiel hierfür berichtete Euerbachs Bürgermeister Arnold von seinen Erfahrungen in der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal.

Allianzgemeinden

Die Allianzgemeinden verfügen in erheblichem Umfang über Baulandpotenziale im Bestand (Baulücken, leerstehende Hofstellen, Brachflächen). Gleichzeitig stehen für die Daseinsvorsorge der Bürger umfangreiche Werte an technischer und sozialer Infrastruktur zur Verfügung. Die Gemeinden der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal bekennen sich zu einem schonen und flächensparenden

Umgang mit der Ressource Boden sowie zu einer effizienten Nutzung der vorhandenen Bau- und Infrastrukturen. Die Allianzgemeinden sind sich der Bedeutung einer aktiven, d. h. einer initiativvegreifenden Innenentwicklung als Basis für den Erhalt dauerhaft lebenswerter Wohn- und Arbeitsstrukturen im Oberen Werntal bewusst. Die Gemeinden verfügen in Teilbereichen bereits über erfolgreiche Ansätze einer aktiven Innenentwicklung (z. B. Dorferneuerungen, Bauhütte, Altortentwicklungspläne). Auf diesem Fundament soll miteinander weiter aufgebaut werden.

Siedlungspolitik

Wie Arnold erklärte, war es das Ziel, im Oberen Werntal übertragbare Ergebnisse, Methoden und Handlungspläne für die Siedlungspolitik zu bekommen. Aus diesen Erfahrungen formulierte der Rathauschef Ratschläge für seine Kollegen. Als wichtige Handlungsgrundlage bezeichnete er eine systematische Umfrage innerhalb der Eigentümer ungenutzter Gebäude und Flächen. „Dadurch bekommen sie einen guten Überblick, was tatsächlich zum Verkauf steht. Es sind plötzlich Flächen auf dem Markt, die vorher nicht verfügbar waren.“

Im Oberen Werntal wurden 2.576 Flächen im Innenbereich

erfasst sowie Leerstände ermittelt. Als Ergebnis der Befragung signalisierten 236 Besitzer von ungenutzten Bauplätzen im Ort (gesamt 1.432) ihre Bereitschaft, die Fläche zu verkaufen, von 127 leeren Hofstellen sowie 102 leeren Häusern hätten sofort 48 verkauft werden können. „Ein Entwicklungspotenzial von 250 Hektar“, hob Arnold hervor. Dem gegenüber stand der errechnete Baulandbedarf von 26 Hektar bis 2020. Seit 2007 seien 119 dieser Grundstücke verkauft worden. „Wenn eine Gemeinde die Anfrage nicht erfüllen kann, geben wir sie in der Allianz weiter“, sagte Arnold und appellierte an seine Kollegen: „Eine Zusammenarbeit lohnt sich.“

Datenbank

Wie Landrätin Tamara Bischof feststellte, habe Anfang 2010 bereits jede Gemeinde vom Bayerischen Landesamt für Umwelt eine CD mit einer kostenlosen Flächenmanagement-Datenbank erhalten. Mithilfe der Software könnten die notwendigen Daten eingegeben, verwaltet und ausgewertet werden. Bischof hofft nun, dass die Informationsveranstaltung Städte und Gemeinden anregt, die Datenbank für eine systematische Auswertung zu nutzen, um so einen Überblick über ihre ungenutzten Flächen zu bekommen. „Schließlich“, so Bürgermeister Arnold abschließend, „müssen wir in Zukunft genauso viel Engagement für die Innenentwicklung einsetzen, wie wir es in der Vergangenheit für die Erschließung von Neubaugebieten getan haben.“ **DK**

EU-Klage gegen bayerisches Einheimischenmodell:

Hoheit der Gemeinden in Gefahr

KPV-Informationsveranstaltung in Bad Tölz mit MdEP Angelika Niebler

Günstiges Bauland soll einheimische Familien im hochpreisigen Oberland halten und so eine gewachsene Gemeindestruktur erhalten. Das ist das Ziel des „Einheimischenmodells“ sagen Land Bayern und die Kommunen. Doch die EU-Kommission wittert Diskriminierung und will klagen. Wie sehr das Thema den einheimischen Gemeinden auf den Nägeln brennt, zeigte eine sehr gut besuchte Veranstaltung des Kreisverbandes Bad Tölz-Wolfratshausen der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CSU in Bad Tölz, bei der die CSU-Europaabgeordnete Angelika Niebler mit wichtigen Informationen aufwartete.

Laut Thomas Gründl, KPV-Kreisvorsitzender und Bürgermeister von Bad Heilbrunn, „ist unsere gemeindliche Hoheit in Gefahr“. Die Einheimischenmodelle seien ein Instrument bayerischer Siedlungspolitik. Ortsansässige erhielten durch Preisnachlässe beim Grundstückskauf die Möglichkeit, in ihrem Heimatort Wohnhäuser zu errichten. Hiervon profitierten vor allem junge, ortsansässige Familien, die sonst oftmals gegenüber finanzkräftigen Auswärtigen benachteiligt wären oder aus finanziellen Gründen abwandern müssten.

Bernried, Seeshaupt und Weilheim nutzen das Einheimischenmodell, um ihre gewachsenen Familien- und Gemeindestrukturen zu erhalten. Wie viele andere Kommunen im Münchner Umland und dem Voralpenland gewähren sie ortsansässigen Bürgern vergünstigte Konditionen auf Baugrundstücke, um insbesondere jungen Familien die Möglichkeit zu geben, in ihrem Heimatort zu bleiben. Da die Förderkonzepte nach Auffassung der Kommission einen Eingriff in die Freizügigkeit und einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit darstellen, hat die Europäische Kommission laut Angelika Niebler beschlossen, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen der in vielen Gemeinden praktizierten

Einheimischenmodelle einzuleiten. Es liege eine Diskriminierung von EU-Bürgern vor.

Wie Niebler darlegte, wurden in einem Mahnschreiben an die Bundesregierung die drei Gemeinden exemplarisch für die besonders in Süddeutschland gängigen Einheimischenmodelle genannt. Positiv sei allerdings,

Einheimischenmodell“, so Niebler, „ist in erster Linie als Instrument zum Erhalt der gewachsenen Gemeindestrukturen und nicht zur Abschottung von Bürgern aus anderen Städten oder gar Ländern gedacht.“ Man benötige eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur, um die notwendige Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen oder Altenheime unterhalten zu können, aber auch um Brauchtum und Vereinsleben zu pflegen. Das Einheimischenmodell trage dazu bei, lokale Identität zu bewahren und zu fördern.

Keine Diskriminierung

Die Bundesregierung habe in ihrer Stellungnahme an die Kommission begründet, warum das Einheimischenmodell notwendig und keinesfalls diskriminierend sei. Darin heißt es Niebler zufolge auch: „Nicht nur das Recht, sich überall niederlassen zu können, ist von Bedeutung, sondern auch das Recht, dort zu bleiben, wo man herkommt oder sich heimisch gemacht hat.“

Sollte der Kommission die Stellungnahme nicht genügen, könnte sie ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof einleiten, machte die Politikerin deutlich. Jedoch wusste sie auch zu berichten, „dass man in Brüssel sehr an einer vorgerichtlichen Einigung interessiert ist“. Möglicherweise müssten einfach die Kriterien für die Inanspruchnahme der Förderung erweitert werden. In vielen Gemeinden gebe es bereits umfangreiche Kriterienkataloge. „Dies wäre sicherlich eine Lösung, mit der wir in Bayern gut leben könnten“, meinte Angelika Niebler abschließend. **DK**



MdEP Angelika Niebler. □

dass sich die Bundesregierung in einer Stellungnahme auf die Seite der bayerischen Ortschaften gestellt habe.

Weil der Kommission die Bedeutung der Einheimischenmodelle für bayerische Kommunen offenbar nicht bewusst gewesen sei, hatte sich die Europaabgeordnete persönlich an den Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso gewandt, um ihm die Situation darzulegen. „Denn das



Generalist für Bauprojekte im Gesundheitswesen, Schulbau und andere Großbauten

Komplexe Projekte und Bauvorhaben sowie deren Planung, Durchführung und Finanzierung sind für jedes Unternehmen, besonders für Krankenhausträger oder den kommunalen Schulbau, eine große Herausforderung.

Wir beraten und unterstützen unsere Auftraggeber bei der Projektentwicklung und Planung von der ersten Idee bis zur Fertigstellung. Unser Schwerpunkt liegt in der Durchführung von Generalsanierungen bei laufendem Klinik- oder Schulbetrieb.

- Projektentwicklung
- Funktionsanalysen
- Funktions- und Raumprogramme
- Projektsteuerung
- Finanzierung
- Kostensteuerung
- Terminplanung und -steuerung
- Förderrecht
- VOF-Verfahren

BPM Hartl-Christa GmbH • Hofmark 50 • 84307 Eggenfelden
Telefon 08721 5078-0 • Fax 08721 5078-29 • www.bpm-gmbh.de

LBS Bayern baut führende Position aus:

Erfolgreiches Geschäftsjahr 2010

Marktanteil wird bei 40 Prozent erwartet
Rekord im Neugeschäft

Die LBS Bayern hat ihre Marktführerschaft im Jahr 2010 ausgebaut. Beim Neugeschäft erwartet die mit 1,5 Millionen Kunden größte Bausparkasse im Freistaat das höchste Volumen, das je in der gut 80-jährigen Unternehmensgeschichte erreicht wurde. Demnach werden bis Jahresende rund 227.000 neue Bausparverträge mit einer Rekord-Bausparsumme von insgesamt 7,8 Milliarden Euro vermittelt worden sein. Erstmals wird die LBS Bayern der Prognose zufolge auch einen Marktanteil nach Bausparsumme von 40 Prozent erreichen. „Wohneigentum wird als wertstabile, inflationssichere Investition angesehen“, erklärte Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, anlässlich der Jahresabschluss-Pressekonferenz. „LBS-Bausparen bei der Bausparkasse der Sparkassen gilt als sicherer Hafen – gerade in einem psychologischen Umfeld, das die Finanzkrise noch nicht überwunden hat und nun vom Ringen um die Euro-Stabilisierung geprägt wird.“

Bis einschließlich November hat das Neugeschäft der LBS Bayern eine Summe von 7,2 Milliarden Euro erreicht. Es liegt damit bereits über dem Wert des gesamten Jahres 2009 (6,9 Milliarden Euro). Die für 2010 in Aussicht stehende Bausparsumme von 7,8 Milliarden Euro entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 13,1 Prozent. Sie übertrifft den bisherigen Rekordwert von 7,76 Milliarden Euro aus dem Jahr 2003, das wegen Diskussionen um Wohnungsbauprämie und Eigenheimzulage von einem Sondererfolg geprägt war. Damit geht die LBS Bayern davon aus, ihren Marktanteil nach Bausparsumme in diesem Jahr erstmals auf 40 Prozent steigern zu können. Nach Stückzahlen wird dieses Niveau schon länger erreicht. Hier rechnet die LBS Bayern 2010 mit 227.000 neu vermittelten Verträgen, was einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 11,4 Prozent entspricht.

Nachfrage nach Wohnimmobilien nimmt deutlich zu

Auch bei der durchschnittlichen Bausparsumme der von den bayerischen Sparkassen und vom LBS-Außendienst neu vermittelten Verträge ist eine klare Steigerung zu erkennen. Der erwartete Wert von 34.500 Euro

bedeutet ein Plus von 24,4 Prozent gegenüber 2009. „Dies dokumentiert, dass die meisten Abschlüsse entweder mit einer akuten Wohnbaufinanzierung verbunden oder auf eine spätere wohnwirtschaftliche Investition ausgerichtet sind“, erklärte Wirnhier. Die steigende Nachfrage nach Wohnimmobilien zeigt sich auch im Geschäft der Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-Gesellschaft. Sie hat bis Ende November 9841 Objekte vermittelt – 13,1 Prozent mehr als im Jahr 2009. Beim Objektwert von insgesamt 1,45 Milliarden Euro beträgt der Zuwachs sogar 20,4 Prozent.

Sogar beim jahrelang schwächelnden Neubau zeichnen sich Erholungstendenzen ab. Einer LBS-Prognose zufolge werden 2011 bundesweit 215.000 neue Wohnungen genehmigt werden – rund 12 Prozent mehr als 2010. Ein Anziehen des Wohnungsneubaus ist gerade in Bayern erforderlich, wo nach Berechnungen des Forschungsinstituts empirica 42.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt werden, wie Wirnhier betonte. Im Freistaat liegt die Zahl der Baugenehmigungen nach zehn Monaten mit rund 31.300 um 17,6 Prozent über dem entsprechenden Wert von 2009. Bleibt es bei diesem Wachstumstempo, werden heuer 37.000 Objekte genehmigt, also immer noch weniger als der Bedarfswert.

Weiterhin gutes Umfeld für Immobilienerwerb

Die steigende Nachfrage nach Wohnimmobilien bei einem begrenzten Angebot führt auf vielen Wohnungsmärkten, insbesondere in den urbanen Räumen Bayerns, zu steigenden Preisen. Dies bietet Investoren eine interessante Perspektive. Gleichzeitig begünstigt das historisch niedrige Zinsniveau den Erwerb eines selbst genutzten Eigenheims. Familien mit einem Kind müssen im Herbst 2010 für eine typische Finanzierung nur noch 13 Prozent ihres Durchschnittseinkommens aufwenden. 1994 betrug dieser Anteil 38 Prozent und 2002 immer noch 21 Prozent. Das ergeben Musterrechnungen der LBS.

LBS-Sofortkredite: Gefragtes Finanzierungsmodell

Das rege Interesse an Wohnimmobilien spürt die LBS Bayern bei den Vorfinanzierungskrediten. Die bayerischen Sparkassen nutzen intensiv die Möglichkeit, einen Kredit tilgungsfrei zu stellen und mit einem LBS-Bausparvertrag zu kombinieren. Das Volumen der entsprechenden Sparkassendarlehen erhöhte sich von Januar bis November 2010 um 15,4 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro. Die LBS wird

das Auszahlungsvolumen ihrer Vor- und Zwischenfinanzierungskredite mit etwa 485 Millionen Euro ebenfalls noch einmal leicht steigern können, nachdem es 2009 um fast 30 Prozent auf 480 Millionen Euro zugelegt hatte. Die Zusagen von Sofortkrediten verzeichnen in den ersten elf Monaten 2010 sogar einen Zuwachs von 17,5 Prozent auf 582,8 Millionen Euro. Zwischen August und November war die Summe dieser Darlehenszusagen phasenweise doppelt so hoch wie vor Jahresfrist.

LBS-Riester-Bausparen

Zu den Pluspunkten für Eigenheiminteressenten zählt die staatliche Förderung durch Wohn-Riester, Wohnungsbauprämie und Arbeitnehmersparzulage. „Gerade das Riester-Bausparen, vom Gesetzgeber erst vor zwei Jahren ermöglicht, erweist sich als Volltreffer“, sagte Wirnhier. Die LBS Bayern wird 2010 etwa 33.000 Riester-Bausparverträge über 1,44 Milliarden Euro vermitteln. „Damit trägt das Riester-Bausparen in diesem Jahr 18,5 Prozent zum Neugeschäftsvolumen bei. Es hat sich als stabiles Marktsegment etabliert“, so Wirnhier. „Die Kunden haben hier ein klares Finanzierungsinteresse, abzulesen an der durchschnittlichen Bausparsumme, die bei den Riester-Verträgen um 8 Prozent auf 43.600 Euro anstieg und damit deutlich höher ausfällt als im gesamten Neugeschäftsschnitt.“ Das Vermittlungsvolumen der LBS-Riester-Bausparverträge, die in Verbindung mit einer Immobilienfinanzierung stehen, wird sich gegenüber 2009 um 45 Prozent auf etwa 380 Millionen Euro erhöhen. Rückenwind erhalten die Wohn-Riester-Angebote der LBS durch die Stiftung Warentest, die in der jüngsten Dezember-Ausgabe ihrer Zeitschrift Finanztest zu dem Schluss kommt: „Günstiger geht es nicht ins Eigenheim. Die Riester-Darlehen der Bausparkassen sind erste Wahl für Bauherren und Immobilienkäufer.“ Die Riester-Kombi-Kredite der Bausparkassen werden von Finanztest eindeutig besser bewertet als Riester-Bankdarlehen. Die LBS Bayern zählt dabei zu den Test-Siegern.

Hervorragende Chancen für LBS-Bausparen

„Die aktuelle Niedrigzinsphase bietet dem LBS-Bausparen hervorragende Geschäftschancen“, erklärte Wirnhier. „Mit LBS-Bausparen kann sich ein Immobilienerwerber die derzeit minimalen Darlehenszinsen dauerhaft sichern, bis zum Ende der Gesamtlaufzeit einer Wohnbaufinanzierung. Und wer später bauen, kaufen oder modernisieren will, sichert sich heute mit einem LBS-Bausparvertrag gegen höhere Zinsen in der Zukunft ab.“ Während die sehr niedrigen Zinsen die Marktpotentiale stärken, beeinträchtigen sie die Ertragsmöglichkeiten einer Bausparkasse.

Ihre Einlagen lassen sich nur mit einer relativ geringen Rendite anlegen. Dadurch verringert sich der Zinsüberschuss. Gleichzeitig erhöhen sich die Provisionsaufwendungen der LBS Bayern, weil das Neugeschäft deutlich wächst. Aus der Summe dieser Effekte erwartet die LBS Bayern, wie bereits zur Bilanzvorlage im Sommer angekündigt, ein Betriebsergebnis vor Risikoversorge von etwa 40 Millionen Euro, nach 75,1 Millionen Euro im Jahr 2009. Wirnhier wertete das mit Blick auf die externen verursachten Restriktionen als respektabel: „Mehr ist in dieser Zinssituation nicht drin.“

Die LBS Bayern hat mit ihrem Produktangebot auf das Zinsumfeld reagiert und im November den Tarif LBS-N5+ eingeführt.

8.400 Quadratmeter Satteldachhalle

Herzstück der Eisenbahn Erlebniswelt

Mit einem interessanten und herausfordernden Großauftrag macht der Hallen- und Modulraum-Spezialist Renz GmbH, aus Althengstett, von sich reden: 60 historische Eisenbahnfahrzeuge bekommen eine neue Heimat. Die 250 m lange und rund 40 m breite Abstellungs- und Ausstellungshalle ist das Herzstück der SVG Eisenbahn-Erlebniswelt in Horb am Neckar.

Auf ca. 8.400 m² werden hier, ab 2011, die 60 historischen Eisenbahnfahrzeuge aus der Geschichte der SVG gezeigt. Aber nicht nur die Ausstellung der historischen Fahrzeuge findet darin Platz. Auch ein Kino, ein Bistro, eine Küche, ein großzügiger Konferenzraum, Büros und Sanitärräume machen die Ausstattung komplett. So ist die Halle sozusagen das Herzstück des Mobilitäts- und Erlebniszentrums auf dem Gelände des alten Güterbahnhofes in Horb am Neckar.

Die Systemtechnik im Einzelnen

Unter dem Satteldach wurde



Die neue Satteldachhalle.

Er richtet sich an Kunden, die einen günstigen Darlehenszins bei geringer monatlicher Belastung wünschen. Der Darlehenszins beträgt 2,85 Prozent, die monatliche Tilgungsrate liegt bei 5 Promille der Bausparsumme. Das Guthaben wird mit 0,5 Prozent verzinst. Zudem wurde mit dem LBS-Junior-Bonus eine Prämie für Nachwuchs-Bausparer unter 16 Jahren eingeführt. Sie erhalten in allen aktuellen Tarifen einen Bonus von bis zu 300 Euro. Dies soll junge Menschen ermuntern, früh mit der Vorsorgeplanung zu beginnen. Im vergangenen Jahr konnte die LBS Bayern 63.000 Kunden unter 25 Jahren für einen LBS-Bausparvertrag gewinnen, 17 Prozent mehr als im Vorjahr.

Ausblick 2011

„Durch billige Kredite und die lukrative Wohn-Riester-Förderung wird der Erwerb von Wohneigentum für viele Menschen machbar“, sagte Wirnhier. In fast 70 Prozent aller kreisfrei-

auf einer Länge von 250 m, einer Breite von 39,5 m - 31,5 m und einer Traufhöhe von 5,00 m eine Grundfläche von 8.400 m² realisiert. Durch den großen Binderabstand (bis 7,20 m) ist im In-

band, ein 140m langes und 1,20m hohes Trauflichtband, sowie die große Anzahl der Fenster und Glastüren sorgen für eine optimale Nutzung des Tageslichts. Rauch- und Wärmeabzugsklappen komplettieren die Ausstattung.

Modernste Solartechnik zur Energiegewinnung

Eine Halle in dieser Dimension kann natürlich optimal für die Energiegewinnung genutzt werden. Daher wurde die Dachstatik so ausgelegt, dass ca. 1000 Solarmodule darauf untergebracht werden konnten. Sie liefern ca. 550 Kilowatt-Peak Leistung, da-

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

nen viel stützenfreier Raum, der optimal für die Ausstellung genutzt werden kann. 5 elektrisch angetriebene Sektionaltore dienen zur Ein- und Ausfahrt der historischen Züge. Zahlreiche Lichtkuppeln, ein ca. 120 m langes und 2 m breites Firstlicht-

mit kann nicht nur der gesamte Strombedarf der Einrichtungen abgedeckt werden, ein Teil davon wird auch in das örtliche Stromnetz eingespeist.

Erfahrung und Know-how zahlen sich aus

Mit diesem Objekt haben die Hallen- und Modulraum-Spezialisten der Renz GmbH, aus Althengstett gezeigt, dass sie Hallen in nahezu jeder Dimension realisieren können. Durch die Erfahrung bei der Realisierung kompletter Betriebsanlagen hat sich hier ein Know-how angeammelt, das dieses Unternehmen zu einem kompetenten Gesprächspartner für Architekten und Bauherren macht.

Bei Renz arbeiten die Planer für Bürogebäude und Hallen eng zusammen. Auf der Basis dieses Arbeitsprinzips entsteht bei einem Gesamtprojekt eine in sich geschlossene und durchdachte Lösung. Entscheidende Vorteile dieser Bauweise sind darüber hinaus die Erweiterbarkeit, zur kurzfristigen Anpassung an den aktuellen Bedarf und nicht zuletzt die kurzen Liefer- und Montagezeiten.

Komplett-Programm und Service erleichtern die Entscheidung

Das Renz Programm für Raum-Module und Hallen ist nicht nur umfassend. Selbstverständlich gehört die Logistik, wie Lieferung und Montage sowie Statik bzw. Typenstatik, Planungen und Ausführungszeichnungen zum Leistungsumfang der Renz GmbH. Auf Wunsch kann Renz durch Partner-Architekten (gegen Kostenerstattung) auch das komplette Genehmigungsverfahren übernehmen.

Weitere Informationen unter: www.renz-container.com

Ideales Vorsorge- und Finanzierungsinstrument

Die LBS Bayern sieht hier einen erheblichen Investitionsbedarf, vor allem bei der energetischen Optimierung des Wohnungsbestandes. „Der LBS-Bausparvertrag ist für diese Verwendungszwecke das ideale Vorsorge- und Finanzierungsinstrument“, verdeutlichte Wirnhier. „Es gibt viele Chancen und deshalb allen Anlass zur Zuversicht, dass die gute Stimmung für Bausparen und Wohneigentum weiter anhalten wird.“

Weitere Informationen unter: www.lbs-bayern.de

Veranstaltungshinweis:

Energienetzwerker-Fachtagung

Die Tagung zum Thema „Optimierter Energieeinsatz in Industrie und Gebäuden“ findet in Starnberg am 21.1.2011 statt. Energieeffizienz ist bereits heute und wird in Zukunft verstärkt eine zentrale Herausforderung bei der Planung, Sanierung und beim Betrieb von Gebäuden und in industriellen Prozessen sein.

Einsparpotentiale

Mit der systematischen Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen werden wichtige organisatorische Grundfragen für das Beherrschen steigender Energiepreise, für eine adäquate Versorgungssicherheit und für die Klimagasreduktionen gelegt. Potentiale für konkrete Einsparungen sind neben innovativen Produktionstechnologien auch optimal abgestimmte Gebäude und hoch motivierte Mitarbeiter.

Angesprochen werden neben Firmen auch Vertreter der Kommunen, Bürgermeister, Stadträte und Kämmerer, Organisationen und Verbände mit dem Fokus Energiewirtschaft. Weitere Informationen unter: www.energienetzwerker.de



Alles aus einer Hand
Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bbs-bayern.de
www.bbs-bayern.de

Informationen:
www.bbs-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Schlangen, Krokodile und Senioren

Im November gastierte der Zirkus Ferraro im Seniorendomizil Haus Elisabeth in Geretsried und begeisterte die Senioren mit seinen Showeinlagen.

3 Würgeschlängen, 1 Krokodil, 1 Frosch, 1 Bartagame, mehrere Schildkröten. Was sich liest wie ein Tropenhaus-Inventar, waren jüngst nachmittags die Ehrengäste im Seniorendomizil Haus Elisabeth in Geretsried. Neben den Kaltblütlern bekamen die Senioren Besuch von einem Fakir und einem Clown, Artisten und Schlangentänzerinnen. Die Mitglieder des Zirkus „Ferraro“ begeisterten die Bewohner mit Ihren Showeinlagen und informierten auf anschauliche Art und Weise über die Herkunft und die Gewohnheiten Ihrer tierischen Freunde.

Und die Einnahmen werden für einen guten Zweck verwendet: Sie unterstützen direkt die Überwinterung der Zirkustiere.

Das Seniorendomizil

Haus Elisabeth wurde im Herbst 2009 fertiggestellt und am 01. November 2009 eröffnet. In familiärer Wohnumgebung werden die pflegebedürftigen Bewohner liebevoll betreut, ihre

Selbständigkeit wird gefördert und ihre Sicherheit gewährleistet.

Die im Jahr 2005 gegründete compassio GmbH & Co. KG mit Sitz in Ulm ist Träger von Seniorendomizilen im süddeutschen Raum. In den Einrichtungen wird Kurzzeitpflege, Dauerpflege sowie spezielle Betreuung



Eine Bewohnerin mit einer 22 Kilogramm schweren Tigerpython. □

von an Demenz erkrankten Personen angeboten. Ein eigenes internes Qualitätsmanagement, hohe Pflegestandards, qualifiziertes wie auch motiviertes Personal sowie eigene Wäschereien und Küchen in jedem Haus garantieren eine gleichbleibend hohe Qualität der Dienstleistungen. Großen Wert wird auch auf eine Gemeinwesenorientierung der Häuser gelegt, weshalb auch zusätzlich zur engen Kooperation mit verschiedenen Vereinen und Verbänden in den Gemeinden ein offener Mittagstisch sowie Seniorencafés in den Häusern angeboten werden.

Weitere Informationen unter: www.compassio.de □

Bayerischer Stadtplanertag 2010

Unter dem Motto „Die Stadt von morgen - Anforderungen, Chancen und Möglichkeiten“ widmete sich die Bayerische Architektenkammer bei einer Tagung in München dem Berufsbild des Stadtplaners. Potenziellen Auftraggebern wurde dabei bewusst gemacht, dass qualifizierte Stadtplaner für ihre Planungsvorhaben zur Verfügung stehen.

Seit dem 1. Juli 2007 ist die Berufsbezeichnung des Stadtplaners auch in Bayern geschützt, insbesondere um der steigenden Bedeutung der Erbringung städtebaulicher Planungsleistungen gerecht zu werden. Die Berufsbezeichnung darf nur führen, wer in die bei der Bayerischen Architektenkammer geführte Stadtplanerliste eingetragen ist.

Vielschichtige Disziplin

Dies wurde zum Anlass genommen, als Auftaktveranstaltung einen Stadtplanertag durchzuführen. Dieser fand in Kooperation mit dem Institut für Städtebau und Wohnungswesen, dem Bayerischen Städtetag, der Vereinigung für Stadt-, Regional-

und Landesplanung sowie dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten Bayern statt.

Der international renommierte Architekt und Stadtplaner Prof. Albert Speer baut seit mehr als 40 Jahren im In- und Ausland. Speer beleuchtete anhand seines Manifests für nachhaltige Stadtplanung die Vielschichtigkeit dieser Disziplin mit ihren konkreten Betätigungsmöglichkeiten. In seinem Manifest streitet Speer nicht nur gegen Landschaftsfraß und für eine Bürgerbeteiligung, die diesen Namen verdient; er fordert zum Beispiel auch: „Reduziere den Energieverbrauch und den Einsatz von Technik! Halte Räume offen! Denke in Kreisläufen!“ Seine Maxime lautet: „Planung muss

ökologisch, wirtschaftlich und sozial ausgerichtet sein.“

Um diesen Initialvortrag gruppierten sich weitere Referate (Dipl.-Ing. Brigitte Jupitz, Architektin, Nürnberg, 1. Vizepräsidentin der Bayerischen Architektenkammer; Prof. Dr.-Ing. Sören Schöbel-Rutschmann, Landschaftsarchitekt, Technische Universität München; Prof. Dipl.-Ing. Sophie Wolfrum, Stadtplanerin, Lehrstuhl für Städtebau und Regionalplanung, Technische Universität München; Dipl.-Kfm. Alexander Hofmann, Geschäftsführer der BayWoBau, Vizepräsident des BFW Landesverbands Bayern e.V., München, sowie eine Podiumsdiskussion mit Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Anschließend bot sich den Teilnehmern die Möglichkeit zum Gespräch und zum Austausch mit Vertretern der Kommunen und der Bauwirtschaft. **DK**

Bis Ende 2011:

Bebauungspläne im Internet

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer: „Massive Vorteile“

„Bis Ende des nächsten Jahres 2011 sollen alle rechtskräftigen Bebauungspläne schnellstmöglich standardisiert in das Internet. Die Bebauungsplan-Landkarte Bayerns soll bis dahin keine weißen Flecken mehr haben. Bleiben Sie an den Kommunen „dran“ und vermitteln Sie die Vorteile dieser Maßnahme, wo immer es geht!“ forderte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer die Bayerische Vermessungsverwaltung und den Bayerischen Industrie- und Handelskammertag anlässlich der Unterzeichnung einer gemeinsamen Absichtserklärung zum Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der Geoinformation auf.

„Gewinn hat jeder, der Bebauungspläne nutzt – investitionswillige Unternehmen, Handwerker ebenso wie jeder Hauslehaber. Das ‚Stöbern im Archiv‘ der Gemeinde nach dem alten Bebauungsplan entfällt und spart dem Bauwilligen Zeit und der Gemeindeverwaltung Arbeit. Die Kommunen können sich im Standortwettbewerb positiv darstellen.“ erläuterte Pschierer die Vorteile. Die Bereitstellung der Bebauungspläne im Internet sei ein Leuchtturmprojekt der bayerischen eGovernment-Initiative, bei der es darum gehe, Verwaltungsleistungen umfassend im Internet bereitzustellen.

Wertvoller Beitrag

„Die IHKS können hierzu einen wertvollen Beitrag leisten:

sie machen die Bedeutung von flächendeckend verfügbaren Informationen deutlich und fördern so nachhaltig die Bereitschaft der Kommunen zur Mitwirkung bei dem Projekt.“, so Pschierer weiter.

Ausbau von eGovernment

Durch das Miteinander von staatlicher und kommunaler Verwaltung könne der Ausbau von eGovernment-Verfahren in Bayern vorangebracht werden. Standardisierte, im Internet verfügbare Geodaten seien von zunehmender Bedeutung, wie Bebauungspläne oder Leitungsdoku-

mentationen – beispielsweise zur Förderung des Breitbandausbaus – belegten.

Standortinformationssystem

„Die Zusammenarbeit der Bayerischen Vermessungsverwaltung mit den bayerischen IHKS im Fachgebiet Geoinformation ist bereits sehr gut, vertrauensvoll und erfolgreich – als Beispiel dient nur das Standortinformationssystem SISBY – mit der jetzt unterzeichneten Absichtserklärung intensivieren wir unsere Kooperation und setzen damit ein Signal für alle Wirtschaftsverbände in Bayern!“; so Pschierer abschließend.

Absichtserklärung

Die Absichtserklärung zwischen dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag und der Bayerischen Vermessungsverwaltung kann unter www.stmf.bayern.de abgerufen werden. □

Kindergärten und Krippen in Holzbaweise:

Natürlich aus Holz!

Die Kinderkrippe bzw. der Kindergarten bedeutet für den Nachwuchs zumeist den ersten Schritt hinaus aus der vertrauten Umgebung des Zuhauses und der Familie. Umso wichtiger ist es, dass sich die Kinder in ihrer neuen Umgebung wohl fühlen. Das hängt neben einer liebevollen und kompetenten Betreuung auch von einer kindgerechten Umgebung ab. Immer mehr Kommunen entdecken Holz als Baumaterial für ihre Kinderbetreuungs-Einrichtungen.

Kein Wunder, denn Holz als Baumaterial bietet viele Vorteile und bietet sich für den Bau und die Sanierung von Kindergärten und Krippen geradezu an. Dies zeigt sich auch am Beispiel des Kindergartens in Niederwinkling im Landkreis Straubing-Bogen, der jüngst nach Erweiterung und Sanierung neu eröffnet und eingeweiht wurde.

Sympathie bei Kindern

Viele Argumente sprechen dafür, beim Bau und der Sanierung von Kinderbetreuungs-Einrichtungen möglichst viel Holz zu verwenden. Ein ganz einfaches und doch eines der besten Argumente: Kinder mögen Holz! Holz riecht gut, fasst sich angenehm an und ist im Gegensatz zu anderen Baustoffen immer angenehm warm. Dies kommt den Bedürfnissen von Kindern entgegen, die gerne am Boden spielen und barfuß laufen. Zudem sorgt Holz für ein angenehmes Raumklima, es nimmt Feuchtigkeit aus der Luft auf und gibt sie bei Bedarf wieder ab, ist antistatisch und somit leicht zu reinigen. Davon profitieren neben den Kindern auch die Angestellten der Kindergärten und Krippen. Zudem wirkt Holz beruhigend und auch in schlichter Verarbeitung immer warm und ansprechend. Farbe bringen die Kinder im Laufe der Zeit ganz von selbst in die Einrichtung.

Auch für den Bauträger, die

Kommune, liegen die Vorteile von Holz als Baumaterial für Kindergärten und Krippen auf der Hand. Durch ein hohes Maß an Vorfertigung kann die Bauzeit kurz gehalten werden und da es keine Neubaufeuchte gibt, sind die Gebäude unmittelbar nach ihrer Fertigstellung bezugsfähig.

Regionale Wertschöpfung

Schnelles Bauen und Sanieren mindert stets die Kosten, etwa für eine vorübergehende Unterbringung der Einrichtung in anderen Räumlichkeiten. Zudem bleibt ein Holzbau bei entsprechender Gestaltung flexibel. Ob größere oder kleinere Gruppen, Nachmittagsbetreuung für Schulkinder oder Nutzung als Veranstaltungsraum der Gemeinde – mit Holz sind solche Nutzungsänderungen kein Problem! Und: Soweit vorhanden kann das eigene Holz der Gemeinde verwendet werden. Wenn dann die Arbeiten auch noch in der Nähe ansässigen Betrieben ausgeführt werden, bleibt die Wertschöpfung in der Region!

Ein aktuelles Beispiel für einen Kindergarten, bei dessen Sanierung viel Holz verwendet wurde, steht in Niederwinkling im Landkreis Straubing-Bogen. Um dem gestiegenen Bedarf an Betreuungspätzen für unter Dreijährige gerecht zu werden, wurde ein neuer Gebäudeteil für eine Krippe angebaut und der bestehende Kindergarten generalsaniert. Die

Planung lag beim Architekt Christian Illner, vom Architekturbüro HIW mit Sitz in Straubing und Bogen, die Ausführung der Holzarbeiten bei der Zimmerei Bammerperger GmbH aus Arnstorf. Nach nur einem halben Jahr Bauzeit können nun neben den ca. 70 Kindergartenkindern in drei Gruppen und Schulkindern am Nachmittag auch bis zu 17 unter Dreijährige von den 12 Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen betreut werden.

Wohldurchdachte Details

Der Anbau, in dem sich die Kinderkrippe befindet, ist ein reiner Holzbau. Bei der Sanierung des bestehenden Gebäudes für die Kindergartenkinder wurde möglichst viel Holz verwendet. Zahlreiche wohldurchdachte Details fallen ins Auge. So dienen in den Aufenthaltsräumen tiefe Nischen vor allen Fenstern als zusätzliche Aufenthalts- und Rückzugsräume und Garderobenelemente aus Holz sorgen für Ordnung. Raumhohe Fenster



Der erweiterte Kindergarten in Niederwinkling. □

verbinden die Räumlichkeiten optisch geschickt mit dem Garten. So herrscht innen ein angenehmes Tageslicht, die Einrichtung wirkt großzügig und es können Kosten für die Beleuchtung eingespart werden.

Auch die Geräte und das Spielhäuschen im Garten sind aus Holz und fügen sich harmonisch ins neue Gesamtbild ein. Jede Gruppe hat zudem eine eigene überdachte Terrasse. Die Außenverkleidung des Gebäudes besteht aus Platten aus Furnierschichtholz. Die sind robust, bilden mit ihrem warmen Rot-Ton einen schönen Kontrast zum un-

behandelten Naturholz und verbinden den Kindergarten, die Schule und die Turnhalle optisch zu einem Ensemble.

„Neben dem Besten für unsere Kinder war es uns wichtig, ein Zeichen für den Holzbau zu setzen“, so Bürgermeister Ludwig Waas. „Holz ist der Baustoff der Zukunft, gerade hier in der Holzregion Bayerischer Wald.“ Er und die begeistertsten Gäste der Eröffnung wünschen sich, dass der Kindergarten aus Holz in anderen Gemeinden recht viele Nachahmer findet.

Netzwerk Forst und Holz Bayerischer Wald □

Ländliche Entwicklung:

Zehn Staatspreise

Für herausragende Projekte und Initiativen der Dorferneuerung, Flurneueordnung und Integrierten Ländlichen Entwicklung hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner bei einem Festakt in der Münchner Residenz drei Staatspreise und sieben Sonderpreise verliehen.

Je 8.000 Euro pro Staatspreis

Mit jeweils 8.000 Euro dotierte Staatspreise gingen an das Flurneueordnungsprojekt Murnauer Moos - Staffelseemoore (Lkr. Garmisch-Partenkirchen), an das Gemeindezentrum Haunsheim (Lkr. Dillingen a. d. Donau) und an die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) „Wirtschaftsband A 9 - Fränkische Schweiz“ (Lkr. Bayreuth und Forchheim).

Je 4.000 Euro pro Sonderpreis

Mit einem Sonderpreis von 4.000 Euro zeichnete Brunner die Flurneueordnung mit Dorferneuerung Otterling (Lkr. Dingolfing-Landau) aus. Weitere Sonderpreise mit jeweils 2.000 Euro gingen an die Gemeindeentwicklung von Markt Nordheim (Lkr. Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim), an die ILE „Zwischen Lech und Wertach“, an das Innenentwicklungskonzept „Schweinsdorf erleben - Flächen sparen“ (Lkr. Ansbach) sowie an die Dorferneuerungsprojekte in Dingolshausen (Lkr. Schweinfurt), Kleinschönbrunn (Lkr. Amberg-Weilheim) und Ludwigschorgast (Lkr. Kulmbach).

Musterbeispiele für Zusammenarbeit

Nach Aussage des Ministers handelt es sich bei den preisgekrönten Projekten um Musterbeispiele, die Ansporn und Anregung für alle engagierten Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum geben. „Durch die Zusammenarbeit von Bürgern, Kommunen und Verwaltung haben Sie zukunftsweisende Lösungen für die unterschiedlichsten Probleme gefunden“, sagte der Minister in seiner Laudatio. Alle Projekte zeigten eindrucksvoll, was die Zusammenarbeit aller Beteiligten zum Wohle des ländlichen Raumes und der dort lebenden Menschen bewirken kann. □

Gebäudetechnische Projektierung

HMIR Helfrich
Helfrich Ingenieure Main-Rhön

Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik • Energieberatung
Regenerative Energiesysteme • Elektro- und EDV-Technik
Gebäudeautomation • Aufzugsanlagen • Technischer Brandschutz
Bad Kissingen Schweinfurt Bad Neustadt
Arnshäuser Str. 41 Niederwerner Str. 49 Berliner Straße 19
Tel. 0971/78 54 88-0 Tel. 09721/74 30-0 Tel. 09771/63 54 813
www.ing-helfrich.de • info@ing-helfrich.de

Zur Diskussion gestellt:

Informationsfreiheitsatzungen für die Städte und Gemeinden in Bayern: Ja oder Nein?

Von Sebastian Niedermeier*

Die rot-grüne Bundesregierung hat 2006 ein sogenanntes Informationsfreiheitsgesetz erlassen. Dem Bund sind elf Bundesländer mit gleichen Gesetzen gefolgt. In Bayern wurden entsprechende Gesetzinitiativen im Landtag abgelehnt. Ungeachtet dessen haben einige Städte und Gemeinden in Bayern für den eigenen Wirkungskreis Informationsfreiheitsatzungen erlassen.

1. Verfassungsrechtliche Anmerkung

In diktatorischen und monarchischen Staats- und Regierungsformen haben die Bürgerinnen und Bürger erwartungsgemäß keinen Rechtsanspruch auf Auskünfte durch die jeweiligen Bürokratien und Obrigkeiten.

Man könnte also annehmen, dass in demokratisch verfassten Staats- und Regierungsformen die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich grundsätzlich einen gesetzlichen Anspruch auf Auskunft durch die öffentlichen Verwaltungen haben. Dem ist aber nicht so. Weder im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland noch in den 16 Länderverfassungen ist ein derartiger Anspruch ausdrücklich festgelegt oder rechtskonstruktiv ermittelbar.

2. Allgemeine Rechtslage

Es gibt eine ganze Reihe von spezialgesetzlichen Bestimmungen, die den Bürgerinnen und Bürgern ein Recht auf Information und Auskunft gewähren. In Bayern z.B. Art. 29 BayVwVfG, der das Recht auf Akteneinsicht bei Verwaltungsverfahren einräumt. Des Weiteren kann das Recht auf Einsicht in die öffentlichen Protokolle der Gemeinderatssitzungen oder die Einsicht in den Gemeindehaushalt erwährt werden.

Es gibt aber auch eine Reihe von Gesetzen, die eine Geheimhaltungs- und Verschwiegenheitspflicht regeln. Zu nennen sind nur beispielhaft das Bayerische Datenschutzgesetz, das Bayerische Beamtengesetz, die Sozialgesetze oder die Steuergesetze.

3. Rechtslage auf Bundes- und Landesebene

Zum 1. Januar 2006 hat die damalige Bundesregierung das Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Mit diesem Gesetz hat die Regierung für die Bürgerinnen und Bürger einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Information und Auskunft durch die Bundesbehörden normiert. Diese Auskunft kann nur dann verweigert werden, wenn ein anderes Gesetz die Herausgabe der Informationen ausdrücklich verbietet oder Rechte Dritter betroffen sind. Dem Bund sind 11 von 16 Bundesländern mit entsprechenden Landesgesetzen gefolgt.

4. Rechtslage in Bayern

In Bayern wurde der Erlass eines Informationsfreiheitsgesetzes im Bayerischen Landtag von den Oppositionsparteien SPD, Grüne und Freie Wähler beantragt, aber von der CSU und der FDP mehrheitlich abgelehnt. In Bayern gibt es also kein Informationsfreiheitsgesetz.

5. Rechtslage auf Gemeindeebene

Obwohl es somit in Bayern keine spezialgesetzliche Ermächtigung zum Erlass einer Informationsfreiheitsatzung gibt, können die Gemeinden gemäß Art. 23 Abs. 1 GO eine solche Satzung erlassen. Diese Satzung kann sich nur auf den eigenen Wirkungskreis

kreis der jeweiligen Gemeinde beziehen. In die geltenden Gesetze kann diese Satzung nicht eingreifen oder diese verändern.

6. Pro und Contra in der öffentlichen Diskussion zu Informationsfreiheitsgesetzen und -atzungen

Diese Diskussionen finden teils sehr emotional statt. Die jeweiligen Argumente werden teils unsachlich und überhöht dargestellt. Während die Befürworter in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als würden in den Rathäusern Unmengen an „staatstragenden Geheimnissen“ verwahrt, befürchten die Gegner einen Missbrauch dieser Satzung und einen enormen Bürokratismus, der bis zur Lahmlegung der Verwaltung führen könnte.

Mit der Realität haben diese Einschätzungen wenig zu tun. Man kann davon ausgehen, dass täglich tausende von Auskunftersuchen an die öffentlichen Verwaltungen herangetragen werden und diese weit überwiegend zur vollen Zufriedenheit der Bürger beantwortet werden.

7. Haltung des Bayerischen Städtetages und des Bayerischen Gemeindetages

Während die kommunalen Spitzenverbände gegenüber dem Landtag zum Informationsfreiheitsgesetz eine ablehnende Haltung einnahmen, verhalten sie sich gegenüber ihren Städten und Gemeinden neutral. Sie überlassen es den Kommunen, ob sie sich für den Erlass einer solchen Satzung entscheiden oder nicht.

8. Umfrage bei einer Reihe von Städten und Gemeinden zur Informationsfreiheitsatzung

An die Städte, Märkte und Gemeinden Prien, Pullach, Bad Aibling, Grasbrunn und Kitzingen wurden folgende Fragen gestellt:

- a. Seit wann gibt es die Satzung?
- b. Wieviele Auskunftersuchen gab es seit Inkrafttreten dieser Satzung?
- c. Wie ist der durchschnittliche Aufwand pro Anfrage zu veranschlagen?
- d. Kam es zu missbräuchlicher Nutzung der Satzung?
- e. Würden sie anderen Gemeinden empfehlen, eine solche Satzung zu erlassen?

Zu a. Inkrafttreten der Satzungen: Prien 17.12.2008, Grasbrunn 28.04.2009, Pullach 01.03.2009, Bad Aibling 01.03.2010, Kitzingen 01.11.2009.

Zu b. In Prien wurden 3 und in Grasbrunn 9 Anfragen gestellt. In Pullach, Bad Aibling und Kitzingen gab es keine Anfragen.

Zu c. Prien stellt fest, dass der zeitliche Aufwand nicht ins Gewicht fällt. Grasbrunn geht von 3 Stunden Zeitaufwand pro Anfrage aus.

Zu d. In keiner Gemeinde wird eine missbräuchliche Inanspruchnahme festgestellt.

Zu e. Die Gemeinde Grasbrunn empfiehlt eine solche Satzung. Die anderen Befragten meinen, dass dies jede Stadt und Gemeinde selbst entscheiden sollte.

9. Bewertung der Umfrage

Die Umfrage zeigt, dass die In-



*Sebastian Niedermeier, geb. 1944, Dipl. Verwaltungswirt (FH); von 1980 bis 1998 war er Rathauschef in Eichenau bei München. Nach dem freiwilligen Verzicht des äußerst beliebten Bürgermeisters auf eine erneute Kandidatur kehrte er als Leiter eines Finanzsachgebiets an seine alte Arbeitsstelle im Münchner Rathaus zurück. Im Oktober 2009 ging er in Pension, wirkt aber nach wie vor als Lehrbeauftragter für Kommunalrecht und Haushaltsrecht. □

formationsfreiheitsatzungen eine eher zurückhaltende Bedeutung in der kommunalen Praxis haben.

10. Was könnten die Gründe für diese eher geringe Auskunfts- und Informationsnachfrage sein?

a. Die Bürgerinnen und Bürger gehen in ihrem demokratischen Selbstverständnis davon aus, dass sie schon ein gewisses Auskunfts- und Informationsrecht gegenüber den öffentlichen Verwaltungen haben. Es ist ihnen dabei bewusst, dass es gesetzliche Schranken gibt, die diesen Anspruch eingrenzen.

b. Die öffentlichen Verwaltungen geben grundsätzlich gerne, sehr offen und gebührenfrei Auskunft und Informationen an die anfragenden Bürgerinnen und Bürger weiter.

c. Die Informationsfreiheitsat-

zung ist mit einer Gebührensatzung verbunden. Die Auskünfte nach dieser Satzung sind gebührenpflichtig.

11. Welche erweiterten Auskunfts- und Inforechte eröffnen die Informationsfreiheitsatzungen?

Die nachfolgenden Beispiele gelten unter der Bedingung, dass keine gesetzlichen Verbote bestehen oder Rechte Dritter betroffen sind.

- a. Es besteht ein grundsätzliches Akteneinsichtsrecht.
- b. Statistiken und Dokumentationen und Gutachten sind offenzulegen.
- c. In den Haushaltsplan der Gemeinde kann jederzeit Einsicht genommen werden; einzelne Haushaltsstellen sind ggf. zu erläutern.
- d. Für Gebührenfestsetzungen können Kalkulationsgrundlagen verlangt werden.
- e. Die Kostenbestandteile von Erschließungsbeiträgen müssen detailliert offengelegt werden.

12. Warum wird der Erlass einer Informationsfreiheitsatzung empfohlen?

a. Wie bereits eingangs dargestellt, mag es in monarchischen und diktatorischen Staats- und Regierungsformen die Regel sein, wenn es keinen gesetzlichen Anspruch auf Auskünfte und Informationen durch die Obrigkeiten gibt.

In demokratisch verfassten Staats- und Regierungsformen sollten die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Auskunft und Information durch die öffentlichen Verwaltungen haben.

Den Bürgerinnen und Bürgern sollte dieses Recht ohne ausdrückliche Begründung des Informations- und Auskunftsbegehrens zugestanden werden. Die Qualität dieses Rechtes ist sehr hoch anzusehen und müsste eigentlich grundrechtlich abgesichert sein. Die Tatsache, dass die obigen Erhebungen bei den 5 Städten und Gemeinden eine eher geringe Nachfrage ergibt, ändert nichts an dieser grundsätzlichen Bewertung.

b. Gemeinden, die eine solche Satzung erlassen, erweitern das Dienstleistungsangebot für ihre Bürgerinnen und Bürger, ohne dass zusätzlich Personal eingestellt wird. Des Weiteren ist der sachliche Aufwand als geringfügig zu bezeichnen. □

§ GZ Aktuelle Rechtsprechung §

Städtebaupolitik durch Bebauungsplan

Jede Gemeinde ist berechtigt, einen Bebauungsplan aufzustellen, wenn dies erforderlich ist. Welche städtebaulichen Ziele sich eine Gemeinde dabei setzt, liegt aber grundsätzlich in ihrem planerischen Ermessen. Der Gesetzgeber ermächtigt sie diejenige Städtebaupolitik zu betreiben, die ihren Ordnungsvorstellungen entspricht. Das schließt ein, dass sie bestehende Bebauungspläne überarbeiten darf. Das gilt nicht nur für eine neue inhaltliche Gestaltung, sondern auch für die Reparatur oder jedenfalls Modernisierung von Festsetzungen, deren rechtliche Haltbarkeit oder deren Praktikabilität zweifelhaft geworden ist.

Technische und rechtliche Möglichkeiten

Eine solche Situation kann beispielsweise vorliegen, wenn es um die technischen und rechtlichen Möglichkeiten des Immissionsschutzes durch die Festsetzung von Schallleistungspegeln geht. Die technischen Regelwerke sind nämlich in den letzten Jahren verändert worden. Das darf eine Gemeinde zum Anlaß für eine Überarbeitung eines Bebauungsplanes nehmen.

Die Gemeinden dürfen auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Ziele verfolgen, wenn sie mit den ihnen nach dem Baugesetzbuch zu Gebote stehenden städtebaulichen Instrumenten die Bodennutzung regeln und aktiv steuern. Sie dürfen deshalb auch Vorhaben für erforderlich halten, die mit den vorgefundenen Strukturen nichts zu tun haben, wenn sie sich davon städtebauliche Impulse versprechen (Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht im Urteil vom 10.8.2010 – 1 KN 218/06). Dr. O.

Ratsmitglieder mit Freikarten in der Bauleitplanung

Nachdem ein Bebauungsplan beschlossen worden war, machte ein Planbetroffener einen Abwägungsmangel geltend. Er wies darauf hin, die Ratsmitglieder hätten überwiegend Jahresfreikarten für einen Veranstaltungspark erhalten. Dabei stand fest, dass sich die Ratsmitglieder in dieser Eigenschaft weder wegen Vorteilsannahme noch wegen Bestechlichkeit strafbar gemacht hatten, weil sie nicht Amtsträger im Sinne des Strafbgesetzbuches waren.

Trotzdem lag kein Abwägungsmangel vor. Das wäre nur dann der Fall gewesen, wenn die Entgegennahme der Jahreskarten zweifelsfrei den Schluß zugelassen hätten, dass sich der Rat in seiner Planungsentscheidung für diese Zuwendung bedanken wollte und Gefälligkeits-elemente die städtebaulichen Abwägungsgesichtspunkte verdrängt hätten.

Entgegen jeder Erfahrung

Das konnte in dem konkreten Fall deshalb nicht angenommen werden, weil die Höhe der Zuwendungen außerhalb jeden Verhältnisses zur Bedeutung des Vorhabens stand. Zwar hatte jede Freikarte einen Wert von 80 Euro;

sie konnte auch von Dritten benutzt werden. Nach dem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 10.8.2010- 1 KN 218/07 - entspricht es jedoch nicht der Lebenserfahrung, dass eine bedeutsame planerische Entscheidung von Zuwendungen in dieser Größenordnung entscheidend beeinflusst werden kann. Darüber hinaus könnte berücksichtigt werden, dass sich die rechtliche und moralische Bewertung solcher Zuwendungen gewandelt hat.

Das Gericht sah in der Zutrittsberechtigung keine Zuwendung von solchem Gewicht, dass damit die Fehlerfreiheit der Abwägungsentscheidung in Frage gestellt werden konnte. Dr. O.

LEW
Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Schwaben:

Tröpfelnde Steuerquellen

„Wir haben uns untergehakt – große Städte, kleine Gemeinden und Landkreise, über alle Parteien hinweg. Die Kommunen kämpfen in einer festen Phalanx für den Erhalt der Gewerbesteuer. Der solidarische Einsatz hat sich gelohnt, die Gewerbesteuer scheint aus der Gefahrenzone zu sein“, hob der Bezirksvorsitzende der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Schwaben, Günzburger Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, bei der Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags in Burgau hervor.

Mit Blick auf den Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, den Kommunen einen Hebesatz auf die Einkommensteuer zu geben, meinte Jauernig: „Die Kommunen fürchten mit dem Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer Verschiebungen im Verhältnis von Kernstadt und Umland. Die Kernstädte halten die Leistungen für Krankenhäuser, Schulen, Volkshochschulen, Musikschulen, berufliche Weiterbildung, Bäder, Bibliotheken, Museen und Theater vor. Dieses Angebot nutzen naturgemäß auch Einwohner aus dem Umland. Allerdings würden die Bewohner der Kernstädte mit einem höheren Hebesatz auf die Einkommensteuer zur Finanzierung herangezogen, als die Bewohner im Umland. Dies könnte zur fatalen Entwicklung führen, dass besser verdienende Bürger in Orte mit niedrigeren Hebesätzen ziehen.“

Es könnte ein fataler Wettbewerb mit Dumpingsteuersätzen einsetzen: Manche Kommunen könnten es sich leisten, mit niedrigeren Steuersätzen auf die Einkommensteuer wohlhabende Bürger anzulocken, betonte der Bezirksvorsitzende. Dagegen müssten Städte mit großem Angebot in der Infrastruktur und hohen Lasten für Sozialausgaben sich zur Steuererhöhung gezwungen sehen. Jauernig: „Es

darf nicht zu einem steuerlich verursachten Exodus von wohlhabenden Steuerbürgern ins Umland kommen. Das würde das Stadt-Umland-Problem verschärfen. Eine verrücktere Strukturpolitik kann man steuerpolitisch kaum anstoßen.“

Steuerliche Talsohle

„Keinen Anlass zum Frohlocken“ bietet nach Aussage des Geschäftsführers des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäusl, die letzte Steuerschätzung. Es überwiege die Erleichterung, dass es nicht so schlimm gekommen sei, wie zu befürchten war. Trotz dieser Linderung seien die Kommunen in der steuerlichen Talsohle angekommen. Weil die Konjunktur besser anzieht, als es selbst Optimisten zu denken wagten, habe sich der Abwärtstrend bei den Steuereinnahmen gebremst. Allerdings sprudeln die Steuerquellen nicht, „sie tröpfeln nur“. „Bis die kommunalen Steuereinnahmen das Niveau von 2008 erreichen, wird es noch bis mindestens 2012 dauern“, prognostizierte Knäusl.

Die Finanzlage für Kommunen bleibt nach seiner Aussage unverändert prekär: 2010 könnte der Finanzierungssaldo von Einnahmen und Ausgaben bei bis zu

1 Milliarde Euro liegen. Die strukturelle Unterfinanzierung bleibe das beherrschende Problem in den Rathäusern. Die hohen Defizite schnürten die Handlungsfähigkeit der Kommunalpolitik ein; die Kämmerer müssten unverändert an der Konsolidierung der Haushalte arbeiten. Für 2010 sei von einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen um 1 Prozent auszugehen, was für die bayerischen Kommunen Mehreinnahmen von rund 110 Millionen Euro gegenüber 2009 bedeuteten. „Das wären aber immer noch 1,1 Milliarden Euro weniger als 2008“, stellte Knäusl fest.

Für Entlastungsgesetz

Der Geschäftsführer plädierte für ein kommunales Entlastungsgesetz, das die Ausgabenexplosion im Sozialbereich in den Blick nimmt. Hier sei der Ansatz von Bundesfinanzminister Schäuble positiv zu werten, der bei der Grundsicherung im Alter und für dauerhaft Erwerbsgeminderte ins Gespräch gebracht habe, dass der Bund soziale Lasten von den Kommunen übernehmen könnte. In die Frage der hohen sozialen Kosten sei nun zumindest Bewegung gekommen. Der Bund beginne einzusehen, dass die Kommunen von den Kosten für soziale Aufgaben, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellen, entlastet werden müssen. „Dieser Weg ist richtig, hier brauchen wir dringend Hilfe vom Bund“, meinte Knäusl.

Beim Thema Sperrzeit und Alkoholverbot wurde bei der Bezirksversammlung der Ruf nach einer Rechtsgrundlage für die Kommunen laut, um Alkoholkonsum im öffentlichen Raum wirksam untersagen zu können. „Städte und Gemeinden brauchen mit einer längeren landesweiten Sperrzeit wieder ein Instrument, das wirksame Maßnahmen gegen Lärmbelästigung und Vandalismus ermöglicht. Der Städtetag fordert ein Verbot von Flatrate-Partys in Gaststätten. Der Verkauf von Alkoholika soll außerhalb der Ladenöffnungszeiten, vor allem an Tankstellen und Kiosken, verboten sein“, erläuterte der Bezirksvorsitzende der kreisfreien Verbandsmitglieder in Schwaben,

Oberbürgermeister Stefan Bosse, Kaufbeuren. Denn die Beschwerden von Bürgern nähmen zu, die über die Störung ihrer Nachtruhe klagten. Die Polizei bestätigte dies: Die Zahlen der Einsätze wegen nächtlicher Ruhestörung, Alkoholmissbrauch und Vandalismus seien seit der Verkürzung der Sperrzeit im Jahr 2005 auf die Zeit von 5 bis 6 Uhr gestiegen. Laut Innenminister Joachim Herrmann liegt das Problem nicht im Vollzug, sondern muss an der Quelle angegangen werden, nämlich bei der Verfügbarkeit von Alkohol.

Sperrzeit und Alkoholverbot

Bosse zufolge „brennt das Problem den Bürgermeistern auf den Nägeln“. Lärmgeplagte Bürger wendeten sich an das Rathaus, doch den Städten und Gemeinden seien die Hände gebunden. Für Verlängerungen der Sperrzeit vor Ort seien derzeit die rechtlichen Hürden sehr hoch. Im Einzelfall müsse begründet und belegt werden, weshalb ein öffentliches Bedürfnis oder besondere örtliche Verhältnisse für eine längere Sperrzeit vorliegen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags fordert daher die Staatsregierung auf, für die Gaststätten eine landesweit längere Sperrzeit einzuführen: Gaststätten sollen von 2 bis 6 Uhr geschlossen sein; Städte und Gemeinden sollen je nach den örtlichen Verhältnissen in einem vereinfachten Verfahren längere Öffnungszeiten zulassen können.

Bürgerinteressen wahren

Nach Bosses Einschätzung „bringt uns die jetzige Regelung gar nichts, weil wir die Sperrzeitprobleme so nicht in den Griff bekommen“. Benötigt werde eine einheitliche staatliche Regelung, um die Klagen der Bürger berücksichtigen und dem zunehmenden Alkoholmissbrauch wirksam begegnen zu können. „Die Kommunen wollen keine Spätsperre sein, die den Jugendlichen die Freude am Feiern nimmt. Wir haben zum Beispiel nichts gegen eine Diskothek im Gewerbegebiet. Wo es möglich ist, werden die Kommunen großzügige Öffnungszeiten zulassen. Aber wir müssen die Interessen der Bürger in den Innenstädten besser wahren und die Wohnqualität in den Innenstädten sichern“, machte Kaufbeuren's Rathauschef unmissverständlich deutlich. **DK**

Vorbild Eigenheimzulage Kaufbeuren:

Eine Stadt für Familien

Ende 2005 hat der Bund die Eigenheimzulage abgeschafft. Doch auch ohne den staatlichen Zuschuss müssen Familien ihren Traum von den eigenen vier Wänden nicht aufgeben. Denn über 670 Kommunen fördern Familien beim Bauen. Vorbildlich ist die Stadt Kaufbeuren, die bereits im Januar 2006 eine kommunale Eigenheimzulage eingeführt hat.

Kaufbeuren gewährt 5.000 Euro Zuschuss pro Kind für Familien, die nach Kaufbeuren ziehen und hier ein Eigenheim bauen bzw. im Ersterwerb erwerben. Familien, die bereits in Kaufbeuren leben, erhalten den gleichen Förderumfang als Preisnachlass beim Kauf städtischer Wohnbaugrundstücke. Die maximale Zuschusshöhe beträgt 20.000 Euro.

Die Eigenheimzulage Kaufbeuren ist ein wichtiges Argument, um Familien für den Standort zu interessieren, doch zu einer familienfreundlichen Kommune gehört noch mehr. So hat die Stadt Kaufbeuren ein enges Netz von Unterstützungs- und Hilfsangeboten geknüpft. Zu nennen sind wöchentliche ganztägige Ferienbetreuungen für Kinder und Jugendliche oder Betreuungshilfen für kinderreiche Familien, beispielsweise nach Mehrlingsgeburten. Mit dem Programm „Glühwürmchen“ wird eine kurzfristige Notfallbetreuung für Kinder ermöglicht. Ein wichti-

ger weiterer Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein neues Angebot in dieser Reihe ist „Rent a Päd“. Es kommt nicht die „Super Nanny“ vom TV, sondern ein ausgebildeter Sozialpädagoge. Unter dem Motto „Beginnen bevor es beginnt“ setzt „Rent a Päd“ keinen Mangel an Erziehungskompetenz voraus, sondern unterstützt besorgte Eltern, Lehrer, Erzieher, Vereine und Institutionen punktuell mit Fachkompetenz.

Erfolgsgeschichte mit Modellcharakter

„Nach fast fünf Jahren Kaufbeurer Eigenheimzulage ziehen wir eine sehr positive Bilanz“, resümiert Stefan Bosse, Oberbürgermeister der Stadt Kaufbeuren. „Uns erreichten hunderte Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet. In den knapp fünf Jahren haben wir rund 430.000 Euro investiert und circa 45 Familien gefördert. Dadurch haben wir rund 180

Goldkronacher Gespräche:

Zukunft der Daseinsvorsorge

Die „Goldkronacher Gespräche“ sind in den zurückliegenden Jahren zu einem kompetenten Diskussionsforum für einen wissenschaftlich fundierten, aber ebenso praxisorientierten Meinungs- und Informationsaustausch zur Kommunal- und Regionalentwicklung geworden. Beim 4. Zusammentreffen im Schloss Goldkronach ging es um die zentrale Frage, auf welche Weise die Daseinsvorsorge und damit verbunden infrastrukturelle Mindeststandards gewährleistet werden können.

Die Sicherung der Grundversorgung und ihrer Erreichbarkeit gehört in nahezu allen ländlichen Regionen zu den wesentlichen Herausforderungen der kommunalen und regionalen Planungsträger, wie Hausherr Hartmut Koschyk, Parlamentarischer

Nach Grußworten des 1. Bürgermeisters der Stadt Goldkronach Günter Exner und einer Einführung in das Thema durch Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß vom Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern, wurden die Bereiche Mobilität (Beispiele aus dem Schwarzwald) sowie Einzelhandel (lokales Online-Shopping) durchleuchtet. Die Daseinsvorsorge im medizinischen Bereich wurde ebenso thematisiert wie die neue sog. Dachmarke Oberfranken.

Imagekampagne

Mit dieser Imagekampagne wollen die Betreiber die Region als starke Marke positionieren. Die „Dachmarke“ war in Zusammenarbeit mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Kirchen, Wirtschaft, Kultur und Medien entwickelt worden. Durch eine einheitliche Darstellung nach außen und einen neuen Werbeauftritt sollen sich die Bewohner zwischen Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof stärker zusammengehörig fühlen. Ein sichereres und selbstbewussteres Auftreten der Region und ihrer Bewohner soll Vorteile im Wettbewerb bringen - beispielsweise, dass sich mehr Familien und Unternehmen ansiedeln.

Nach zahlreichen Szenarien droht in vielen Ecken Oberfrankens in den kommenden Jahrzehnten ein Bevölkerungsschwund, wenn Politik und Wirtschaft nicht eingreifen. Vor allem unter dem Niedergang der Porzellan- und Textilindustrie hatte die Region in den vergangenen Jahrzehnten gelitten.

Daseinsvorsorge für Senioren im besten Sinne bietet das Beispiel Heiligenstadt. Mit der Senioreninitiative 60 plus wurde im Januar 2003 für aktuelle Fragen der älteren Generation ein interessantes Forum geschaffen. Hinter 60 plus verbirgt sich die Möglichkeit des Gedankenaustausches und das Ziel, junge und ältere Menschen zusammen zu führen, wie Seniorenbeauftragter Dr. Peter Landendorfer ausführte.

Initiative Rodachtal

Für neue Ansätze der Daseinsvorsorge in Oberfranken steht das Beispiel der Initiative Rodachtal. Seit Dezember 2001 arbeiten die Städte Bad Colberg – Heldburg, Ummerstadt, Westhausen und die Gemeinde Straufhain im thüringischen Landkreis Hildburghausen im Rahmen der Initiative Rodachtal auf freiwilliger Basis mit den Städten Ahorn, Bad Rodach, Itzgrund, Seßlach und Weitraumdorf im bayerischen Landkreis Coburg zusammen. Dabei bemühen sich Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Akteure aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft um eine zukunftsorientierte Gestaltung der gemeinsamen fränkischen Heimat, deren weithin sichtbares Symbol die Veste Heldburg – die „Fränkische Leuchte“ – ist.

Die Initiative Rodachtal versteht sich als Kristallisationspunkt aller Aktivitäten, die der Erhaltung und nachhaltigen Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Wirtschaft ebenso wie der sozialen Entwicklung und der regionalen Identität im Rodachtal dienen. **DK**



Hartmut Koschyk.

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, in seiner Begrüßung hervorhob. Verstreute Siedlungsstrukturen, der demografische Wandel, kleinteilige Versorgungsstrukturen sowie Defizite im Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr und das Internet wirkten sich hier oftmals kumulativ auf die Grundversorgung aus.

Erreichbarkeit des Angebots

Dabei dürfe die Sicherung der Grundversorgung nicht auf die Frage von Erhalt oder Wegfall von Einrichtungen reduziert werden. Stattdessen müssten das im Einzelfall geleistete bzw. erforderliche Angebot und dessen Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen in den Vordergrund rücken.

Stadtbibliothek Alzenau:

Umgestalteter Kinderbereich eingeweiht

Einen neuen Blickfang gibt es in der Alzenauer Stadtbibliothek. Im Erdgeschoss ist nach der kompletten Neugestaltung des Kinderbereiches ein kleines Paradies für junge Leseratten entstanden. In Zusammenarbeit mit der Bibliotheksleitung hat die Innenarchitektin Martina Li-Kroth die Pläne erstellt. Die alten Regale, die starren Sitzbänke mit den nicht mehr genutzten Abhörplätzen und die Holzbocker wurden entfernt. Auch die Holzdecke und der Teppichboden wurden erneuert.

Im hinteren Bereich der Kindercke befindet sich nun ein Podest mit etlichen Sitzsäcken in bunten Farben, die zum Lesen im Sitzen oder Liegen einladen. Ebenso ist in diesem Bereich die Unterbringung einer ganzen Grundschulklasse bei einer Bibliothekseinführung möglich. Neue Bilderbuchtröge auf Rollen runden die Einrichtung ab. Zwei neue Tische und eine Sitzbank am Fenster bieten Gelegenheit, Brett- und Gesellschaftsspiele auszuprobieren.

Zwei neue Regale wurden an den Außenseiten errichtet, die eine Abgrenzung des neuen Kinderbereichs zum Rest des Erdgeschosses bilden. Diese Regale nehmen insgesamt 2.500 Medien auf: Spiele, Vorlese- und Mit-

lesebücher, Kinderzeitschriften, Lesebilderbücher, Erzählungen für das Erste Lesealter und Sachbilderbücher. Erneuert wurden auch die Beleuchtung und die Decke. Dabei wurde eine vollkommen neue Deckenkonstruktion mit schalldämpfenden Lochelementen eingebaut. In nur vier Wochen ist durch die Arbeiten, die im wesentlichen von Alzenauer Firmen ausgeführt wurden, damit ein neues Highlight in der Bibliothek entstanden.

Die Gesamtkosten inklusive der Baunebenkosten betragen rd. 57.000 Euro. Wie sehr die Umgestaltung bei den Bürgern angekommen ist, zeigen ausnahmslos begeisterte erste Kommentare der Bibliotheksbenutzer. **□**



Bibliothekleiter Manfred Fuchs, Bürgermeister Walter Scharwies und Christel Huber vom Bibliotheksteam mit jungen „Leseratten“ bei der Einweihung der gemächlichen Kindercke. **□**

Geopark Ries kulinarisch:

Regionale Küche im Trend

Verleihung von Ehrenurkunden an Partnerbetriebe

Seit über zwei Jahren besteht das Gemeinschaftsprojekt Geopark Ries kulinarisch und das mit steigendem Erfolg. Mit einem ambitionierten Ehrenkodex geben acht Gastronomiebetriebe und fünf Lebensmittelproduzenten ein Qualitätsversprechen, das bei immer mehr Kunden großen Zuspruch findet.

Gerade für Touristen und Gäste aus den Ballungsräumen in Süddeutschland wird der Geopark Ries so zu einer Region des guten Geschmacks. Dieses Engagement wurde nun am 30. November 2010 gewürdigt. Landrat und Vorsitzender des Geoparks Ries, Stefan Rößle, übergab für den Einsatz um die Region und als Symbol der Wertschätzung Ehrenurkunden mit aufgedrucktem Ehrenkodex an die Partnerbetriebe.

Gute Qualität

Der seit einigen Jahren anhaltende Trend in der deutschen Gastronomie geht klar in die Richtung „am liebsten Regional“. Hauptgründe für diese Entwick-

lung sind die gute Qualität der regionalen Waren, das Ziel die regionale Wirtschaft zu unterstützen und die kurzen Transportwege.

Identität

Das Gemeinschaftsprojekt Geopark Ries kulinarisch liegt also mit seinem Entschluss, der schleichenden Verarmung des regionalen Angebots durch Gleichmacherei und Austauschbarkeit entgegen zu wirken, genau richtig. Die heimische Rieser Küche, die regionale Identität findet sich vor allem in den Kochtöpfen und auf den Speisekarten der Restaurants wieder. Der Gast soll schmecken können, wo er isst und trinkt. Die regionale Küche wird durch die Verwendung



Die Partnerbetriebe des Geopark Ries kulinarisch, zusammen mit Landrat Stefan Rößle (1. Reihe Mitte.), der zugleich Vorsitzender des Geoparks ist.

herdnah gewachsener Produkte wieder erkennbar.

Qualität ist garantiert: Der Codex Geopark Ries kulinarisch gibt den Kunden ein eindeutiges Qualitätsversprechen: ein klares Bekenntnis zur naturbelassenen Küche, zur vorwiegenden Verwendung einheimischer Produkte unter strenger Selbstkontrolle und ein klares Nein zur Verwendung von Fertig- und Convenience-Produkten, Aromastoffen, Geschmacksverstärkern und gen-

technisch veränderten Lebensmitteln. Durch die erweiterte Partnerschaft mit Produzenten kann der hohe Qualitätsanspruch im Geopark Ries kulinarisch noch besser umgesetzt werden. Damit bleibt auch die Wertschöpfung von der Gewinnung der Lebensmittel an in der Region. Die Partnerbetriebe hoffen zukünftig, weitere Betriebe akquirieren zu können, um die regionale Küche des Rieses weiter zu stärken und wieder auf den Speisekarten zu etablieren.

Mittelschulen - jetzt ganz offiziell

Schulen im Landkreis München erhalten ihre Ernennungsurkunden

Jetzt ist es offiziell: Jüngst haben die Schulleiter der neu ernannten Mittelschulen im Landratsamt die Ernennungsurkunden überreicht bekommen. Gestartet sind sie mit dem neuen Schulmodell freilich schon zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 im September.

Die Mittelschule stellt eine Weiterentwicklung der Hauptschule dar. Das neue Konzept eines umfassenden Bildungsangebotes ruht auf den drei Säulen Allgemeinbildung, Berufsorientierung und Persönlichkeitsentwicklung. Eine individuelle und differenzierte Förderung aller Schülerinnen und Schüler steht dabei im Mittelpunkt. Außerdem bietet sie leistungsfähigen Jugendlichen die Möglichkeit, den mittleren Schulabschluss zu erreichen.

Lokale Netzwerke

Ein wesentliches Merkmal der Mittelschulen ist die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, insbesondere mit dem Handwerk und anderen Wirtschaftsunternehmen vor Ort. Dies ermöglicht den Schülern durch eigene Erprobung, Fähigkeiten und Neigungen realistisch abzuschätzen. Kontakte zur regionalen Wirtschaft schon während der Schulzeit erhöhen überdies die Chance auf einen konkreten Ausbildungsplatz.

Vorarbeiten

Die Überleitung von der Hauptschule zur Mittelschule ist ein großer Schritt, dem weitreichende Vorarbeiten vorausgingen. Im Landkreis München haben diesen Schritt gleich mehrere Schulen getan. So konnten Landrätin Johanna Rumschöttel und Schulamtsleiterin Evelyn Sehling zusammen mit Hans Bergmüller, dem Leitenden Regierungsschuldirektor, die Ernennungsurkunden der Regierung von Oberbayern an die Schulleiter der Mittelschule Haar sowie des Mittelschulverbands Unterschleißheim, Oberschleißheim, Haimhausen überreichen. Einem weiteren Mittelschulverband gehört darüber hinaus die Hauptschule Lochham an. Sie hat sich dem Landkreis übergreifenden Mittelschulverband Lochham, Starnberg, Gauting angeschlossen.

Stolze Bürgermeister

Zur Feierstunde im Landrats-

schleißheim) sowie Elisabeth Ziegler (Oberschleißheim) die feierliche Zeremonie.

Hans Bergmüller richtete in seine Ansprache auch mahnende Worte an die anwesenden Schulvertreter: „Mit der Verleihung der Urkunden ist auch eine Selbstverpflichtung der neuen bayerischen Mittelschule verbunden. Von einigen vielleicht noch etwas skeptisch betrachtet,

müssen die Schulen selbst die vor allem inhaltliche, qualitative Weiterentwicklung mit der gebotenen Nachhaltigkeit und der erforderlichen Arbeitsruhe, die uns hoffentlich nun auch von Seiten der Politik gewährt wird, vorantreiben. Unsere Mittelschüler müssen auf dem Ausbildungsstellenmarkt überzeugen. Dann überzeugt auch die Mittelschule!“ Schwung verlieh seinen Worten die Lehrer- und Schülerband der Mittelschule Unterschleißheim, die die Feierstunde musikalisch begleitete.



Die frisch ausgezeichneten Mittelschulleitenden, begleitet von ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Landrätin Johanna Rumschöttel und Schulamtsdirektorin Evelyn Sehling. Von links: Rolf Zeitler (1. Bgm. Unterschleißheim), Andrea Lehner (Schulamtsdirektorin), Gina Hanke (Verbandskordinatorin), Johanna Rumschöttel, Elisabeth Baier-Heigl (Schulleiterin Mittelschule Haimhausen), Hans Bergmüller (Ltd.RSchD Regierung von Oberbayern), Agnes Brunner (Schulleiterin Mittelschule Unterschleißheim), Elisabeth Ziegler (1. Bgmin Unterschleißheim), Christa Beyer (Konrektorin Mittelschule Haar), Helmut Dworzak (1. Bgm. Haar), Elisabeth Hirschnagel-Pöllmann (Schulrätin), Peter Felbermeier (Bgm. Haimhausen), Isolde Stefanski (Schulamtsdirektorin, Dachau), Evelyn Sehling.

Praxis-Seminar am Münchner Klenze-Gymnasium:

Auszeichnung zur „Umweltschule in Europa“

Ein halbes Jahr, von Dezember 2009 bis Mai 2010, arbeiteten 13 Schülerinnen und Schüler des Münchner Klenze-Gymnasiums mit dem Netzwerk Unser Land in einem Praxis-Seminar zusammen. Für die Schule und auch für Unser Land war es ein Pilotprojekt aufgrund der Oberstufenreform, die im Schuljahr 2009/2010 erstmalig umgesetzt wurde. Im Rahmen des Praxis-Seminars setzten sich die Schüler mit Themen wie regionale Kreisläufe, ökologische Landwirtschaft und Agrotechnik intensiv auseinander.

Höhepunkt des Seminars war die Gestaltung eines Informationsstandes am „Abend der Begegnung“ auf dem Ökumenischen Kirchentag. Mit den Ausarbeitungen zur Agrotechnik und dem Umsetzungsbericht zur Teilnahme am Ökumenischen Kirchentag bewarben sich die Schüler um die Auszeichnung zur „Umweltschule Europa – Agenda 21 Schule“. Voller Freude und auch Stolz erhielten die Schülerinnen und Schüler im

Oktober eine Urkunde und eine Fahne, welche als Symbol für die Auszeichnung übergeben wurden.

Förderung von nachhaltiger Entwicklung

Das Projekt der Europäischen Umweltbildungsstiftung, in Deutschland vergeben durch Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung, zielt auf die Entwicklung umweltverträglicher

Schulen und die Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen dessen, werden auch Schulen ausgezeichnet, welche ein selbstentwickeltes Konzept zur Verbesserung ihrer Umweltverträglichkeit erfolgreich umsetzen konnten. Dies hatten die 13 Gymnasialisten in vorbildlicher Weise getan.

Bei einem Abschlusstreffen mit Vertretern des Netzwerkes Unser Land feierten die Jugendlichen diesen Erfolg und blickten noch einmal zurück auf die interessante Projektarbeit mit Unser Land.

Im Rahmen der Zusammenarbeit konnten die jungen Leute Erfahrungen zu Arbeitsbereichen aus dem Leben nach der Schule sammeln. Logistik, Mediendesign, Öffentlichkeitsar-

Miltenberg:

Über 40 Kinder lernen das Landratsamt kennen

Mit Freude haben die Beschäftigten des Landratsamts die Ankündigung ihres Arbeitgebers vernommen, auch in diesem Jahr wieder am schulfreien Buß- und Betttag einen Kindermitbringtag zu veranstalten. So mussten die Eltern keinen Urlaub nehmen und wussten ihre Kinder bestens versorgt. Auf diese Weise verbrachten insgesamt 44 Kinder den Vormittag mit Aktionen und Spielen im Landratsamt Miltenberg.

Zur großen Freude der Organisatorin und Gleichstellungsbeauftragten Susanne Seidel waren noch mehr Kinder als im Vorjahr gekommen. Statt 37 (2009) waren es nun 44 Kinder, die pünktlich um 8 Uhr am Arbeitsplatz der Eltern erschienen und sich zunächst zeigen ließen, was Mami oder Papi tagsüber tun. Nach der offiziellen Begrüßung und der Einteilung in verschiedene Gruppen zeigte Dietmar Fieger den jungen Gästen auf kindgerechte Weise, was ein Landratsamt ist und welche Tätigkeiten hier verrichtet werden.

Nach einem gesunden Frühstück zogen die Kinder mit ihren Betreuern durch das Behördengebäude, um eine Hausralley zu absolvieren. Alle Auszubildenden des Hauses, die Beamtenanwärter, zwei Praktikanten und drei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen der kommunalen Jugendarbeit halfen bei der Organisation des Kindermitbringtags. Insgesamt sechs Stationen hatte man für die insgesamt vier Kindergruppen aufgebaut und dafür gesorgt, dass es nicht langweilig wurde: Mal stand Bewegung auf dem Programm, aber auch die Kreativität, die Wissensvermittlung und der Spieldrang der Kinder wurden gefördert.

Naturschutz

Im kleinen Sitzungssaal stand der Naturschutz im Mittelpunkt. Ullrich Müller und Siegmund Hartlaub, unterstützt von Natalie Reich, zeigten, wie umfangreich das Aufgabengebiet der Naturschutzabteilung ist. Mit großen Augen staunten die Kinder, wie kleine Tiere unter dem Mikroskop aussehen. Das Stellungsvermögen war gefragt, als Früchte ertastet werden mussten. Einen Stock höher in der Baurechtsabteilung durften die Kinder unter Anleitung von Tatjana Ruf, Silvia Pirrone und Pascal Roos zunächst aus Luftballons lustige Tiere basteln, ehe Christian Hager an einem kleinen Modell erklärte, wie Photovoltaik funktioniert.

Im Büro des Landrats wartete eine Überraschung auf die jungen Gäste: Zeitungssente Paula Print war gekommen, um sich anzuschauen, was die Kinder beim Mitbringtag erleben. Unter

Leitung von Renate Stein und unterstützt durch Julia Kraft und Janine Dörfer, durften die Kinder Collagen basteln und auf diese Weise ihre Berufswünsche kundtun. Im Foyer des Landratsamts wurden die jungen Gäste in die Antarktis versetzt. Unter Anleitung von Julia Schöning und Luisa Britzius mussten sie beim Eisschollenspiel versuchen, von Eisscholle zu Eisscholle zu springen, ohne dass die Pinguin-Gruppe auseinanderbrach.

Bewegungsübungen

In den Räumen des Gesundheitsamts lernten die Kinder unter Anleitung von Corinna Kreckel, wie man sich entspannen kann und mit Bewegungsübungen den Kreislauf in Schwung bringt. Sie erklärte auch auf spielerische Weise, wie Nahrung ihren Weg durch den Körper nimmt. Rund um das Thema Essen ging es in einem Seminarraum, wo die Kinder mit allen Sinnen exotisches Obst und Gemüse bestimmen mussten.

Bernd Hofmann, Doris Thomas, Alfred Endres, Elmar Fuchs und Martin Rachowetz, unterstützt von Johannes Weiss und Yasmin Alay, hatten sich einiges einfallen lassen. An einer Station ging es darum, Obstsorten zu bestimmen, was gar nicht so einfach war: Denn nicht viele Kinder wussten, was beispielsweise eine Kumquatfrucht ist oder wie eine Süßkartoffel aussieht. An anderen Stationen waren Früchte und Gemüse blind zu ertasten, aber die Kinder mussten auch erraten, welche Früchte in verschiedenen Getränken enthalten waren. Am Ende des Kindermitbringtags verabschiedete stellvertretende Landrätin Claudia Kappes die Kinder.

Organisatorin Susanne Seidel zog anschließend ein positives Fazit. Von allen Mitarbeitern und Beteiligten seien nur positive Rückmeldungen gekommen und auch die Kinder hätten keine Langeweile gehabt, so Seidel.

„Schön, dass das Landratsamt den Kindermitbringtag anbietet, und zwar mit Überzeugung und nicht nur halbherzig“, zitierte sie eine Mutter. Da auch in diesem Jahr die Resonanz so groß war, ist es für Seidel keine Frage, die Veranstaltung auch im nächsten Jahr zu wiederholen.



Das Klenze-Gymnasium darf sich nun 'Umweltschule Europa' nennen (Hinten Mitte: Richard Mickasch, Dachverein UNSER LAND e.V., vorne Mitte Irmgard Hoffeld-Gorol, Lehrerin).

beit, Marketing, Ökonomie und Ökologie und einiges mehr wurden ganz praktisch erfahren, erlebt und umgesetzt. Das Netzwerk Unser Land freut sich über den großen und erfolgreichen Einsatz der 13 Mädchen und Jungen. „Das P-Seminar haben wir als Pilotprojekt gesehen“, so Marianne Wagner von Unser

Land, die das Projekt betreute. „Wir haben nicht damit gerechnet, dass das Resultat so gut sein könnte und letztlich auch noch mit der Auszeichnung als 'Umweltschule Europa' geehrt wird. Ein großes Kompliment an die Schülerinnen und Schüler!“

Weitere Informationen unter: www.unserland.info

Regensburg:

Zukunftsstandort Donaustadt

Fast soviel Arbeitsplätze wie Einwohner

Erneut hat Regensburg bei einer Bewertung der besten Wirtschaftsstandorte in Deutschland einen exzellenten Platz belegt. Laut einer aktuellen Prognosestudie ist die Donaustadt einer der besten Zukunftsstandorte. Bereits heute kommt nahezu auf jeden Bürger ein Arbeitsplatz.

Nicht nur wegen seiner Fülle an architektonischer Schönheit genießt das mit dem UNESCO-Welterbe ausgezeichnete Regensburg den Ruf einer Stadt, die zum Dableiben verlockt: Ein beachtlicher wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Aufschwung beschert Ostbayerns Metropole immer wieder Spitzenplätze in nationalen und internationalen Rankings bei der Bewertung als Wirtschaftsstandort.

Jetzt hat das Prognos-Institut in einer Untersuchung der Zukunftsfähigkeit von 412 deutschen kreisfreien Städten und Landkreisen Regensburg auf Platz elf gesetzt und damit erneut in die Liga der Besten eingereiht. Bereits im Dezember 2009 hatte die Unternehmensberatung Contor dem Wirtschaftsstandort am nördlichsten Punkt der Donau bescheinigt, zur europäischen Spitzenklasse zu gehören. Bei der Beurteilung der Entwicklungsperspektiven von 1000 Städten und Regionen in ganz Europa kam Regensburg dabei auf Platz acht.

Gute Plätze im Ranking

Neben Regensburg können auch zahlreiche Regionen in Ostbayern einer viel versprechenden Zukunft entgegen sehen. Laut der aktuellen Prognosestudie nehmen die Landkreise Regensburg, Kelheim und Neumarkt sowie die Städte Straubing und Passau gute Plätze im oberen Viertel des Rankings ein. Weitere Landkreise – wie etwa der besonders dynamische Kreis Cham, dazu Deggendorf und Straubing Bogen – wie auch die Stadt Weiden bewegen sich immerhin im Mittelfeld der 412 untersuchten deutschen Regionen.

Der nun erreichte elfte Platz in der Prognos-Zukunftsstudie „ist ein Top-Ergebnis für Regensburg“, freut sich Oberbürgermeister Hans Schaidinger. „Es beweist, dass wir uns in der absoluten Spitzengruppe der Wirtschaftsstandorte mit Zukunft behauptet haben.“ Der Umstand, dass Regensburg um sechs Plätze zurückgefallen sei, zeige, „dass solche Ergebnisse nicht selbstverständlich sind, sondern, dass sie hart erarbeitet werden müssen“.

Aufwärtsentwicklung

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat die Stadt eine beispielhafte Aufwärtsentwicklung genommen. Die Ansiedlung eines großen Produktionswerks von BMW und der Bau der Universität mit angeschlossenem Klinikum in den 1980er Jahren gelten als Initialzündung für den heutigen viel beachteten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Regensburg. Inzwischen sind neben BMW zahlreiche weltweit agierende Unternehmen in Regensburg daheim, etwa eine große Niederlassung des Technologiekonzerns Siemens, die LED-Spezialisten für Osram Opto Semiconductors, der Chip-Hersteller Infineon, der Automobil-Zulieferer Continental sowie die Energietechnik-Spezialisten von Aeva und der Maschinenfabrik Reinhausen. Hinzu kommen zahlreiche mittelständische Unternehmen und Firmen-Neugründungen – viele dieser Start-Ups sind im Bereich

der Informations- und Biotechnologie aktiv, wie etwa das auf Druckerei-Software spezialisierte Unternehmen One Vision, Genear – ein Hersteller künstlicher Gene – und Antisense, dessen Anti-Krebs-Wirkstoff kurz vor der Markteinführung steht.

Breit aufgestellt

Durch die sehr breit aufgestellte Wirtschaft hat die vergangene Finanz- und Wirtschaftskrise die Stadt Regensburg erheblich weniger in Mitleidenschaft gezogen als vergleichbare Standorte. In Regensburg wird weiter investiert. Ein US-Technologiekonzern hat erst jüngst eine Entwicklungs- und Produktionsstätte für neuartige, leichte Flugzeugturbinen-Schaufeln in Betrieb genommen. Der erweiterte Bio-Park und der „IT-Inkubator Ostbayern“ sorgen für ein stetiges Anwachsen junger Firmen. Regensburg hat heute annähernd

Alzenau:

Historischer Augenblick

Kürzlich erlebte die Stadt Alzenau einen historischen Augenblick: Gleich zwei Regierungspräsidenten besuchten die Stadt - Dr. Paul Beinhofer, Regierungspräsident von Unterfranken, und sein hessischer Amtskollege Johannes Baron aus Darmstadt. Anlass war das Abschlusskonzert der diesjährigen Fränkischen Musiktage in der Wallfahrtskirche Kälberau.

Für dieses mit Unterstützung des Lions Clubs Aschaffenburg-Alzenau vor acht Jahren erstmals durchgeführte „Symphoniekonzert Rising Stars“ bildete sich seinerzeit in Kooperation mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt das Orchester „Junge Philharmonie Frankfurt RheinMain“, dessen Aktivitäten mangels einer dauerhaften Trägerschaft aber auch in den Folgejahren weitgehend auf ein Projekt, nämlich bei den Fränkischen Musiktagen, beschränkt blieben.

Arbeitsgrundlage

Dies hat sich nun geändert: Der 2008 neu gegründete Verein „Bell' Arte Frankfurt RheinMain“, der regionale Kulturprojekte initiiert, hat die Trägerschaft des Orchesters übernommen und wird eine regelmäßige Arbeitsgrundlage organisieren.

Anfang 2011 wird sich dann auch das neue Kuratorium des Vereins konstituieren, in dem beide Regierungspräsidenten maßgeblich mitarbeiten wollen,

Fürstenfeldbruck:

Katastrophenschutzübung

Vor kurzem fand im Landratsamt Fürstenfeldbruck eine Katastrophenschutzübung statt. Anhand eines Hochwasserszenarios wurden insbesondere die Arbeitsabläufe innerhalb der Führungsgruppe Katastrophenschutz, die Zusammenarbeit mit der Örtlichen Einsatzleitung und der Umgang mit der Software EPSweb geübt.

Positives Fazit

Neben den in der Führungsgruppe Katastrophenschutz vertretenen Mitarbeitern des Landratsamtes wirkten auch Vertreter des Bayerischen Roten Kreuzes,



Regensburg: Auf den ersten Blick die am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt Deutschlands, auf den zweiten Blick die Stadt mit der zweithöchsten Arbeitsplatzdichte hinter Frankfurt am Main. Bild: obx

soviel Arbeitsplätze wie Bürger: Auf knapp 150.000 Einwohner kommen etwa 130.000 Jobs. Damit liegt Regensburg auf Platz zwei hinter Frankfurt am Main.

Technologiepark

Die Stadt will weiter alle Hebel in Bewegung setzen, „um in der Spitzengruppe der Zukunftsstandorte Deutschlands zu bleiben“, betont der städtische Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Daminger. So sollen die Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und die Ingenieursstudiengänge an der Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften weiter ausgebaut werden. Auf einem aufgelösten Kasernengelände ist ein Technologiepark geplant. In einer Beziehung aber können die Regensburger schon jetzt viele andere Standorte in Deutschland, ja sogar in Europa ausstechen – mit ihrer Lebensqualität. Das bis heute mittelalterlich geprägte Regensburg gilt als eine der schönsten Städte Europas. „Attraktive Lebensbedingungen werden in den nächsten Jahren zum wichtigen Standortvorteil“, sagt Oberbürgermeister Hans Schaidinger. „In diesem Punkt sind wir hervorragend aufgestellt. Regensburg wird auch künftig eine wachsende Stadt mit hervorragenden Zukunftschancen sein.“ Bis zum Jahr 2025 wird der Stadt Regensburg und ihrem Umland ein Zuwachs von 25 000 Einwohnern vorhergesagt. obx

renkollegen Zukunftspläne zu schmieden.

Bürgermeister Walter Scharwies ging in seiner Begrüßung auf die besondere Beziehung ein, die Alzenau in seiner Geschichte sowohl zu Hessen-Darmstadt als auch zu Bayern hatte, unter deren Herrschaft es abwechselnd stand. Beide Regierungspräsidenten griffen die Ausführungen des Rathauschefs zur Historie in ihren Dankesworten kenntnisreich auf. Auf Wunsch des Bürgermeisters trugen sie sich anschließend in das Gästebuch der Stadt Alzenau ein. □



Dr. Paul Beinhofer (Mitte), Regierungspräsident von Unterfranken, und sein hessischer Amtskollege Johannes Baron aus Darmstadt (r.) mit Alzenaus Bürgermeister Walter Scharwies (l.). □



der Bundeswehr, der Integrierten Leitstelle, der Kreisbrandinspektion, des Kriseninterventionsteams Gröbenzell, des Malteser Hilfsdienstes, der Polizei, des Technischen Hilfswerkes und der Unterstützungsgruppe Örtliche Einsatzleitung an der Übung mit.

Nach der Übung konnte ein positives Fazit gezogen werden. Optimierungsmöglichkeiten im Arbeitsablauf wurden im Rahmen der Übungsnachbesprechung erörtert und können so für künftige Ereignisse berücksichtigt werden. □

Sommerncamp der IHK steht Pate

Landeshauptstadt München übernimmt Konzept zur Schülerförderung

Die IHK für München und Oberbayern begrüßte den Plan der Landeshauptstadt, Projektwochen zur Berufsorientierung an Münchner Hauptschulen einzuführen. Mit einwöchigen Lern- und Erlebniscamps in Schullandheimen sollen Motivation und Leistungsbereitschaft von Hauptschülern der 8. Klassen gestärkt werden. Damit übernimmt die Landeshauptstadt die Idee der erfolgreichen IHK-Sommerncamps für ihre bisherigen Schullandheimaufenthalte.

Prof. Kurt Czerwenka von der Leuphana Universität Lüneburg, unter dessen Leitung auch die Sommerncamps für die IHK standen, hat das neue Konzept für München entwickelt. „Wir sind sehr zufrieden, dass das IHK-Sommerncamp seit dem Start vor zwei Jahren in Bayern so gut angekommen ist und nun noch mehr Angebote für Hauptschüler nach diesem Muster entstehen“, sagte Hubert Schöffmann, stellvertretender Geschäftsführer Berufsbildung der IHK.

Pilotprojekt

Die Zusammenarbeit mit dem Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt und dem Staatlichen Schulamt habe bereits bei der Vorbereitung der IHK-Sommerncamps hervorragend funktioniert, so Schöffmann weiter. Das Staatliche Schulamt und das Referat für Bildung und Sport vermittelten für die IHK die Kontakte zu den Münchner Hauptschulen, aus denen mittlerweile 80 Schüler am IHK-Sommerncamp teilgenommen haben. Gleichzeitig stieg bei der Landeshauptstadt das Interesse an einem kompakteren Konzept des Sommerncamps, dessen Entwicklung die IHK finanziell unterstützte. „Wir haben unser IHK-Sommerncamp immer als Pilotprojekt verstanden, das die bildungspolitische Debatte antreiben soll. Mit der Übernahme des Konzeptes durch die Landeshauptstadt haben wir einen großen Erfolg erzielt“, betonte Schöffmann.

Intensive Förderung schulischer Defizite

Mit dem IHK-Sommerncamp – einem dreieinhalbwöchigen Sommerkurs mit Unterricht und Freizeitgestaltung in einer Jugendbildungsstätte in der Oberpfalz – haben die IHK und die Münchner Agentur für Arbeit als Projektpartner in den vergangenen zwei Jahren bewiesen, dass schulische und persönliche Defizite durch intensive Förderung gemindert werden können. Die Jugendlichen haben im Camp große Fortschritte in Mathematik und Lesen gemacht und ihr Auftreten verbessert. Bislang haben alle Teilnehmer trotz schlechter Ausgangsprognose den Hauptschulabschluss erreicht.

Umfragen der IHK ergeben regelmäßig, dass viele Unternehmen wegen der mangelnden

Ausbildungsreife der Bewerber zögern, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Zuletzt, im Frühjahr 2010, sagten dies 73 Prozent aller befragten Betriebe. Die Unternehmen beklagen vor allem Defizite im mündlichen und schriftlichen Ausdrucksvermögen der Bewerber sowie mangelnde Motivation und Leistungsbereitschaft. Das Nachwuchsproblem der Wirtschaft wird sich durch die demografische Entwicklung in der Zukunft zusätzlich verschärfen: Bis zum Jahr 2030 wird die Anzahl der Schulabgänger um knapp 20 Prozent zurückgehen. Jedes Jahr verlassen aber gleichzeitig rund 9.000 Jugendliche in Bayern die Schule ohne Abschluss und Ausichten auf eine Lehrstelle. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Dem Zufall eine Chance

Versammlung in Oberschleißheim - Bürgerbeteiligung mit breiter Basis im Bürgergutachten vorgestellt

Bei der jüngsten Verbandsversammlung des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München in Oberschleißheim stand unter anderem das Thema Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt der Diskussion. Nach der Begrüßung durch die Verbandsvorsitzende, Erste Bürgermeisterin Elisabeth Ziegler, machte zunächst Verbandsdirektor Christian Breu einige Anmerkungen zum Thema demographische Entwicklung und seine Folgen.

Die Attraktivität des Wirtschaftsraums München mit Lebensqualität und enormer Wirtschaftskraft könne nur erhalten werden, wenn Zuzug stattfindet, hob Breu hervor. Dies sei die „Quintessenz aus den Daten der demographischen Entwicklung“. Ein möglicher Zuzug setze aber den Neubau von Wohnungen und die Ausweisung von Gewerbeflächen voraus. Bereits jetzt herrsche in Teilen des Wirtschaftsraums München Wohnungsmangel mit der Folge steigender Preise.

Folgen des Strukturwandels

Wie der Verbandsdirektor feststellte, müssten aufgrund des Strukturwandels der Haushalte bei gleich bleibender Bevölkerung ca. 6000 Wohnungen bzw. Häuser im Verbandsgebiet jährlich neu gebaut werden. Beziehe man einen leichten Bevölkerungsanstieg um insgesamt 10 % in 20 Jahren mit ein, seien es 10.000 bis 12.000 Wohnungen pro Jahr, die im Verbandsgebiet errichtet werden müssten.

Kommunen können Einfluss nehmen

Breu zufolge „ist dies natürlich ein Thema, das im wesentlichen der Markt regelt“. Aber die Kommunen könnten auf die Rahmenbedingungen Einfluss nehmen: „Weisen Sie Flächen für Bauland aus. Versuchen Sie eine Nachverdichtung so zu steuern, dass Lebensqualität mit Flächeneffizienz in Übereinstim-

mung bleibt!“ lautete sein Appell an die Verbandsmitglieder.

Überlegungen und Diskussionen über eine langfristige Siedlungsentwicklung im Verbandsgebiet müssten gleichgewichtig Gewerbe- und Sonderbauflächen mit berücksichtigen, machte Breu deutlich. Eine gesunde kommunale Entwicklung im Wirtschaftsraum München setze eine überall gleichgewichtige Entwicklung von Einwohnern und Arbeitsplätzen voraus. „Dies ist auch deshalb ein Muss, damit die vorhandene teure Verkehrsinfrastruktur in allen Richtungen gleichmäßig ausgelastet werden kann.“

Blick über den Tellerrand

Breu abschließend: „Der Planungsverband kann in diesen Diskussionsprozess seine Expertise einbringen – unsere Mitarbeiter kennen die Kommunen mit all ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden recht gut. Unsere Planer arbeiten aber auch schon immer mit dem Blick über den Tellerrand hinaus.“ Der Planungsverband stehe für Zusammenarbeit unter Gleichen. Nur so könne eine fruchtbare Diskussion über dieses Thema geführt werden. „Alle Versuche, z. B. von staatlicher Seite die Siedlungsentwicklung in den Kommunen zu diktieren, werden scheitern“, prognostizierte der Verbandsdirektor.

Kooperation und Kommunikation

Kristina Esser, Expertin für

Moderation und Mediation, referierte im Anschluss über Bürgerbeteiligung in der kommunalen Planung. Sie wies darauf hin, dass es nicht um neue, öffentlich geförderte Projekte gehe, sondern um Kooperation und Kommunikation, um neue Entwicklungsansätze für Wirtschaft und Kommunen. Ziel sei es, die Region langfristig zu stabilisieren und Lebensqualität zu erhalten.

Gute Verfahren sinnvoll

Bürgerbeteiligung und Moderation sind die Schwerpunkte der Arbeit der gfb Gesellschaft für Bürgergutachten. Sie konzipiert, organisiert, moderiert und evaluiert Methoden und Verfahren des Dialogs, der Beteiligung, der Mitsprache und Aktivierung. Laut Dr. Hilmar Sturm, der zum Thema „Dem Zufall eine Chance: Bürgerbeteiligung mit breiter Basis im Bürgergutachten“ sprach, wird nicht erst durch „Stuttgart 21“ klar, dass Bürgerbeteiligung immer wichtiger wird und dass man gute Verfahren braucht, die die Bürgerschaft in ihrer Breite beteiligen.

„Unser Bayern – Chancen für alle“

Als Beispiele für Bürgergutachten auf Landesebene nannte Sturm die Untersuchung zum Thema „Unser Bayern – Chancen für alle“. Mit diesem Bürgergutachten, entstanden im Auftrag der Bayerischen Staatskanzlei, ließ sich erstmals eine Landesregierung bei der Entwicklung der übergeordneten Ziele ihrer Politik für die nächsten Jahre von Bürgerinnen und Bürgern beraten. Diese wurden im Zufallsverfahren ausgewählt.

Regionale Projekte

Die gfb betreute zudem zwei regionale Projekte der European Citizens Panel Initiative: das Bürgergutachten zur Zukunft der ländlichen Räume im Schweizer Kanton St. Gallen (2006) sowie das Bürgergutachten zur Zukunft der ländlichen Räume im Freistaat Bayern. Dort haben Bürgerinnen und Bürger der Landkreise Wunsiedel im Fichtelgebirge und Landshut sowie der Stadt Landshut am regionalen Bürgergutachten gearbeitet. Die regionalen Arbeitstagen haben im November 2006 stattgefunden. Auftraggeber war das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Abteilung Landesplanung. Das bayerische Bürgergutachten wurde 2007 von den Bürgern an den damaligen Staatsminister Erwin Huber übergeben.

Praktische Erfahrungen

In einer vom stellvertretenden PV-Geschäftsführer Marc Wißmann moderierten Podiumsdiskussion brachten drei Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen ihre praktischen Erfahrungen ein: Anemarie Detsch, Gemeinde Plannegg; Edwin Klostermeier, Gemeinde Putzbrunn, und Michael Grasl, Gemeinde Münsing. Es zeigte sich, dass sehr unterschiedliche Vorgehensweisen zu ebenfalls unterschiedlichen Ergebnissen wie Konflikt, Ausscheiden aus dem Verfahren, aber auch zu einstimmigen Beschlüssen und konkreten Aktionen führen.

Oft haben Einzelne maßgeblichen Einfluss auf die Atmosphäre. Wichtig ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, auch bei der Bürgerbeteiligung, so der Tenor. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Ja, er wird heiß geliebt, der Verrat. Aber der Verräter wird gehasst, verachtet und gejagt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, machte sich so seine eigenen Gedanken über Wikileaks, seine Informanten und diejenigen, die bei amerikanischen Diplomaten zu Gesprächig waren.

Was war das für eine immense Aufregung, als Wikileaks erneut amerikanische Regierungsdokumente ins Netz stellte. Diesmal anders als die Veröffentlichungen zum Irak-Krieg oder zu Afghanistan - weder Dokumente, die das Leben anderer gefährden konnten, noch solche, die aufklärten, wie Menschen ums Leben gekommen sind, sondern einfach nur solche, die das älteste Gesprächsthema der Welt betreffen: Klatsch.

Klar, wir, die wir im großen Spiel der Weltpolitik nur kleine Sandkörner sind, hatten uns vor-



Dossiers der britischen und ausländischen Dienste über das lustige Leben des Leichtfuß von Windsor, Sohn von Königin Viktoria, der einmal als Edward VII den Thron erklommen sollte und der vorher öfter in Bordellen als in seinem Arbeitszimmer anzutreffen war. Oder wie halb Europa sich über die hygienischen Zustände am Hof Ludwig XIV in Versailles mokierte.

Der Unterschied ist allerdings zugegebenermaßen, dass wir den historischen Tratsch erst aus den Veröffentlichungen der Geschichtswissenschaftler und Biographen viele Jahre nach dem Tod der Akteure kennen, die Plaudertischen von heute aber sozusagen in Echtzeit ihre Entschuldigungen herauspressen müssen.

Erschreckend ist eigentlich nicht die Brisanz der Dokumente. Jedenfalls das, was über Horst Seehofer, Angela Merkel oder Kurt Beck zu lesen war, wussten die Kabarettisten vom Nockherberg schon lange und haben es in vielen Jahren in immer neuen Varianten verarbeitet. Nein, was einen wirklich beunruhigt ist, dass heutzutage in der Welt von Bits und Bytes offenbar nicht einmal Staatsgeheimnisse anständig geschützt sind, sondern Netz-Desperados anscheinend jede beliebige Datenbank knacken können. Wo führt das noch hin?

Mein Chef, der Bürgermeister, hat seine eigene Lieblingsquelle für Indiskretionen: Den Stammtisch beim Maierrt, das Wikileaks der Kleinstadt. Beim Aufbruch zum Weihnachtsfestkopfchen zeige ich ihm allerdings zur moralischen Ermahnung noch das heutige Kalenderblatt mit einem Satz aus der Bibel, Sprichwörter Salomos 25,9: „Trag deinen Streit mit dem Nächsten aus, doch verrate nicht das Geheimnis eines anderen.“

Geneigte Leserin, geschätzter Leser, wieder geht ein Jahr zu Ende, in dem ich Sie mit dieser Kolumne begleiten durfte. Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest, ruhigere Tage zwischen den Jahren und ein erfolgreiches, friedliches, gesundes Neues Jahr 2011!

the
Sabrina

Beunruhigende Netz-Desperados

gestellt, dass die führende Supermacht dieses Erdballs von ihren hochdekorierten Diplomaten etwas, sagen wir, spektakulärere Informationen hätte erhalten müssen, als das, was die Jungs und Mädels von Julian Assange aus den US-Datenbanken „gehackt“ haben – irgendwie James-Bond-mäßiger. Jedenfalls ist aus dem, was bisher über das geleakte Material so geschrieben wurde, schwerlich etwas herauszulesen, was die Einschätzung des italienischen Außenministers gerechtfertigt hätte, die Veröffentlichungen seien der 11. September der Weltdiplomatie.

Denn Klatsch und Tratsch, lästerliche Bemerkungen und peinliche Enthüllungen, freche Unterstellungen und gezielte Indiskretionen gehören zum Diplomatenhandwerk, seit es dieses Berufsbild gibt. Was ließ sich Preußens Bismarck nicht alles über den bayerischen König Ludwig II aufschreiben – sein Bauwahn, seine Weltentrücktheit, die Gerüchte über Homosexualität, alles wurde brühwarm aus der bayerischen Gerichtsküche auf den Berliner Tisch serviert. Dann die Regalmeter interner

Stadt und Landkreis Schweinfurt:

Zertifizierung aktiver Gästeführer

Seit dem Zusammenschluss der touristischen Interessen von Stadt und Landkreis Schweinfurt im Tourismus-Zweckverband Schweinfurt 360° ist ein weiterer Schritt der gemeinsamen Vermarktung getan. Die Aufgaben des Tourismus-Zweckverbandes Schweinfurt 360° umfassen u. a. auch die Vermittlung von Gästeführungen an Touristen und Reisegruppen. Um Gästen einen hohen Qualitätsstandard zu gewährleisten, vermittelt die Tourist-Information Schweinfurt 360° ausschließlich an zertifizierte Führer in Stadt und Land.

Aus diesem Grund hat die Tourist-Information bereits aktiven Gästeführern im Landkreis Schweinfurt, die bisher noch kein Zertifikat in diesem Bereich erworben hatten, ein Basismodul „Gästeführungen in Schweinfurt“ angeboten. Neun Personen haben diese Möglichkeit genutzt, im Zeitraum Oktober bis Dezember 2010 das theoretische Grundmodul durchlaufen und nun das entsprechende Zertifikat erhalten.

Intensive Einarbeitung

Inhaltliche Schwerpunkte der Ausbildung waren die rechtliche Grundlage für Gästeführer sowie die intensive Einarbeitung in die Grundlagen der Gruppenführungen und Archivrecherche. In Vorträgen und Workshops wurden Haftungsbestände oder die Handlungsverantwortung in Not-situationen von Gästeführern behandelt. Aber auch die professionelle Eigenpräsentation, Körpersprache sowie Stil und Outfit konnten in Kleingruppen zusammen mit den Teilnehmern entwickelt werden.

Neben einer Theorieeinweisung in die Prozesse der Gruppendynamik sowie den Aufbau und die Dramaturgie einer Führung, sind die neu erlernten In-

formationen im Anschluss in praktischen Rollenspielen und Übungen umgesetzt worden. Dank engagierter Referenten konnten die Seminarteilnehmer wichtige Anregungen und Rüstzeug im Umgang mit Gästegruppen erhalten.

Die Gästeführerausbildung wird im nächsten Jahr mit ei-

Fortsetzung mit speziellem Stadtmodul

Die Gästeführerausbildung wird im nächsten Jahr mit ei-



Haben das Gästeführer-Zertifikat erhalten (von links): Stefan Müller (Donnersdorf), Sandra Raditsch (Euerbach), Claudia Ahles (Sulzheim), Brigitte Wozniak (Gerolzhofen), Johannes Krüger (Euerbach), Juanitte Kühl (Michelau), Alfred Popp (Geldersheim) und Gertrud Hofmann (Niederwerrn). Auf dem Bild fehlt Patricia Kaspar (Sulzheim). **□**

Freiwilligen-Agentur „Tatendrang“:

30-jähriges Bestehen

Vor 30 Jahren legte ein Stadtratsbeschluss den Grundstein für die erste Freiwilligen-Agentur Deutschlands – „Tatendrang München“. Nach Vorbild der englischen volunteer worker bureaux wurden seither über 10.000 Münchner zum Thema Ehrenamt beraten und in eine freiwillige Tätigkeit vermittelt. Das Motto lautet dabei „Spenden Sie Zeit statt Geld“. Tatendrang München feierte diesen Erfolg gemeinsam mit über 200 Ehrenamtlichen, Unternehmen, Einrichtungen sowie Förderern und Unterstützern im Weltsalon auf dem Tollwood-Winterfestival.

„Das Engagement von Tatendrang München ist bewundernswert und hat in den vergangenen 30 Jahren zur nachhaltigen Stärkung des sozialen und solidarischen Zusammenhalts in unserer Stadtgesellschaft beigetragen. Ich danke Tatendrang München und wünsche allen Beteiligten viel Erfolg für die kommenden 30 Jahre“, so Oberbürgermeister Christian Ude zum Jubiläum der Freiwilligen-Agentur.

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung verlieh die Landeshauptstadt München die Auszeichnung „München dankt“ für bürgerschaftlich Engagierte. Die Historikerin Johanna Heß erhielt für ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement die Ehrung – sie arbeitet über 300 Stunden pro Jahr in verschiedenen Projekten. Jährlich berät und vermittelt Tatendrang München über 800 Freiwillige – Tendenz steigend. Rund 75 Prozent der Engagierten sind weiblich; mehr als 50 Prozent sind jünger als 40 Jahre und möchten sich gezielt neben ihrer Berufstätigkeit sinnvoll engagieren. Die zweitstärkste Gruppe stellen diejenigen, die sich auf den Ruhestand vorbereiten. Bei der Motivation dominieren „Menschen helfen, denen es nicht so gut geht wie mir“ als auch „gesellschaftliche Verantwortung übernehmen“. Knapp 65 Prozent aller Freiwilligen sind bereit, ca. fünf Stunden pro Woche zu investieren. Deutschlandweit existieren 400 Freiwilligen-Agenturen.

„Unsere Feierlichkeiten und das zahlreiche Erscheinen unserer Kooperationspartner aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung verdeutlichen einmal mehr das Netzwerk, das in den letzten 30 Jahren in München entstanden ist. Das ist für unser Beratungsteam die beste Anerkennung und Motivation für die Zukunft. Wir wollen auch weiterhin persönlich mit Rat und Tatendrang die Entwicklung der Freiwilligenarbeit unterstützen“, resümiert Monika Nitsche, Leiterin Tatendrang München. **□**

Regierungspräsident Scheufele:

Vorbildcharakter der Elisabethenstiftung Lauingen

Viel Anerkennung für gelungene Angliederung des früheren Kreiskrankenhauses
Landrat Schrell: Hervorragende Zusammenarbeit

Lauingen (jdt). Zu den überregional bedeutsamen Einrichtungen für Behinderte und Pflegebedürftige im Regierungsbezirk Schwaben gehört die Elisabethenstiftung in Lauingen. Ihre Aufnahme-fähigkeit wurde eindrucksvoll gestärkt nach umfangreichen Bau-maßnahmen mit der Angliederung des direkt benachbarten ehe-maligen Kreiskrankenhauses Lauingen. Der Abschluss des Pro-jektes wurde gefeiert mit einem Festgottesdienst mit Stadtpfarrer Lothar Hartmann in der Stadtpfarrkirche St. Martin und einem Festakt. Eine besondere Würdigung erfuhr das 118-jährige se-gensreiche Wirken der Ordensschwester der Elisabethinerinnen im ehemaligen Schloss der Herzogstadt Lauingen.

Die Entwicklung der Elisa-bethenstiftung begann im Jahr 1890 mit der Initiative des Förderers und Mitbegründers Benefiziat Kasimir Stammel und gerichtlichen Aus-einandersetzungen mit dem Kö-niglichen Innenministerium.

Güte erzeugt Liebe

Vor dem Festakt wurde im Park beim Schloss von Stadtpfarrer Hartmann in dankbarer Erinne-rung an den aufopferungsvollen Dienst der Elisabethinerinnen in Lauingen eine ganz besondere Schwestern-Stele gesegnet. Sie wurde geschaffen von Professor Christoph Pommer aus Florenz, einem gebürtigen Donauwörther. Schüler der Berufsschule Lauin-gen schufen die Umrahmungen. Der Kirchenmaler Anton Stempfle gestaltete die Inschrift der Ge-denktafel mit einem Leitspruch des chinesischen Philosophen La-otse: „Güte ... erzeugt Liebe.“

Praxisnahe Nächstenliebe

Bei der Festveranstaltung im Albertus-Magnus-Saal betonte

der Verwaltungsratsvorsitzende der Elisabethenstiftung, Landrat Leo Schrell, den besonderen Rang verantwortungreichen Ein-satzes für Menschen, die der Für-sorge und Pflege bedürften. Die Elisabethinerinnen hätten „in einer ganz außergewöhnlichen Art und Weise das Ideal der hl. Elisabeth gelebt... täglich praxisnah Näch-stenliebe verbunden mit christli-cher Orientierung und humanisti-scher Selbstlosigkeit“.

Dank und hohe Anerkennung stattete Schrell dem Direktor Helmut Zengerle und den Mit-arbeiterinnen und Mitarbeitern der Elisabethenstiftung ab, auch für hervorragende Zusammen-arbeit mit dem Landkreis. Für wirksame Unterstützung war der Landrat weiter voller Lob für die Staatsministerien der Fi-nanzen und für Arbeit und So-zialordnung, der Regierung von Schwaben und dem Bezirk Schwaben.

Ambulante Pflege

Hingewiesen wurde von Landrat Schrell und Direktor Zengerle

auf die Kosten des abschließen-den Bauabschnittes im ehemali-gen Krankenhaus in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Darüber hin-aus seien in unmittelbarer Nach-barschaft die Häuser Herzog-Ge-org-Straße 43 und Oberer Wall 1



Von links: Stadtpfarrer Lothar Hartmann, Bürgermeister Wolfgang Schenk, Bundestagsabgeordneter Ulrich Lange, Landtagsabgeordneter Georg Barfuß, Ärztin Jutta Mühlbach, Landrat Leo Schrell, Landtagsabgeordneter Georg Winter, Regierungspräsident Karl-Michael Scheufele, Professor Christoph Pommer und Direktor und Bezirksrat Helmut Zengerle, davor Sr. Perpetua Heiß (links) und Sr. Ignatia Anderl. Bild: -jdt-

saniert und für Zwecke der ambu-lanten Pflege umgebaut worden. Der Aufwand betrug hier rund 650.000 Euro.

Regierungspräsident Karl-Mi-chael Scheufele bekräftigte den Vorbildcharakter des von der Elisabethenstiftung Lauingen Geleiteteten, sowohl im stati-onären als auch im ambulanten Bereich. Hervorragend gelun-gen seien Umbau und Sanierung. Im Namen der Stadt dankte Bür-germeister Wolfgang Schenk für die so „hervorragende Einrich-tung“.

Beifall gab es auch für die Vor-stellung der Baumaßnahmen durch Direktor Zengerle, aus-drücklich registrierend die erfol-gerische und harmonische Zusam-

menarbeit bei einem spezielle Anforderungen stellenden Pro-jekt. Ein besonderes „Vergelts Gott“ war gerichtet an die Dele-gation der Elisabethinerinnen, mit Sr. Oberin Ignatia Anderl, Sr. Per-petua Heiß und Sr. Marie Goretti Böck.

In der Elisabethenstiftung Lauingen werden von etwa 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-tern rund 300 Personen stationär und etwa 50 Frauen und Männer aus ganz Schwaben sowie dem angrenzenden Baden-Württem-berg betreut.

Positive Berichte gab es vor Jahresschluss bei der letzten Ver-waltungsratsitzung der Elisa-

bethenstiftung, mit der Verab-schiedung des Haushalts. Verwal-tungsratsvorsitzender Landrat Leo Schrell dankte den engagierten Mitarbeitern des Hauses für das unermüdliche Wirken, voran Di-rector Helmut Zengerle.

Auf dem richtigen Weg

Ein Lob gab es für den ausge-glichenen Haushalt. Von Zengerle wurden eine 100-prozentige Auslastung des Hauses und eine große Nachfrage nach Kurzzeit-pflege und ambulanter Betreuung registriert. Dass die Elisabethen-stiftung auf dem richtigen Weg sei, bekräftigte auch Bürgermei-ster Wolfgang Schenk.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Studium Standort- und Regionalmanagement:

Einschreibung läuft bis zum 31. Dezember

Schnell entscheiden und Studienplatz sichern

Vorarlberg / Schloss Hofen. Am 31. Dezember endet die Be-werbungsfrist für den Studiengang Standort- und Regio-nalmanagement. Wer sich ab März 2011 an der FH Vorarl-berg berufsbegleitend weiterqualifizieren will, sollte sich jetzt um einen Studienplatz bewerben. Angehende Stand-ortmanager können sich jederzeit bei der Studienbetriebs-leiterin Sabine Reiner unter +43 (0) 5574 4930-141 infor-mieren und einschreiben.

Im Studium werden die Hochschüler mit dem richtigen Wis-sen für fortschrittliche Standort- und Wirtschaftspolitik ausge-stattet. Der Studiengang verknüpft dabei geschickt theoreti-sches Wissen und praktisches Anwenden – innovativ, wissen-schaftlich fundiert und umsetzungsstark. Lehrinhalte sind In-strumente und Standards für ganzheitliches und umfassendes Standortmanagement – von Betriebswirtschaft über Citymar-keting, Regionalentwicklung bis hin zu Wirtschaftsentwicklung und interkommunaler Zusammenarbeit.

Am Markt optimal punkten

„Erklärtes Ziel ist es, dass unsere Absolventen mit ihrem Standort und ihren Projekten am Markt optimal punkten“ be-tont Lehrgangsleiter Dr. Gerald Mathis. Die FH Vorarlberg bil-det Standortmanager und -managerinnen in Kooperation mit der Hochschule Kempten, der Universität Liechtenstein, der Universität Konstanz und dem Institut für Standort- und Regio-nalmanagement aus.

Die Vorlesungen finden an der FH Vorarlberg in Dornbirn, in Schloss Hofen in Lochau, an der Hochschule Kempten und der Hochschule Liechtenstein in Vaduz statt. Der berufsbegleitende Lehrgang kann in zwei Varianten absolviert werden. Das Studi-um wird nach drei Semestern mit dem Titel „Akademische/r Standort- und Regionalmanager/in“ abgeschlossen.

Dreisemestriges Studium

Der „Master of Science“ kann darauf aufbauend in einem weiteren Semester erarbeitet werden. Voraussetzung für das dreisemestriges Studium ist die allgemeine Universitätsreife und Praxiserfahrung oder eine abgeschlossene Berufsausbildung und betriebliche Erfahrung in Führungsverantwortung. Zum Master-Studiengang werden Fachhochschul- und Universitäts-absolventen mit abgeschlossenem Studium und einer minde-stens zweijährigen Berufspraxis zugelassen.

Die Einschreibung für den Studiengang ist noch bis zum 31. Dezember 2010 möglich. Weitere Informationen finden Inter-essierte unter www.standortmanagement.eu oder www.schlosshofen.at.

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 071 95/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik · Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · richtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 Steinhilber
telefon: 0911/89 39 65
telefax: 0911/89 59 63
deko-jochum@online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **Julideko**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Mobilfunk der vierten Generation

HOCHGESCHWINDIGKEITS-INTERNET AUS DER LUFT

„www“ steht in Burgbernhem nicht länger für „World Wide Waiting“. Denn künftig greifen Bürger, Wirtschaft und Touristen über ein Mobilfunknetz der vierten Generation auf das Internet zu.

Die neue Mobilfunktechnik LTE (Long Term Evolution) kommt insbesondere kleinen Gemeinden zu Gute, die nicht über schnelle Internetanschlüsse im Festnetz verfügen – für viele ist dies jedoch ein wichtiger Standortfaktor. Mit LTE können die Bürger schneller im Internet surfen, E-Mails verschicken und Videos herunterladen.

LTE kann mehr

Mobilfunk der vierten Generation ermöglicht dank einer besonders flexiblen Technik, die sich auf unterschiedlichen Frequenzen einsetzen lässt, höhere Bandbreiten und mehr Reichweite als bisher. Jörg Haderer, Technik-Leiter für Mobilfunk bei der Telekom in Bayern erklärt: „LTE-Antennen decken einen Radius von ungefähr zehn Kilometern ab. So erzielen wir die doppelte Reichweite im Vergleich zu UMTS. Die Ortsteile rund um eine Antenne versorgen wir mit Geschwindigkeiten von mindestens zwei Megabit pro Sekunde.“ Grund für die höhere Reichweite sind die physikalischen Eigenschaften von Funksignalen: Bei niedrigeren Frequenzen werden sie weiter übertragen als bei höheren.



In ländlichen Gebieten überträgt LTE die Daten im Bereich von 790 bis 862 Megahertz. Diese Frequenzen, die früher das analoge Fernsehen genutzt hat, wurden im Zuge der Umstellung auf digitale Technik frei. Die Bundesregierung versteigerte sie Anfang 2010 mit der Auflage, zuerst ländliche Regionen mit der neuen LTE-Technologie zu versorgen.

Mobil gegen „weiße Flecken“

Denn noch immer gibt es auch in Bayern Kommunen, die nicht oder nur unzureichend über schnelle Internetzugänge verfügen. Hier ist es von Vorteil, dass die bestehende Infrastruktur der Mobilfunkstandorte genutzt werden kann. „Fast immer können wir auf vorhandenen Masten die neuen LTE-Antennen anbringen. Außerdem ist es möglich, die älteren Antennen durch moderne zu ersetzen, die sowohl mit den herkömmlichen Mobilfunkstandards als auch LTE senden können“, so Jörg Haderer.

Die Gemeinden Hemau, Nennslingen und Wörth a.d. Donau zählen neben Burgbernhem zu den ersten bayerischen Gemeinden, in denen die Telekom LTE-Sendeanlagen aufgebaut hat. Aktuell sind die Sender zu Testzwecken in Betrieb. Viele weitere Standorte in Bayern sind bereits umgebaut und können zum kommerziellen Netzstart im Frühjahr 2011 eingeschaltet werden.

KONTAKT

Ansprechpartner für Bürgermeister und Gemeindevertreter zum LTE-Ausbau der Telekom sind **Karin Ehrhardt** und **Mario Jaritz**. E-Mail (ab 10.01.2011): LTE.Kommunen-Bayern@Telekom.de



Dr. Hans-Martin Rummenhohl

Leiter
Regionalbüro
Süd

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeister, sehr geehrte Vertreter der bayerischen Gemeinden,

in den vergangenen Monaten hat uns der weitere Breitbandausbau in Bayern unvermindert auf Trab gehalten. Große Fortschritte konnten wir gemeinsam erzielen: Allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 2010 wurden von uns knapp 190 Kooperationsverträge mit bayerischen Kommunen abgeschlossen, viele der rund 220 Kooperationen aus 2009 gehen dieses Jahr in Betrieb. Damit hat sich die Telekom erneut als tatkräftiger, leistungsfähiger und zuverlässiger Infrastruktur-Partner der Kommunen erwiesen.

Daß dem Festnetzausbau in bestimmten Gebieten wirtschaftliche Grenzen gesetzt sind, darf dabei nicht aus dem Blick geraten. Um auch solche Gebiete mit Breitband-Anbindungen zu versorgen, hat die Telekom bei der Frequenzauktion im Frühjahr 2010, als es um die Verteilung der so genannten Digitalen Dividende ging, ein attraktives Frequenzpaket zur Breitbandversorgung via Funk ersteigert. Erste LTE-Standorte in Bayern sind bereits aufgebaut, viele weitere werden noch heuer folgen – immer im Sinne der Lizenzauflage „Erst das Land, dann die Städte“.

So setzt sich der Breitbandausbau 2011 unvermindert fort – diese Sonderbeilage soll Ihnen dabei als Wegbegleiter dienen.

**Herzlichst Ihr
Dr. Hans-Martin Rummenhohl**

„Technologie-Mix gegen weiße Flecken“

In vielen ländlichen Gebieten ist ein schneller Internetzugang noch nicht selbstverständlich. **Bruno Jacobfeuerborn**, Technik-Chef der Telekom Deutschland, erklärt wie die Telekom die flächendeckende Versorgung mit DSL und LTE auf dem Land vorantreibt.

Herr Jacobfeuerborn, weshalb ist die Breitband-technologie von so großer Bedeutung?

Bruno Jacobfeuerborn:

Schnelles Internet ist eine zentrale Infrastruktur, vergleichbar mit dem Straßennetz, und damit ein unverzichtbarer Standortfaktor für Städte und Gemeinden. Firmen im digitalen Nie-

mandsland sind gegenüber der Konkurrenz aus den gut angebundenen Städten im Nachteil. Das wollen wir ändern. Zumal die vielen Anwendungsmöglichkeiten im Internet das Leben und Arbeiten der Bürger und Unternehmen gerade im ländlichen Raum deutlich einfacher machen. Wer beispielsweise online einkauft, spart viel Zeit und Wege.

Wie ist derzeit die Versorgungslage mit Breitband?

Bruno Jacobfeuerborn: Rund 97 Prozent unserer Anschlüsse sind DSL-fähig. Im Technologie-Mix, das heißt mit den verschiedenen Übertragungstechniken wie DSL, UMTS oder jetzt LTE, versorgen wir bis Ende 2010 rund 95 Prozent der Haushalte mit mindestens 1 MBit/s. 50 Städte haben wir mit VDSL ausgestattet. Damit sind Geschwindigkeiten von bis zu 50 MBit/s im Download möglich. Insgesamt hat die Telekom seit Einführung der DSL-Technik bereits rund zehn Milliarden Euro in die moderne Breitbandinfrastruktur investiert und damit gerade im ländlichen Raum viel Verantwortung für die Anbindung von Bürgern und Unternehmen an das Internet übernommen.

In einigen ländlichen Regionen fehlt es an Bandbreite. Wie soll sich das ändern?

Bruno Jacobfeuerborn: Die Telekom treibt wie kein anderer Anbieter den Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum voran. Dabei setzen wir auf den Technologie-Mix aus Festnetz- und Funklösungen. Hier



Bruno Jacobfeuerborn
ist Geschäftsführer Technik der Telekom Deutschland.

spielen Richtfunk und UMTS eine Rolle und ein wichtiger Baustein ist nun auch der neue Mobilfunkstandard LTE. Das Spektrum von 790 bis 862 Megahertz eignet sich aufgrund seiner physikalischen Eigenschaften besonders für den Netzaufbau in ländlichen Regionen. In diesem Bereich benötigen wir relativ wenige Funkstationen, können fast

ausschließlich auf vorhandene Standorte zurückgreifen und erzielen dennoch eine hohe Reichweite. Wir haben uns vorgenommen, bis Ende dieses Jahres 1.000 weiße Flecken zu erschließen, 2011 werden wir noch einmal rund 1.000 Stationen mit LTE ausrüsten. Der Aufbau der Infrastruktur läuft also auf Hochtouren.

Welche Ziele hat sich die Telekom gesetzt, um den Breitbandausbau zu beschleunigen?

Bruno Jacobfeuerborn: Wir unterstützen die Breitbandstrategie der Bundesregierung, bis 2014 Dreiviertel aller Haushalte Übertragungsraten von mindestens 50 MBit/s zur Verfügung zu stellen. Allerdings muss die gesamte Telekommunikationsbranche rund 30 Milliarden Euro investieren, um die Ziele der Regierung zu erreichen. Hier sind Kooperationen gefragt, sowohl zwischen Netzbetreibern und Gemeinden als auch unter den Netzbetreibern, die ihre Infrastruktur den Wettbewerbern zur Nutzung überlassen können. Ist ein Netzausbau aufgrund der hohen Kosten bei geringem Kundenpotenzial wirtschaftlich nicht machbar, haben die Gemeinden die Möglichkeit, beispielsweise vorhandene Kabelkanalanlagen oder Leerrohre zur Verfügung stellen, Tiefbaumaßnahmen zu übernehmen oder die Deckungslücke mit Hilfe von Fördermitteln des Landes zu übernehmen. In den vergangenen beiden Jahren hat die Telekom bereits mehr als 1.500 solcher Kooperationen mit Gemeinden bundesweit vereinbart.

Schluss mit langsam

Die erste LTE-Test-Familie in Deutschland geht ans Netz

Auf der topografischen Karte liegt die schwäbische 300-Seelen-Gemeinde Hausen am Bussen inmitten von grünen Feldern. Auf der DSL-Landkarte ist der Ort dagegen ein weißer Fleck.

Während viele Menschen in den Städten schon beinahe online leben und arbeiten, ist die Familie Port aus Hausen am Bussen mit einem analogen Modem im Internet unterwegs. DSL steht nicht zur Verfügung, eine Glasfaseranbindung an das Netz in Munderkingen oder Ehingen war bisher für keinen Anbieter finanzierbar.

Martin Port hat ein älteres Notebook, auf dem die Familie Briefe schreibt, die Steuererklärung vorbereitet oder Mitgliederlisten für den Schützenverein verwaltet. Die Dokumente senden sie jedoch lieber mit der Post, da das Modem zehn Minuten beschäftigt ist, eine E-Mail mit Anhang zu verschicken. „Mit einer etwas größeren Datei sind wir schon mal mit einem USB-Stick zu unserer Tochter nach Ehingen gefahren. Sie hat im Neubaugebiet eine schnelle Festnetzverbindung“, erzählt Martin Port.

Langsames Internet war gestern

Für die jüngste Tochter Isabel, die sich mit ihren Freunden Nachrichten schreiben möchte, stellt der analoge Internetzugang ein nervenraubendes Geduldsspiel dar. Auch ihre Mutter Neda würde gerne per E-Mail Fotos mit den Verwandten in Kanada austauschen. Doch angesichts der Wartezeiten vor dem Notebook greift sie lieber zum Telefonhörer. Martin Port möchte im Internet Preise vergleichen. Doch bevor die ersten zwei bis drei Angebote geladen sind, ist ihm die Lust schon vergangen.

Seit einer Woche jedoch ist alles anders im digitalen Leben der Familie Port: Auf dem Sideboard steht ein kleiner, schwarzer Kasten. Auf dem Display zeigen grüne Balken an, wie deutlich das Signal von den Mobilfunkantennen im drei Kilometer entfernten Munderkingen empfangen

wird. Dort hat die Telekom einen der ersten Standorte in Deutschland mit LTE-Antennen in Betrieb genommen.

Überall ins Internet

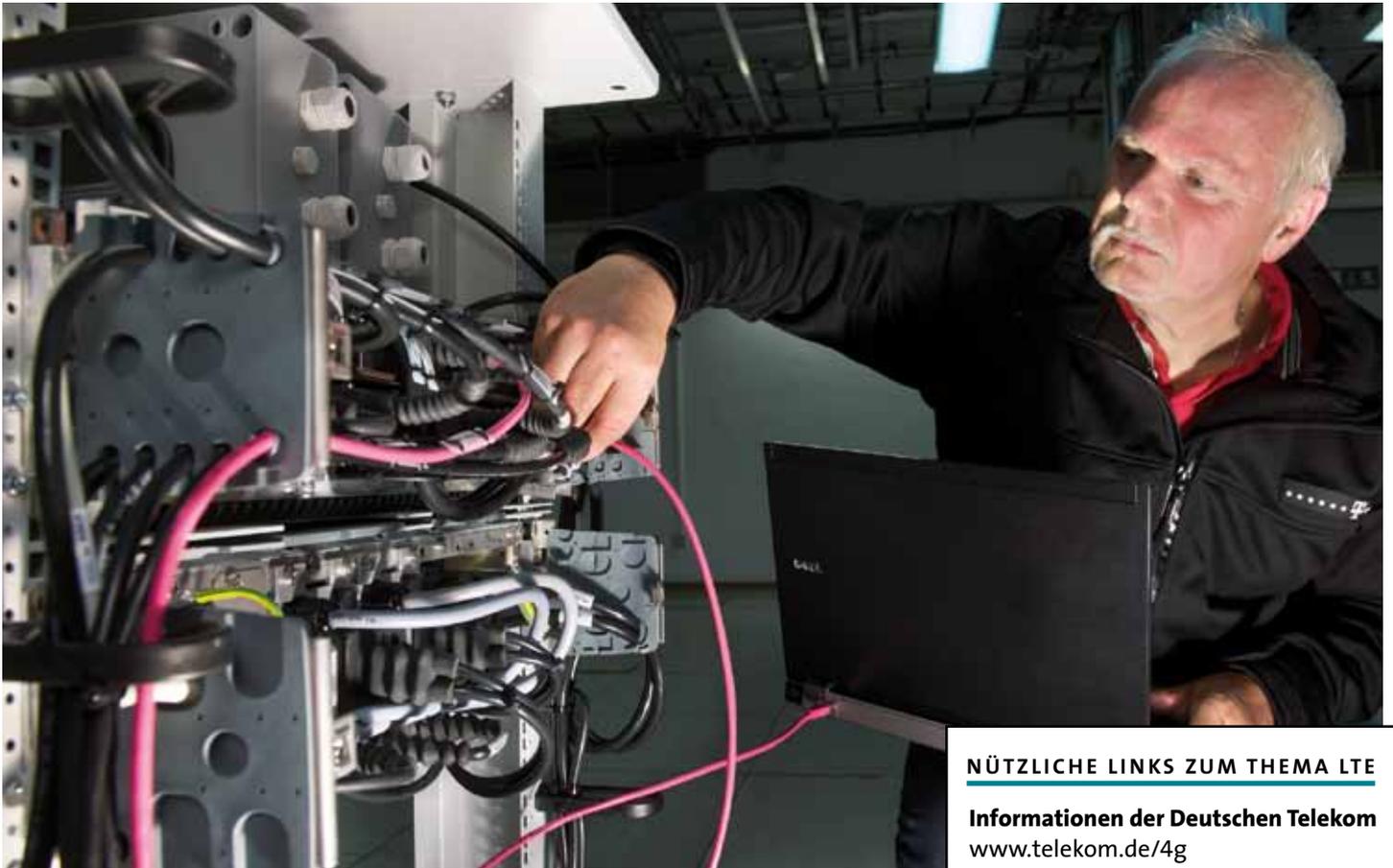
Bevor die Telekom allerdings neue Tarife und Geräte anbietet, testen Interessenten aus den bereits versorgten Gemeinden das neue Netz. Solche Tests zeigen am besten, ob und wie neue Geräte funktionieren und wie sie sich im Mobilfunknetz verhalten. Wenn Neda Port zum Beispiel den LTE-Router von der Steckdose nimmt, im Raum nebenan wieder anschließt und – ohne die Geräte neu zu starten – einfach weiter surft, klopfen sich die Telekom-Techniker auf

die Schultern. Schließlich ist die Freiheit, seinen Router an jedem beliebigen Platz im Haus oder im Garten aufstellen und surfen zu können, ein wesentlicher Vorteil des Internetzugangs per Mobilfunk, zu dem natürlich auch der drahtlose Internetzugang über WLAN gehört.

Familie Port nutzt diese Freiheit: „Ich gewöhne mich schon daran“, sagt Isabel Port, „zu Hause als erstes nachzusehen, ob ich E-Mails bekommen habe. Und endlich kann ich auch online shoppen! Demnächst werde ich mir mal in Ruhe Facebook ansehen“. Für die Familie steht nach einer knappen Woche mit dem LTE-Router fest, dass nun eine neue Zeitrechnung begonnen hat.



Familie Port ist die erste Testfamilie der Telekom in Deutschland, die den neuen LTE-Router im Netzbereich Munderkingen ausprobieren konnte.



NÜTZLICHE LINKS ZUM THEMA LTE

Informationen der Deutschen Telekom
www.telekom.de/4g

Testbetrieb LTE in Österreich
www.t-mobile.at/4G/index.html

Nachrichten und Fachbeiträge
www.ltemobile.de

Blog und Neuigkeiten
www.lte1.de

Informationen von LTE-Anbietern
www.lte-anbieter.info

Informationszentrum Mobilfunk
www.izmf.de

News und Informationen
www.heise.de/thema/LTE

LTE-Immissionen weit unter Grenzwerten

Die Immissionen des neuen Mobilfunkstandards LTE liegen weit unter den Grenzwerten. Das ist das Fazit einer wissenschaftlichen Studie des Instituts für Mobil- und Satellitenfunktechnik (IMST). Selbst mit Hochrechnung auf eine theoretische Vollauslastung der Sendeanlagen liegen die Werte deutlich unter dem gesetzlich zulässigen Rahmen.

Zur Gesundheitsverträglichkeit weist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) darauf hin, dass die von LTE genutzten Frequenzbänder eng bei denen für andere Funkdienste genutzten Frequenzbereichen liegen. Es seien daher keine biologisch relevanten Unterschiede zu den bisher genutzten Mobilfunkfrequenzen zu erwarten.

Der WLAN-Router Speedport LTE verbindet sich automatisch mit dem 4G-Mobilfunknetz und überträgt die Daten wiederum drahtlos zu PC oder Notebook.



Neuer Telekom-Tarif für schnelles Internet

Exklusiv in Gebieten ohne DSL-Versorgung stellt die Telekom voraussichtlich ab April 2011 den neuen Tarif „Call & Surf Comfort via Funk“ bereit. Damit sind Privat- und Geschäftskunden in der Lage, per UMTS oder LTE mit Geschwindigkeiten von bis zu 3 MBit/s im Internet zu surfen oder E-Mails zu versenden. Zum neuen Tarif gehört neben einer Telefon-Flatrate für das deutsche Festnetz auch eine Daten-Flatrate, mit der die Nutzer ohne zeitliche Begrenzung auf das Internet zugreifen können. Außerdem bietet die Telekom einen passenden, preiswerten Router, in den die SIM-Karte eingelegt wird. Die Verbindung zwischen Router und PC bzw. Laptop lässt sich entweder über ein Netzwerk-Kabel oder drahtlos über WLAN herstellen. Der Tarif hat eine Mindestlaufzeit von 24 Monaten und kostet für Privatkunden monatlich 39,90 Euro.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung
 eMail: info@gemeindezeitung.de

Download dieser Sonderveröffentlichung:
www.gemeindezeitung.de

Tel. 08171/9307-11. Fax: 08171/80514
 Redaktion: Udo Harbers

Verantwortlich: Dr. Markus Jodl
 Deutsche Telekom AG
 Friedrich-Ebert-Allee 140, 53113 Bonn

Creo-Druck, Gutenbergstr. 1,
 96050 Bamberg